



# akzente

Verband der Lehrer  
an beruflichen Schulen  
in Bayern e.V.

Berufliche Bildung  
in Bayern

## Unsere Themen

Kultusministerin Hohlmeier:  
„Eine völlig neue Art von  
erstem Ausbildungsjahr“.

abl-Spitzengespräch im  
Kultusministerium

Bildungspolitische Prüfsteine  
zur Landtagswahl

Eduard Spranger zum  
40. Todestag

Der VLB  
wünscht allen  
Kolleginnen und  
Kollegen einen  
guten Start  
ins neue  
Schuljahr.



*Ich soll nicht jammern. Ich soll nicht jammern.  
Ich soll nicht jammern.*



Fachtagung zum Thema Lehrer-  
gesundheit in Würzburg



## HERAUSGEBER

Hermann Sauerwein, Landesvorsitzender,  
Verband der Lehrer an  
beruflichen Schulen in Bayern e.V. (VLB)  
VLB Verlag e.V.  
Dachauer Straße 4, 80335 München  
Telefon: (089) 59 52 70  
Telefax: (089) 5 50 44 43  
Internet: www.vlb-bayern.de  
e-mail: info@vlb-bayern.de

## REDAKTION

Peter Thiel  
Am Happach 40, 97218 Gerbrunn  
Telefon: (09 31) 70 76 91  
Telefax: (09 31) 70 76 91  
e-mail: p.thiel@freenet.de

Martin Ruf  
Nußbaumweg 9, 97084 Würzburg  
Telefon: (09 31) 66 14 15  
Telefax: (09 31) 6 60 72 91  
e-mail: ruf@vlb-bayern.de

## ANZEIGENVERWALTUNG

Geschäftsstelle des VLB Verlages e.V.  
Dachauer Straße 4, 80335 München  
Telefon: (089) 59 52 70  
Telefax: (089) 5 50 44 43

## GESTALTUNG

Gunter Czerny  
Im Graben 6, 97204 Höchberg  
Telefon: (09 31) 4 52 09 90  
Telefax: (09 31) 4 52 75 98  
e-mail: gunter.czerny@t-online.de

## DRUCK

Helmut Preußler-Verlag  
Dagmarstraße 8, 90482 Nürnberg  
Telefon: (09 11) 9 54 78-0  
Telefax: (09 11) 5 42 48 6

## ERSCHEINUNGSWEISE UND BEZUGSPREIS

„VLB akzente“ erscheint 10 x jährlich  
Jahresabonnement 30,- Euro zzgl. Versand

## KÜNDIGUNG

Die Kündigung kann bis drei Monate vor  
Ablauf eines Jahres beim Verlag erfolgen.

## COPYRIGHT

Die veröffentlichten Beiträge sind  
urheberrechtlich geschützt.  
Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit  
Genehmigung der Redaktion.

## MANUSKRIPTE UND BEITRÄGE

Manuskripte gelten erst nach Bestätigung  
durch die Redaktion als angenommen.  
Für unverlangt eingesandte Manuskripte  
übernehmen wir keine Haftung.

Namentlich gezeichnete Beiträge, ins-  
besondere Leserbriefe, müssen sich nicht  
mit der Meinung des Herausgebers und  
der Redaktion decken.

„VLB akzente“ wird laufend im Dokumen-  
tationsdienst der Ständigen Konferenz der  
Kultusminister der Länder, im Dokumen-  
tationsdienst der DEUTSCHEN BIBLIOTHEK  
und im Dokumentationsring DOPAED  
bibliographisch nachgewiesen.

## REDAKTIONSSCHLUSS

für Heft 11: 2003-10-06  
für Heft 12: 2003-11-03  
für Heft 01: 2003-12-08

ISSN 0942 – 6930

## Thema des Tages

- 3 Peter Thiel: Auf ein Neues

## Bildungspolitik

- 4 Spitzengespräch von abl und Kultusministerium  
5 Zusätzliche Ausbildungschancen für rund 1800 Jugendliche  
6 Bildungspolitische Prüfsteine zur Landtagswahl  
10 Bundesweite Bildungsstandards  
Initiative der Arbeitsämter: Tag des Ausbildungsplatzes  
11 Handwerksnovelle im Vermittlungsausschuss  
Arbeitsmarktforscher warnen vor Fachkräftemangel

## Aus dem Landtag

- 12 Anfragen – Anträge – Beschlüsse

## Dienstrecht

- 14 Mitteilungen zum aktuellen Stand

## Lehrerbildung

- 16 Heiko Pohlmann: Gemeinsam dem Nachwuchsmangel zu Leibe rücken

## Die Lehrerseite

- 17 Herbert Geiger: Thema Lehrergesundheit – zweiter Akt  
19 Hans Huber: Eduard Spranger zum 40. Todestag

## Schulentwicklung

- 22 Heribert Mohr: Nutzung neuer Medien zur Entwicklung einer Region

## Pädagogik und Unterricht

- 23 Alfred Riedel: Material- und Ideenbörse 2003  
24 Klaus Werner: Neuer Ausbildungsberuf – Bestattungsfachkraft  
24 Margit Schwandt: Bayerische Meisterschaften der Systemgastronomen  
25 Bayern wählt: Gebrauchsanweisung zur Wahl

## Aus dem Verbandsleben

### Landesverband

- 26 Fachbereichstagung Wirtschaft und Verwaltung am 18. Oktober 2003

### Bezirks- und Kreisverbände

- 27 BV Unterfranken, BV Mittelfranken, BV Oberpfalz, KV Nürnberg

### Referate und Fachgruppen

- 30 AK Fachlehrer, FG Sport

### Senioren

- 33 Berthold Schulter: Nochmals zur neuen Beihilfe

- 34 Personalien

## Umschau

- 38 Termine

- 38 Leser schreiben

Titelfoto: Martin Ruf, siehe Seite 17

# Auf ein Neues

**PETER THIEL**

Vorhang hoch, das Schuljahr hat begonnen. Erholt und mit vielen guten Vorsätzen geht der Berufsstand aufs Neue ans Werk. Verblaßt sind die Erinnerung an die strapaziösen Tage im heißen Juli-Endspurt, Optimismus und Unternehmungsgeist haben wieder Oberwasser. So wenigstens stellt man sich's vor. Wie lange aber wird's vorhalten? Die Arbeitsbelastung der Lehrer ist nicht zu unterschätzen, sie enthält einiges an krankheitfördernden Risiken. Das weiß man spätestens seit Veröffentlichung der „Potsdamer Studie“, die vielen die Augen öffnete, welche vorher meinten sich am „Halbtagsjob mit ewig langen Ferien“ immer reiben zu müssen.

Eine Fachtagung des BV Unterfranken hat den Themenkomplex „Lehrergesundheit“ ins öffentliche Bewußtsein gerückt, ein zweites Mal übrigens schon in Jahresfrist. Die Nachfrage zu dieser Veranstaltung war groß und führt zu beachtenswerten Rückschlüssen. Man stelle sich vor: An einem sonnig-heißen Samstag kurz vor Toresschluss reisen rund 200 Lehrkräfte beruflicher Schulen mit teilweise beachtlichen Wegstrecken in Würzburg an. Und fast alle harren sie aus, bis in den späten Nachmittag hinein. Da muss was dran sein an der Thematik, sonst wäre soetwas kaum möglich.

Die allgemeine Meckerei über die Lehrer – das kann man wohl sagen – hat nachgelassen. An ihre Stelle ist eher eine Art Mitleidseffekt getreten. „Oh je, Lehrer sind Sie, Sie Armer“. Zweckdienlich ist dies ebenso wenig wie jene berüchtigte Lesart von den „faulen Säcken“.

Man bemühte sich in Würzburg um eine realistische Betrachtungsweise der Dinge, vermied jedwede Larmoyanz. „Wir wollen nicht jammern“, lautete eines der Postulate. Was man aber wollte, war, dass die Lehrertätigkeit von der Öffentlichkeit richtig eingeschätzt werde. Immerhin ist sie – die Lehrertätigkeit – von großer gesellschaftlicher Relevanz und da sind weder dumme Sprü-

che, noch Sentimentalitäten angebracht.

Fakt ist – wie gesagt – dass Lehrkräfte quer durch alle Schularten in starkem Maße psychischen, krankmachenden Belastungen ausgesetzt sind. Die Folgen sind nicht zu übersehen: Überproportional wird die Altersteilzeit in Anspruch genommen, zahlreiche Kolleginnen und Kollegen gehen aus gesundheitlichen Gründen vorzeitig von Deck, psychosomatisch bedingte Erkrankungen nehmen ebenso zu wie die Burnout-Quote. Das alles zeigt, dass es um die Befindlichkeit des Berufsstandes nicht zum Besten steht. Man muss dies feststellen können, ohne gleich der Jammerei bezichtigt zu werden. Signifikant ist folgendes schlichte Beispiel: „Als ich in den Ruhestand ging“, so ein Pensionist, „meinten 9 von 10 Gratulanten, wie froh ich sein könne, es geschafft zu haben“. Wenn man aber bedenkt, so sagt er weiter, welche grundsätzliche Bedeutung die Arbeit für den Menschen hat, müsse dies nachdenklich stimmen. Er liegt wohl nicht daneben, wenn er ferner zu bedenken gibt – unser Ruheständler – dass ein Großteil der Lehrkräfte den Dienst an der Jugend einst mit Schwung und Idealismus angetreten hat. Es ist also Sand im Getriebe. Wie ihn aber entfernen? Dazu einige Anmerkungen:

Erstens: Es führt kein Weg daran vorbei, den immer stärkeren Belastungen der Kolleginnen und Kollegen durch hohe Klassenstärken, unruhigere und schlechter motivierte Schüler, Mehrarbeit und ständigen Fortbildungsbedarf entgegen zu wirken. Der Verschleiß, der sich nach den Ferien über kurz oder lang wieder einzustellen droht, führt erneut in den berüchtigten Teufelskreis: Überlastete bis ausgebrannte Lehrer, davon in Mitleidschaft gezogener Unterricht, wenig motivierte Schüler, Disziplinprobleme, zunehmender Frust, Durchhaltewillen bei Verdrängung von Krankheitssymptomen und letztendlich dann doch der Ausfall. Persönliches Leid, stärkere Belastung anderer durch Vertretung, Kosten auf der ganzen Linie. Wieviel intel-

ligenter wäre da eine entsprechende Prophylaxe, bestehend zunächst aus einer ernstzunehmenden Belastungsanalyse, dann aber auch aus konkreten Maßnahmen zur Prävention, welche natürlich auch in den Haushalten ihren Niederschlag finden sollten.

Ein zweiter Aspekt eher individueller Natur im Zusammenhang mit den eingangs erwähnten Vorsätzen: „Es gibt kein schlechtes Wetter, es gibt nur unzureichende Kleidung“, sagt der Wanderfreund und marschiert auch bei Regen. Die persönlichen Sicht- und Verhaltensweisen also müssen auf den Prüfstand, Einstellungen zu den Dingen ggf. neu definiert werden. Hilfestellungen dazu gibt es zur Genüge. Bei der Würzburger Tagung spielte gerade dieser Aspekt eine entscheidende Rolle. Unter dem Begriff „innere Führung“ gab es Anregungen zu Wegen der Daseinsbejahung und des positiven Denkens. Die Initiativen dazu liegen freilich beim Einzelnen selbst, verordnen hilft da wenig.

Ausklammern kann man drittens auch nicht die Frage nach dem „Betriebsklima“. Dies an der Schule positiv zu gestalten ist letztendlich Aufgabe des gesamten Kollegiums und nicht allein der Schulleitung, wenngleich ihr dabei natürlich eine führende Rolle zukommt. Ein entsprechendes Miteinander in Verbindung mit der Bereitschaft des Einzelnen, dies wäre auf dem Weg zur Prophylaxe bereits die halbe Miete. Wenn dann die Politik noch für die Verbesserung der Rahmenbedingungen sorgte und in der Öffentlichkeit nicht immer wieder am Lehrerimage gesägt würde, stünde der Freude am Unterrichten und am Umgang mit jungen Menschen wohl kaum noch etwas im Wege, so wenigstens möchte man meinen. Ein solch konstruktiver Geist sollte dann wohl auch auf die Schüler überspringen und letztlich dem Ganzen dienen. Mit dieser Erkenntnis jedenfalls gingen die Teilnehmer der Würzburger Fachtagung auseinander. Mehrheitlich nahmen sie entsprechende Vorsätze mit in die Sommerferien. Nun aber ist es an der Zeit zu versuchen, diese umzusetzen. Der VLB jedenfalls wünscht dabei gute Erfolge und wird das Thema weiter im Auge behalten. <

Spitzengespräch von abl und Kultusministerium:

## Standortbestimmung am Salvatorplatz

Kurz vor Ende des Schuljahres hatte die Arbeitsgemeinschaft Bayerischer Lehrerverbände (abl) am Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus ein Spitzengespräch. Teilnehmer seitens des Ministeriums waren Staatsministerin Monika Hohlmeier, Ministerialdirektor Josef Erhard sowie die Abteilungsleiter Mdt. Hans Wilhelm Thomé (Berufliche Schulen), Mdt. Dr. Peter Müller (Gymnasien), Mdt. Dr. Helmut Wittmann (Volksschulen) und Mdt. Anton Schmid (Realschulen). Die abl war vertreten durch Bernhard Buckenleib (KEG, derzeit abl-Sprecher), Hermann Sauerwein (VLB), Max Schmid (bphv) und Peter Pelzer (brlv). Themenschwerpunkte insbesondere aus der Sicht des VLB waren die Arbeitsbelastung der Lehrkräfte, die Versorgung der Schulen mit Lehrpersonal, die Ausbildungsplatzsituation sowie Möglichkeiten der Doppelqualifikation.

### Haushaltsmittel für die Prophylaxe

Zur Klärung der Problemlage „Lehrerbelastung“ wurden seitens des Kultusministeriums inzwischen zwei Arbeitskreise installiert, die sich unter verschiedener Fragestellung des Themas annehmen. Erste Ergebnisse ihrer Arbeit werden im Herbst veröffentlicht. Zugesagt wurde den Verbänden die künftige Bereitstellung von Haushaltsmitteln für prophylaktische Maßnahmen.

### Weitere Stellen für die Oberstufe

Um den starken Andrang im Herbst bewältigen zu können, wurden speziell für FOS und BOS 191 zusätzliche Lehrerstellen zur Verfügung gestellt. VLB-Vorsitzender Sauerwein dankte der Ministerin und ihren Mitarbeitern dafür, äußerte aber gleichzeitig Bedenken, dass dies ausreiche. Darüber hinaus wies Sauerwein auf die hohen qualitativen und mentalen Anforderungen hin,

Die nicht ganz vollzählige Vertretung des Ministeriums, von links: MD Josef Erhard, Mdt. Dr. Helmut Wittmann, Mdt. Hans-Wilhelm Thomé.



Die abl vertreten (von links): Hermann Sauerwein (VLB), Max Schmid (bphv), Peter Pelzer (brlv) und Bernhard Buckenleib (KEG).



die die berufliche Oberstufe an die jungen Lehrkräfte stelle. Hinsichtlich der sonstigen beruflichen Schulen wurde festgestellt, dass trotz der Sondermaßnahmen nicht alle Stellen besetzt werden konnten und dass ggf. mit Unterrichtskürzungen zu rechnen sei.

### Zweifacher Druck

Umfassend diskutiert wurden der aktuelle Lehrstellenmangel und die unsichere Situation der Wirtschaft. Aus beidem ergebe sich ein starker Druck auf die beruflichen Schulen. Zum einen erfordern die fehlenden Lehrstellen ein verstärktes Engagement in Richtung Vollzeitmaßnahmen. Zum anderen aber drängen junge Leute aus den Realschulen, die in ihren Wunschberuf nicht unterkommen, in die FOS und diejenigen, die nach ihrer Lehre nicht übernommen werden, in die BOS.

### Mehrjährige Berufsfachschulen

Mehr als 10 000 junge Leute sind derzeit im Freistaat noch ohne Lehrstelle, darunter viele Ausbildungsfähige, aber auch solche mit sozialen Defiziten. Die Forderung nach weiteren einjährigen Berufsfachschulen stehe daher nach wie vor im Raum, meinte Sauerwein, wies aber gleichzeitig darauf hin, dass dies allein ggf. nicht genüge. Wenn die Ausbildungskrise anhalte und die Ju-

gendlichen nach Jahresfrist wiederum keinen Ausbildungsplatz finden, könne man sie nicht auf die Straße schicken. Unverzichtbar seien dann zwei- oder gar dreijährige Vollzeitmaßnahmen, in denen die Jugendliche die begonnene Ausbildung weiterführen, bzw. abschließen können.

### Für die Doppelqualifikation

Berufliche Erstausbildung in Verbindung mit dem Erwerb der Matura, das ist der Bildungsweg, der insbesondere in Österreich hoch im Kurs steht. Auch der VLB favorisiert diesen Weg, und bei Kultusministerin Hohlmeier ist er gar auf offene Sympathie gestoßen. Immerhin hat sie den VLB gebeten, mit der beruflichen Abteilung im Ministerium diesbezüglich im Gespräch zu bleiben. Der Vorteil des in Österreich praktizierten vier- bis fünfjährigen Bildungsganges besteht darin, dass dem Absolventen nach der Ausbildung mehrere Optionen offenstehen, sowohl in Richtung Wirtschaft als auch zum Studium.

Nur noch rund 40% der Ausbildungsverhältnisse in Österreich sind dual; in Deutschland sind es immerhin noch 60%, jedoch mit fallender Tendenz. „Wenn das so weitergeht, muss man daraus zwangsläufig Konsequenzen ziehen; da lohnt es sich, über das österreichische Modell nachzuden-

ken“, sagte Sauerwein am Ende eines Fachgesprächs, das in freundlicher Atmosphäre und mit einem hohen Maß an Konsens geführt wurde. Deutlich erkennbar, so der Landesvorsitzende, sei

bei der Kultusministerin der Wille, trotz schwerer Zeiten in der beruflichen Bildung Konstruktives zu gestalten, wobei sie die Vorschläge des VLB gerne in die Diskussion einbezieht. *-pth-*

**Die Staatsregierung reagiert auf die Lehrstellenmisere:**

## Zusätzliche Chancen für rund 1800 Jugendliche

Der bayerische Ministerrat hat in seiner letzten Sitzung vor der Sommerpause weitere Maßnahmen im Rahmen der gemeinsamen Bemühungen von Wirtschaft und Staatsregierung beschlossen, ausbildungswilligen Jugendlichen eine Chance zu geben. Dies geht aus einer Anfang August veröffentlichten Presseerklärung der Staatsregierung hervor. Jugendlichen ohne Lehrstelle sollen mit einem innovativen Projekt der Weg in die Ausbildung erschlossen werden. Dazu wird an regionalen Brennpunkten das Angebot von Berufs-, Berufsfach-, und Wirtschaftsschulen erweitert. Ministerpräsident Stoiber zog eine positive Zwischenbilanz zu der von Staatsregierung und Wirtschaft gemeinsam getragenen Initiative „Ausbilden in Bayern“. Auf dem Markt gebe es eine positive Bewegung, erklärte der Ministerpräsident. Die Lücke bei den neuen Verträgen schließe sich im Vergleich zum Vorjahr. „Unsere Maßnahmen wirken, wir haben den Lehrstellenmarkt in Schwung gebracht“, sagte Stoiber. Man wolle alle Kräfte mobilisieren, jedem motiviertem Jugendlichen eine berufliche Perspektive zu bieten.

### „Unser Ziel ist die Anrechnung“

Kultusministerin Monika Hohlmeier erläuterte das neue Maßnahmenpaket, das rund 1800 Jugendlichen eine echte Chance biete, genauer. „Im Mittelpunkt steht eine völlig neue Art von erstem Ausbildungsjahr“, sagte sie. Gemeinsam mit dem Bildungswerk der Bayerischen Wirtschaft habe die Staatsregierung ein innovatives Konzept entwickelt. Danach können ab Herbst 2003 Jugendli-

che ohne Ausbildungsvertrag an 35 bayerischen Berufsschulen eine spezielle Qualifizierung absolvieren. Je nach Bedarf vor Ort werde diese einjährige Berufsbildungsmaßnahme in verschiedenen Fachrichtungen angeboten.

Den allgemein bildenden und fachtheoretischen Unterricht übernehmen staatliche Lehrkräfte. Der fachpraktische Teil werde durch Ausbilder des jeweiligen Kooperationspartners in dessen Werkräumen erteilt. Kooperationspartner seien die Kammern, Kolping und die Beruflichen Fortbildungszentren der Bayerischen Wirtschaft (bfz). Die Qualifizierung in Kooperation mit der Wirtschaft vermittele – wie gesagt – nicht nur die allgemein bildenden, sondern auch die fachtheoretischen und fachpraktischen Lerninhalte des ersten Ausbildungsjahres eines Berufes. „Unser Ziel ist die Anrechnung der Berufsqualifizierung auf die nachfolgende einschlägige Ausbildung“, betonte Hohlmeier. Die Betriebe bekommen schon im nächsten Jahr hervorragend vorgebildeten Nachwuchs. Gerade für kleinere Betriebe dürfte dieses Programm hochattraktiv sein. Und die Jugendlichen ihrerseits verlieren keine Zeit auf ihrem Berufsweg.

### Das Maßnahmenpaket zeigt Wirkung

Das Maßnahmenpaket sieht darüber hinaus die Einrichtung von zehn zusätzlichen Eingangsklassen an Berufsfachschulen vor. Hier werden die Jugendlichen vorwiegend in den Bereichen Hauswirtschaft, Sozialpflege und Gastronomie für den Einstieg in das Be-

rufsleben oder weiterführende Fachakademien vorbereitet. Außerdem werden die zweistufigen Wirtschaftsschulen um weitere zehn Eingangsklassen erweitert. Jugendliche mit qualifizierendem Hauptschulabschluss können dort einen mittleren Abschluss und bessere Perspektiven erwerben. Elf zusätzliche Klassen des Berufsvorbereitungsjahres an staatlichen beruflichen Schulen runden das Programm der Staatsregierung ab.

Ministerpräsident Stoiber wies darauf hin, dass die Staatsregierung alle Mittel der Landespolitik ausschöpfe, um den bei der Berufswahl auf der Strecke Gebliebenen zu helfen. Die Maßnahmen reichen von umfangreichen Mobilitätshilfen für Jugendliche, die einen Ausbildungsplatz außerhalb ihres Heimatortes annehmen über Zuschüsse an Arbeitgeber, die Schüler aus Praxisklassen der Hauptschulen ausbilden bis zu den Anstrengungen der bayerischen Wirtschaft. Der Freistaat liege beim Ausbildungsstellenmarkt beträchtlich über dem Bundesdurchschnitt und weit vor anderen Ländern.

### „Bayerische Unternehmen vorbildlich“

Stoiber wandte sich gegen den von der Bundesregierung beabsichtigten Modus der Handwerksreform sowie gegen eine Ausbildungsabgabe: „Beides ist Gift für die Ausbildungsplätze in Deutschland“, sagte er. Mit Stolz verwies er darauf, dass sich viele bayerische Unternehmen in Sachen Ausbildung vorbildlich engagieren. So habe die HypoVereinsbank beispielsweise eine Erhöhung der Ausbildungsplätze um 200 gegenüber dem Vorjahr angekündigt und auch BMW brachte ein Ausbildungsprogramm mit einer Steigerung um 500 Ausbildungsplätze (von 2001 bis 2004) auf den Weg. Siemens sei mit rund 12.000 Azubis der größte Ausbilder in Deutschland und engagiere sich weit über den eigenen Bedarf hinaus.

Der VLB begrüßt die Maßnahme der Staatsregierung, erfüllt sie doch im Prinzip einen entscheidenden Teil dessen, was er seit Jahren fordert: Eine konsequente schulische Grundbildung bei voller Anrechnung. *-pth-*

# Der VLB fragt – die Parteien antworten

## Unsere Fragen:

**1. Als Beitrag des Staates zur Entlastung der mehr als kritischen Lage auf dem Lehrstellenmarkt bieten sich einjährige Berufsfachschulen an, deren Besuch den jungen Leuten auf ihre Ausbildung angerechnet werden muss. Am Grundprinzip der dualen Ausbildung würde diese Maßnahme nicht rütteln.**

**1.1 Wie beurteilen Sie diesen Vorschlag?**

**1.2 Welche konkreten Chancen räumen Sie ihm ein?**

**2. Wie bekannt, steht den Städten und Gemeinden im Freistaat das Wasser bis zum Hals. Das gilt insbesondere für Kommunen, die Träger beruflicher Schulen sind. Abhilfe kann u. a. dadurch geschaffen werden, dass diese Schulen – wie in anderen Bundesländern der Fall – verstaatlicht werden oder dass für sie der Lehrpersonalkostenzuschuss auf 90 % angehoben wird, wie bei entsprechenden privaten Trägerschaften.**

**Wie stehen Sie zu diesen Vorschlägen?**

**3. Als Ziel des Landtagsbeschlusses vom 5. April 2001 zu Thema „Organisationsreform an den Berufsschulen“ wird genannt: „... die Zusammenfassung beruflicher Schularten zu beruflichen Kompetenzzentren für Aus- und Weiterbildung (berufliche Schulzentren) sowie die Strukturierung nach fachlichen Schwerpunkten“.**

**Der VLB schlägt im Sinne dieser Zielvorstellung vor, Kompetenzzentren vertikal zu gliedern, d.h. Schulen der gleichen Fachrichtungen mit aufeinander aufbauenden Niveaustufen organisatorisch „unter ein Dach“ zu bringen, was beachtliche Synergieeffekte ermöglicht.**

**3.1 Wie beurteilen Sie diesen Vorschlag?**

**3.2 Welche Hinderungsgründe zur Umsetzung sehen Sie?**

## Christlich-soziale Union:

Da aufgrund der allgemeinen Wirtschaftssituation zunehmend mehr Jugendliche, die ausbildungsfähig sind, aber keine Lehrstelle erhalten haben, ein Angebot benötigen, werden entsprechende Berufsfachschulen begrüßt. Einjährige Berufsfachschulen wurden bereits in den letzten Jahren in Regionen mit schlechter Lehrstellenbilanz eingerichtet, weitere werden zum kommenden Schuljahr eröffnet werden. In Abhängigkeit der örtlichen Bedingungen sind auch zweijährige Berufsfachschulen sinnvoll. Dies gilt aber nur dann, wenn anschließend auch die erbrachten Leistungen durch die Kammern anerkannt werden.

Das kommunale Schulwesen hat in Bayern eine lange Tradition. Stets war es eine Prioritätenentscheidung der Kommunen, inwieweit sie dieses ausbauen bzw. erhalten wollen. Dort, wo Kommunen ihre Schulen nicht mehr wollen und diese schließen, hat der Freistaat im laufenden und wird er im kommenden Schuljahr Schulen neu gründen, um entsprechende Angebote für die Schülerinnen und Schüler bereitzuhalten. Eine sofortige Verstaatlichung kommunaler Schulen wird von vielen Kommunen nicht gewünscht und wäre auch aus Haushaltsgründen nicht darstellbar.

Eine vertikale Gliederung der Kompetenzzentren ist das Ziel. Die CSU-Landtagsfraktion geht davon aus, dass die Regierungen bei der Neuorganisation grundsätzlich diesem Ziel folgen. Bei Neugründungen und auch z.B. bei Schulleiterbesetzungen sollen diese Gesichtspunkte künftig noch stärker beachtet werden. Hinderlich sind vielerorts historische Gründe bzw. bestehende Strukturen, die sich nur schrittweise verändern lassen.

# Wahlprüfsteine 2003

## Bayern SPD:

Nach unserer Auffassung steht die Wirtschaft zuallererst in der Verantwortung, wenn es um die Schaffung eines ausreichenden Angebots an betrieblichen Ausbildungsplätzen geht. Aus dieser Verantwortung wollen wir sie nicht entlassen. Wir können jedoch nicht die Augen vor der Realität verschließen:

So ist die Nachfrage nach der beruflichen Bildung größer als das Angebot und das nicht nur in den Betrieben, sondern auch in den beruflichen Schulen. Berufsausbildung wird heute nicht nur dual durchgeführt – schon seit Jahren ersetzt schulische Berufsausbildung die zurückgehenden betrieblichen Ausbildungsangebote. Eine praxisorientierte Ausbildung, wie sie an Berufsfachschulen stattfindet, hat keine mindere Qualität.

In Zeiten knapper Ausbildungsplätze sollte deshalb der Staat auch schulische Berufsbildung sicherstellen. Eine Beschränkung auf einjährige Berufsfachschulen sehen wir nicht als zwingend notwendig an. Einjährige Berufsfachschulen sind besser als nichts, aber verschieben das Problem oft nur ins nächste Ausbildungsjahr. Besser wäre, das Angebot einer schulischen Vollausbildung mit anerkannter Kammerprüfung zu garantieren. Leider hat das Kultusministerium im Juni die Berufsfachschulen angewiesen, keine zusätzlichen Berufsfachschulklassen einzurichten. Solange diese rigiden Vorgaben bleiben, ist die Chance ihren Vorschlag umzusetzen, sehr gering.

Die volle Übernahme der Lehrpersonalkosten an kommunalen Schulen durch den Freistaat Bayern haben wir mehrmals im Landtag als Forderung eingebracht. Alle Bundesländer zahlen die Personalkosten für ihre „öffentlichen“ Schulen – in Bayern wäre es schon ein guter erster Schritt, wenn die Lehrpersonalkostenzuschüsse für kommunale Schulen wenigstens auf das Niveau der Privatschulen angehoben würden. Das wäre immerhin ein Zuschuss von 90 Prozent. Kommunen, die ihre Schulen an den Staat übergeben wollen, brauchen eine zeitlich reale Chance dafür. Schließlich haben sie über Jahrzehnte die Bildungsverantwortung des Landes und Bildungsangebote für den Staat übernommen.

Nicht nur Fachhochschulen und Hochschulen, sondern auch berufliche Schulen sind für uns wichtige Standortfaktoren, die erhebliche Bedeutung für die Fachkräfteentwicklung in einer Region haben. Deshalb muss bei einer Neuorganisation der beruflichen Schulen ein möglichst ausbildungsplatznahes Berufsbildungsangebot sichergestellt bleiben. Die vertikale Gliederung von Kompetenzzentren deckt sich mit unserer Vorstellung und wird dem Prinzip der „Aus- und Weiterbildung unter einem Dach“ gut gerecht. Es war ein Fehler, die BOS aus der Berufsschule auszugliedern. Die Neuorganisation der Berufsschulen ist Streitthema in den Regionen, weil Kompetenzzuordnung in der Umsetzung des Beschlusses des Landtags danach erfolgt, wo Schulräume leer stehen oder der Widerstand am geringsten ist

## Bündnis 90 / Die Grünen:

Wir bedauern es sehr, dass die Wirtschaft nicht in ausreichendem Maß ihrer Ausbildungspflicht nachkommt. Sollte sich die Bereitschaft der Betriebe auszubilden allerdings nicht erhöhen, muss wohl der Staat eingreifen und Berufsfachschulen errichten. Ich denke, dass sich der Freistaat dieser Verantwortung stellen wird.

Wir sind der Ansicht, dass der Freistaat die kommunalen Schulen entweder verstaatlichen oder die Lehrkräfte zu 100 % bezuschussen soll.

Nach dem Willen des Bayerischen Landtags sollen die Kompetenzzentren im Diskussionsprozess mit den daran Beteiligten vor Ort ausgestaltet werden. Sollte vor Ort eine vertikale Gliederung als sinnvoll erachtet werden, spricht unseres Erachtens nichts dagegen.

**4. Die zunehmende psychische Belastung der Lehrkräfte führt zu starken gesundheitlichen Beeinträchtigungen. Folgen sind u. a. vermehrte Belastung der Kollegien durch Vertretungen auf Grund von Krankmeldungen, Unterrichtsausfälle sowie ein Verlust an Unterrichtsqualität. Die Situation stellt nicht nur einen Kostenfaktor dar, sie führt vielfach auch zu menschlichen Problemen**

**Wie kann man Ihrer Meinung nach dieser Entwicklung Einhalt gebieten und dem verhängnisvollen Burn-out-Syndrom bei Lehrern entgegenwirken?**

**5. An den beruflichen Schulen im Freistaat fehlt der Lehrernachwuchs. Viel zu wenig junge Leute entscheiden sich für das Studium dieses Lehramts.**

**Wie kann man Ihrer Meinung nach das Lehramt attraktiver gestalten, um so den dringend benötigten Nachwuchs zu bekommen?**

**6. Ein besonderes Ärgernis bei den aktuellen dienstrechtlichen Veränderungen ist die Interpretation der Staatsregierung, dass Altersteilzeit und Altersermäßigung miteinander nicht vereinbar seien. Dies führt gerade bei älteren Lehrkräften zu mitunter unangemessener Härte. Halten Sie diese Vorgehensweise angesichts der Fürsorgepflicht des Arbeitgebers für rechtlich stichhaltig?**

Die hohe Frühpensionierungsquote bei Lehrern ist im Einzelfall ein menschliches Problem und als Ganzes gesehen ein volkswirtschaftliches.

Die Ursachen der Frühpensionierung sind vielfältig. In Bayern wurden seit 1990 systematisch frühpensionierte Lehrkräfte untersucht. Dabei ergab sich, dass mehr als 60 % aus psychischen Gründen vorzeitig dienstunfähig werden. Das sog. Burn-out-Syndrom trifft vor allem besonders engagierte und motivierte Lehrkräfte. Hier sind Supervisionsangebote besonders hilfreich. In den letzten Jahren wurden deshalb in der Akademie für Lehrerfortbildung und Personalführung Dillingen Supervisoren ausgebildet. Derzeit stehen 70 ausgebildete Supervisoren zur Verfügung. In den nächsten Jahren müssen weitere hinzukommen. Im laufenden Schuljahr sind in der Mehrzahl der Regierungsbezirke bis zu 30 Supervisionsgruppen je Regierungsbezirk eingerichtet worden. Die Gruppen werden evaluiert. Die CSU-Landtagsfraktion geht davon aus, dass in den nächsten Jahren die Angebotspalette deutlich erweitert werden muss.

Eine Vielzahl von Einzelmaßnahmen sind bereits auf den Weg gebracht worden wie z. B.:

- Einrichtung neuer Studienstandorte bzw. Studiengänge in Bamberg, Bayreuth und Erlangen,
- modellhafte Erprobung eines Diplomstudiengangs für das Lehramt an beruflichen Schulen in der Fachrichtung Bautechnik, Elektrotechnik mit Informationstechnik sowie Metalltechnik an der TU München ab Wintersemester 2003/2004,
- Anrechnung von Studienleistungen und Studienzeiten einschlägiger Studiengänge auf das Lehramtsstudium, entsprechende Änderung der Qualifikationsverordnung,
- Überprüfung der Studieninhalte, wesentlich die Aufnahme attraktiver Zweitfächer,
- neue Wege im Vorbereitungsdienst (Modellversuch AQUA),
- intensivere und möglichst frühzeitige Information durch Kultusministerium, Universitäten und berufliche Schulen.

Die Erhöhung der Anwärterbezüge, die inhaltlich mehr als begründet wäre, ist aus Haushaltsgründen derzeit leider nicht darstellbar.

Die Frage, ob die Streichung der Altersermäßigung bei Altersteilzeit rechtmäßig ist, wird derzeit von der Staatsregierung geprüft. Derzeit liegen unterschiedliche Gerichtsurteile vor. Es gibt Urteile von Verwaltungsgerichten, die die Regelung für rechtmäßig erklären. Ein kürzlich erlassenes Urteil des Bundesarbeitsgerichts lautet anders, es ist aber – da die Gründe der Urteilsfindung noch nicht vorliegen – noch nicht erkennbar, ob die Bundesarbeitsgerichtsentscheidung auf Bayern übertragbar ist. Die Streichung der Altersermäßigung stellt einen Finanzierungsbeitrag für die Maßnahme der Altersteilzeit dar. Eine Verbesserung dieser Regelung wäre inhaltlich sicher zu begründen, ist aber aus Haushaltsgründen nicht leistbar bzw. sie könnte nur dann erbracht werden, wenn die im Dienst befindlichen Beamten diese Regelung selbst finanzieren.

Die größten Stressfaktoren im Lehrerberuf sind zu große Klassen und unangemessenes Schülerverhalten. Dies wurde durch Studien zur Lehrergesundheit belegt. Das permanente Gefühl der Überforderung und die mangelnde gesellschaftliche Anerkennung vertiefen die Gesundheitsgefährdungen im Lehrerberuf. Deshalb sind die entscheidenden Verbesserungen für die Lehrergesundheit:

Gute Unterrichtsbedingungen in den Schulen und Motivation im Beruf. Dies kann erreicht werden, indem z. B. kleinere Klassen gebildet, Rahmenbedingungen für einen qualitativ hochwertigen Unterricht geschaffen werden, mehr Zeit für die Schülerinnen und Schüler zur Verfügung gestellt wird. Die Möglichkeit zur Teamorientierung und der Ausbau von Unterstützersystemen, z. B. die Schulsozialarbeit und die Fortbildung, sind ebenfalls wesentliche Voraussetzungen für einen Abbau der Stressfaktoren

Zwar kann man die Anerkennung der Gesellschaft nicht verordnen, aber mit mehr Anerkennung für die Schulen ist ein wichtiger Schritt dahin getan.

Drei Entwicklungen haben den eklatanten Lehrermangel an beruflichen Schulen schon lange angedeutet: Der Schüleranstieg, bei gleichzeitig hoher Zahl von Pensionierungen, viel zu wenig Studienanfänger und die Einstellungs- bzw. NichtEinstellungspraxis des Kultusministeriums. Jetzt ist die Warteliste leer geräumt. Ein Lehrermangel gerade in anspruchsvollen Zukunftsberufen ist vorhanden. Schon im Jahr 2000 hatte die SPD ein abgestimmtes Konzept für den Lehrernachwuchs an beruflichen Schulen angemahnt. Ein „runder Tisch“ sollte mit Vertretern der Hochschule und Fachverbänden neue sinnvolle Maßnahmen zur Modernisierung und Flexibilisierung des Studienangebotes planen, um mehr Studienanfänger für das Lehramt zu interessieren. Über Aufbaustudiengänge hätten Fachhochschulabsolventen für den Lehrerberuf frühzeitig qualifiziert werden können. Mit der Einführung eines zweiten Einstellungstermins hätte man zur Verkürzung von Wartezeiten beitragen und der Gefahr von Abwerbungen begegnen können. Mehr Attraktivität für das Lehramt braucht vor allem aber auch finanzielle Anreize. Die Zuschläge für Referendare dürfen nicht auf „Mangelberufe“ beschränkt bleiben. In den Schulen sind die Arbeitsbelastungen zu verringern und eine leistungsgerechtere Bezahlung zu ermöglichen.

Die SPD-Landtagsfraktion hat sich in zahlreichen Anträgen immer wieder für die Beibehaltung der Altersteilzeit in der Form, wie sie 1999 eingeführt wurde, eingesetzt. Die SPD-Landtagsfraktion hat immer wieder deutlich gemacht, dass die Anhebung der Altersgrenze auf 58 und später auf 60 Jahre, ein Vertrauensbruch an den Beschäftigten sei, vor allem weil diese die Altersteilzeit durch Einschränkungen bei der Altersermäßigung, dem Verbot von Folgebeförderungen und Einsparungen im Vollzugs- und Verwaltungsbereich mitfinanziert haben. Auch ist die Altersteilzeit gerade im Lehrerbereich ein Instrument zur Vermeidung von Frühpensionierungen aufgrund von Erkrankungen (Burn-out-Syndrom), die hier besonders häufig anzutreffen sind.

Eindeutig verletzt die bayerische Staatsregierung als Arbeitgeber hier die Fürsorgepflicht, was ebenfalls von der SPD-Landtagsfraktion in zahlreichen Ausschlussdiskussionen immer wieder betont wurde. Zahlreiche Petitionen Betroffener waren leider nicht zielführend.

Auf der einen Seite brauchen Lehrkräfte professionelle Unterstützung durch SchulsozialarbeiterInnen und SchulpsychologInnen, auf der anderen Seite müssen sie auch durch Supervision gestärkt werden.

Unseres Erachtens müssen die Arbeitsbedingungen an den Schulen verbessert werden, um Lehrkräfte zu gewinnen. Dies betrifft vor allem die Klassenstärken, bei schwierigen Klassenkonstellationen auch zusätzliche Unterstützung durch entsprechendes Personal (SchulsozialarbeiterInnen, SchulpsychologInnen).

GymnasiastInnen kennen oftmals den beruflichen Bereich und damit die beruflichen Schulen nicht und sehen daher darin für sich auch keine berufliche Perspektive. Im Rahmen von Praktika, die auch einen Besuch der beruflichen Schulen mit einschließen können, könnten GymnasiastInnen einen Einblick in die beruflichen Schulen bekommen und ein Lehramt an beruflichen Schulen als attraktive Berufsmöglichkeit für sich entdecken.

Die Unvereinbarkeit von Altersermäßigung und Altersteilzeit erregt zu Recht den Unmut der Betroffenen. Das gilt um so mehr, als die Bedingungen für beide Maßnahmen verschärft wurden. Bei der Altersermäßigung, die ja bei den LehrerInnen anstelle der AZV-Tage gewährt wurden, werden die Lehrerinnen und Lehrer gewissermaßen um einen Teil ihres „Ersparten“ gebracht.

Durch die Einführung der Altersteilzeit ist es gelungen ältere Kolleginnen und Kollegen zu entlasten, was man schon daran sieht, dass in den letzten Jahren die krankheitsbedingten Frühpensionierungen deutlich zurückgegangen sind. Es ist zu befürchten, dass sich diese positive Entwicklung wieder umdrehen wird. Ob die von der Staatsregierung getroffene Regelung rechtlich haltbar ist, vermögen wir nicht zu beurteilen. Sie wird nach unseren Informationen eh gerichtlich geklärt. Wir halten sie gerade unter den oben genannten Bedingungen für wenig zielführend.

**KMK-Präsidentin Karin Wolff:**

## Bundesweite Bildungsstandards präsentiert

Die Präsidentin der Kultusministerkonferenz (KMK), Hessens Schulministerin Karin Wolff (CDU), hat erstmals zwei Entwürfe für bundesweite Bildungsstandards vorgelegt. Ihr Vorgehen war nach dpa-Informationen in der KMK nicht abgestimmt, weil sich zunächst der Schulausschuss und die zuständige Arbeitsgruppe Qualitätssicherung intern mit den Standards beschäftigen wollten. In den Kultusministerien der Länder reagierte man verhalten auf Wolffs Vorgehen. Offene Kritik wurde aber nicht geübt. Unklar bleibt nach der Präsentation von Wolff, wie sich die KMK in der Frage schulformbezogener Standards versus schulformunabhängiger Bildungsstandards verhalten wird.

Die KMK-Präsidentin präsentierte Kriterienkataloge für den mittleren Schulabschluss in den Fächern Mathematik und Deutsch mit jeweils einer Beispielaufgabe. Die inzwischen auf weit über hundert Seiten angewachsene Aufgabensammlung ist noch nicht veröffentlicht, weil einige Aufgaben umstritten sind.

Nach den Entwürfen für die Fächer Deutsch, Mathematik – und in Kürze Fremdsprachen – sollen nach Angaben von Wolff bald weitere folgen. Die Standards beschreiben, über welche „Kompetenzen und grundlegende Wissenbestände“ ein Schüler der jeweiligen Jahrgangsstufe künftig verfügen muss.

Die neuen Standards verstehen die Kultusminister als Antwort auf das miserable deutsche Abschneiden beim internationalen PISA-Schultest. Nach der im Herbst vorgesehenen Anhörung von Wissenschaftlern und den Verbänden sollten die Standards für alle Bundesländer verbindlich werden, sagte Wolff.

Der Streit, ob sich die Inhalte der Standards an der Gliederung des deutschen Schulsystems in Haupt-, Realschule und Gymnasium orientieren oder eher „schulformübergreifend“ sein sollten, scheint bei den vorgelegten Beispielen zunächst

durch unterschiedliche Frage-Niveaus bei identischen Aufgaben gelöst zu sein. Bei dem vorgelegten Beispiel für den Deutschunterricht, in dem über das „verschwindende Kul-

**Initiative der Arbeitsämter:**

## Tag des Ausbildungsplatzes

Knapp 11000 zusätzliche Ausbildungsplätze haben die Arbeitsämter am „Tag des Ausbildungsplatzes“ erworben. Diese Bilanz zog die Bundesanstalt für Arbeit. Lehrstellen seien noch in diesem Jahr zu besetzen, 6200 seien für das kommende Ausbildungsjahr gemeldet worden. Bei der Aktion waren mehrere 1000 Mitarbeiter der Behörde in die Betriebe gegangen. BA-Chef Florian Gerster appellierte an die Wirtschaft, den Arbeitsämtern weitere Ausbildungsstellen zu melden.

Zusammen mit Gerster verschickten Bildungsministerin Bulmahn und Arbeitsminister Clement 100000 Briefe an Firmen, in denen sie für zusätzliche Ausbildungsplätze werben. Bundeskanzler Schröder rief die Unternehmen ebenfalls auf, mehr Ausbildungsplätze bereitzustellen. Es wäre verantwortungslos, wenn junge Menschen auf der Straße blieben, erklärte er in Berlin. Jetzt sei gemeinsames Handeln von Politik und Wirtschaft ohne staatlichen Zwang oder neue Umverteilungsmaßnahmen nötig. Falls das nicht funktioniere, müsse man sich „über andere Maßnahmen“ unterhalten. Die Unternehmen sollten ihrer ethischen Verantwortung nachkommen.

Bulmahn und Clement äußerten die Sorge, dass zu Beginn des neuen Ausbildungsjahres im September 60 000, möglicherweise sogar 70 000 Jugendliche ohne Lehrstelle dastünden. Derzeit gebe es rund 170 000 Jugendliche ohne Ausbildungsvertrag. Die Grünen werteten die Lehrstellen-Situation als „katastrophal“.

turgut“ des Briefeschreibens geklagt wird, müssen die Schüler Aufgaben aus drei „Anforderungsbereichen“ lösen. Der Bogen geht dabei von Textverständnis und richtigem Schreiben bis hin zur kritischen Auseinandersetzung und Erstellen eines Plädoyers für elektronische Kommunikationswege. *-dpa-*

Zum „Tag des Ausbildungsplatzes“ hatten Tausende Beschäftigte von Arbeitsämtern bei Betrieben und Verwaltungen um neue Lehrstellen geworben. Die Vermittler und Berufsberater seien bevorzugt in Firmen vorgestellt geworden, die bislang keine Lehrstellen gemeldet haben, sagte ein Sprecher der Bundesanstalt in Nürnberg. Im vergangenen Jahr waren bei der Aktion 11 300 Lehrstellen akquiriert worden. 2001 waren es rund 12 000.

Die Lage auf dem Lehrstellenmarkt ist nach einer Umfrage des Instituts der deutschen Wirtschaft weniger angespannt als befürchtet. In den Unternehmen fehlten bis Ende September voraussichtlich noch 20 000 bis 30 000 Ausbildungsplätze. Damit liege das Angebot betrieblicher Lehrstellen knapp vier Prozent unter Vorjahrsniveau. Die Ausbildungsplatzlücke werde kleiner sein als von der BA prognostiziert. *-dpa-*

**Streitpunkt Handwerksnovelle:**

## Vermittlungsausschuss gefragt

Die rot-grünen Pläne zur Erleichterung von Betriebsgründungen im Handwerk treffen im Bundesrat auf erbitterten Widerstand. Nach einer ungewöhnlich heftigen Debatte rief die unionsgeführte Ländermehrheit im Juli in Berlin den Vermittlungsausschuss an. Die so genannte Kleine Novelle der Handwerksordnung sei überflüssig, hieß es zur Begründung. Die

Bundesregierung will darin regeln, dass einfache Handwerksarbeiten von jedermann angeboten werden dürfen. Zu der von Rot-Grün weiter geplanten Abschaffung der Meisterpflicht in zwei Dritteln der Handwerksberufe gaben die Länder eine ablehnende Stellungnahme ab.

Wirtschaftsminister Clement beharrte auf den Plänen der Regierung. Er lasse mit sich reden, aber gegen Stillstand und Festhalten an der bisherigen Situation im Handwerk werde er mobil machen, sagte er. Die Kleine Novelle sei notwendig, um Schwarzarbeit in reguläre Arbeit zu überführen und neue Möglichkeiten für ICh-AGs zu eröffnen. Clement sagte, teilweise seien seit zehn Jahren bestehende Betriebe durch Schließung bedroht, nur weil sie über ihren bisherigen Arbeitsbereich hinaus tätig würden und dafür nicht in der Handwerksrolle eingetragen seien.

Unionspolitiker warfen Clement vor, Stimmung gegen das Handwerk zu machen. Der Meisterbrief dürfe nicht abgeschafft, sondern müsse vielmehr aufgewertet werden. „Eine Leistungsgesellschaft kommt nicht aus

ohne Qualifizierungsnachweise“ hieß es in Unionskreisen. Durch die Debatte über die Handwerksordnung werde die Axt an das bewährte System der dualen Berufsausbildung gelegt.

Der bayerische Wirtschaftsminister Wiesheu nannte es naiv, anzunehmen, dass durch Lockerung der Zugangsvoraussetzungen die wirtschaftliche Lage der Branche gebessert werden könne. In anderen Sektoren gebe es ähnliche Probleme. „Es gibt nicht zu wenig Meister, es gibt zu wenig Aufträge“, sagte er. Selbst wenn es durch die Reform zu mehr Gründungen kommen sollte, werde das nicht zugleich zu mehr Beschäftigung führen.

Bayern legte ein Alternativkonzept vor, dem sich andere Länder anschlossen. Danach soll der Meisterbrief in den meisten Berufen Bedingung für eine Betriebsgründung bleiben. Bei Einstellung eines Meisters soll sie aber auch ohne den Titel möglich sein. Entfallen soll die Wartezeit bis zur Meisterprüfung. Für langjährige Gesellen soll es Ausnahmen geben, wenn sie eine Firma übernehmen oder gründen wollen. *-dpa-*

burtenschwachen Generationen u.a. wegen des quantitativen Missverhältnisses schwer fallen, selbst in ausreichendem Maße Ersatz zu stellen“, stellen die Wissenschaftler unmissverständlich klar. „Dieser Prozess ist bereits in vollem Gange, wird sich aber nach 2010/2015 deutlich beschleunigen.“

Die Notwendigkeit einer umgehenden Bildungs- und Qualifizierungsoffensive begründen Reinberg und Hummel auch mit dem wachsenden Bedarf an hoch qualifizierten Tätigkeiten und Führungskräften. Dieser dürfte bis zum Ende des Jahrzehnts auf gut 40 Prozent der Erwerbstätigen steigen. „Ob der drohende Fachkräftemangel noch abzuwenden ist, bleibt fraglich“, meinen die Forscher. Die bisherige Praxis der Personalchefs, ältere Mitarbeiter vermehrt in den Vorruhestand oder in die Arbeitslosigkeit zu schicken und durch frisch ausgebildete Berufsanfänger zu ersetzen, führe in die Sackgasse.

Auch ein wachsender Frauenanteil an den Erwerbstätigen kann dem drohenden Fachkräftemangel nur bedingt entgegenwirken. „Unerlässlich ist deshalb die Ausweitung „frauengerechter! Arbeitsplätze, die eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglichen“, begründen die Wissenschaftler die Forderung nach flexibleren Arbeitszeiten, besserer Kinderbetreuung und neuen Familienmodellen.

Fraglich ist aus ihrer Sicht, ob die hohen demographisch bedingten Ausfälle an Fachkräften langfristig durch Zuwanderung ausgeglichen werden können. Eine bessere Integrationspolitik sei jedenfalls zwingend erforderlich.

Zudem sollten Arbeitnehmer ohne abgeschlossene Berufsausbildung nicht länger als Problemgruppe auf dem Arbeitsmarkt, sondern vielmehr als echte Bildungsreserve behandelt werden. Der demographische Rückgang bei den Jugendlichen wird zwar erst Ende des Jahrzehnts einsetzen. Angesichts der langen Dauer von Bildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen seien verstärkte Bildungsanstrengungen aber schon jetzt nötig. *-dpa-*

## Arbeitsmarktforscher warnen vor Fachkräftemangel:

### Mehr Bildung nötig

Trotz derzeit über vier Millionen Arbeitslosen droht Deutschland mittelfristig eine weitere Verschärfung des Mangels an Fachkräften. „Wir befinden uns auf dem Weg, unseren entscheidenden Wettbewerbsvorteil aufs Spiel zu setzen, nämlich das für unseren Hochtechnologie- und Hochlohnstandort bedeutende Humankapital“, warnen Alexander Reinberg und Markus Hummel vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit (IAB) in Nürnberg. Die Ursachen lägen nicht nur in der demographischen Entwicklung, sondern auch in den Qualifizierungstrends der Bevölkerung.

Die langfristige Entwicklung mit einer zunächst alternden und anschließend stark schrumpfenden Bevölkerung ist aus der Sicht der Arbeits-

marktforscher praktisch nicht mehr umkehrbar. „Selbst ein deutlicher Anstieg der Geburtenraten – wofür derzeit allerdings nichts spricht – oder Zuwanderung in wirtschaftlich und gesellschaftlich vertretbarer Größenordnung können diesen Trend bestenfalls bremsen, nicht aber stoppen“, urteilen Reinberg und Hummel.

Entgegen der weit verbreiteten Meinung sind jüngere Arbeitnehmer zumindest formal nicht besser qualifiziert als ältere. Derzeit prägen die geburtenstarken und gut qualifizierten Jahrgänge der 50er und 60er Jahre den Arbeitsmarkt. Deren Qualifikationsniveau wird zwar in den nächsten Jahrzehnten zwangsläufig weiter steigen. Wenn aber diese Jahrgänge erst einmal aus dem Erwerbsleben ausscheiden, „dürfte es den nachrückenden ge-

# Anfragen – Anträge – Beschlüsse



## Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten Magel, Naaß, Franke u.a. (SPD), 24. 06. 2003

### **Besoldungsanpassung für die Beamtinnen und Beamten in Bayern; hier: Klarheit vor der Wahl**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, von der vom Bundesrat am 20. Juni 2003 vorgeschlagenen Länderöffnungsklausel, die Besoldungsanpassung um bis zu drei weitere Monate hinauszuzögern, ungeachtet der Beschlüsse im weiteren Gesetzgebungsverfahren des Bundes, durch Landesrecht keinen Gebrauch zu machen sowie die Öffnungsklausel bezüglich des Weihnachts- und Urlaubsgeldes nicht für Verschlechterungen zu nutzen.

## Antrag

des Abgeordneten Donhauser (CSU), 06. 06. 2003

### **Prüfungsabnahme bei der beruflichen Ausbildung**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert zu prüfen, ob bei der Novellierung des Berufsbildungsgesetzes die in der Berufsschule erbrachten Leistungen bei der Ermittlung der Gesamtprüfungsnote berücksichtigt werden können.

## Antrag

Der Abgeordneten Egleder, Pranghofer u.a. (SPD), 05.06. 2003

### **Kostenerstattung für die Altenpflegeausbildung an kommunale Träger**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, 1. einen Gesetzentwurf vorzulegen, mit dem das Bayerische Schulfinanzierungsgesetz dahingehend geändert wird, dass die künftigen Berufsfachschulen für Altenpflege den gleichen prozentualen staatlichen Zuschuss bekommen, wie dieses für die bisherigen Fachschulen für Altenpflege gewährt wurde.

2. dass die 250 Euro pro Schülerinnen bzw. Schüler und Monat, die der Freistaat als Ausgleich für die Umstellung der Altenpflegeausbildung bei den privaten Trägern gewährt, auch die kommunalen Träger von Altenpflegesschulen erhalten.

3. die Mehrausgaben, die gegenüber dem Bund konnexitätsrelevant sind, zu ermitteln.

## Antrag

der Abgeordneten Meyer, Sackmann u.a. (CSU), 05. 06. 2003

### **Initiative Bürokratieabbau Kommunales VII; Bezuschussung von Schülerbeförderungskosten**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert zu prüfen, ob bei den Schülerbeförderungskosten eine pauschale, prozentuale Zuschussregelung in Abhängigkeit von den tatsächlichen, aus der Jahresrechnung zu entnehmenden Kosten eingeführt werden kann.

## Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Dingreiter, Dr. Söder u.a. (CSU), 09. 07. 2003  
Drs 14/2570, 14/13025

### **Jobs für Junge V: Keine Ausbildungsplatzabgabe**

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich

- bei der Bundesanstalt für Arbeit dafür einzusetzen, dass in der Berufsberatung und bei Werbemaßnahmen für neue Ausbildungsplätze insbesondere auf Berufe hingewiesen wird, für die es nur eine geringe Zahl von Bewerbern gibt (z.B. Bau- und Lebensmittelhandwerk),
- dafür einzusetzen, dass in dafür geeigneten Berufen eine abgestufte praxisorientierte Ausbildung eingeführt wird,
- über den Bundesrat massiv gegen die Einführung einer Ausbildungsplatzabgabe einzusetzen.

## Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Dingreiter, Dr. Söder u.a. (CSU), 09.07.2003  
Drs. 14/12569, 14/13008

### **Jobs für Junge IV: Einarbeitungszuschüsse als Alternative zu Qualifizierungsmaßnahmen.**

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich bei der Bundesanstalt für Arbeit dafür einzusetzen, dass alternativ zu Qualifizierungsmaßnahmen für arbeitslose Jugendliche (ohne Schulabschluss, Angeleernte, ohne Berufsausbildung) weiterhin Einarbeitungszuschüsse für Betriebe zur Verfügung gestellt werden und die berufliche Eingliederung besonders benachteiligter Jugend-

licher durch die BA auch in Zukunft angemessen gefördert wird.

Außerdem wird die Staatsregierung aufgefordert, aus dem bayerischen Arbeitsmarktfonds die berufliche Eingliederung von Jugendlichen ohne Ausbildungsabschluss weiterhin verstärkt zu fördern.

#### **Beschluss**

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Maget, Peters u.a. (SPD), 09. 07. 2003  
Drs. 14/12494, 14/13036

#### **Aufheben der Deckelung bei Wirtschaftsschulen**

Die Staatsregierung wird aufgefordert die Deckelung der Wirtschaftsschulen für den zweistufigen Zweig im Rahmen der finanziellen Ressourcen aufzuheben, bzw. im Einzelfall, dort wo der Druck auf die Eingangsklassen besonders hoch ist, Ausnahmegenehmigungen zu erteilen und weitere Eingangsklassen zu genehmigen.

#### **Antrag**

der Abgeordneten Pfaffmann, Peters (SPD), 19. 05. 2003

#### **Reform der Gastschulbeiträge**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Die Staatsregierung wird aufgefordert, noch vor der Sommerpause 2003 über die geplante Erhöhung der Gastschulbeiträge zu berichten und dabei die neue Berechnung umfassend darzustellen und zu begründen.

2. Die Staatsregierung berichtet gleichzeitig über geplante Verbesserungen der Schulfinanzierung kommunaler Schulen, vor allem hinsichtlich der Lehrpersonalkosten.

#### **Dringlichkeitsantrag**

der Abgeordneten Dr. Dürr, Köhler Elisabeth u.a. (BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN), 02. 04. 2003

#### **Auswirkungen dem Tarifergebnisse vom 09. 01. 2003 auf den Staatshaushalt**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert dem Landtag zu berichten, wann sie die Tarifergebnisse vom 09. 01. 2003 auf die Beamten übertragen will, und wie sie die geschätzten Mehrausgaben von 574,6 Mio. Euro im aktuellen Haushalt darstellen will.

#### **Beschluss**

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:  
Antrag der Abgeordneten Odenbach, Schieder u.a. (SPD), 09.07.2003  
Drs. 14/12383, 14/13035

#### **Freiwillige Wiederholung der 9. Klasse der Hauptschule**

Ablehnung

#### **Beschluss**

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Odenbach, Naaß u.a. (SPD), 09.07.2003  
Drs. 14/12210, 14/12999

#### **Weiterführung der voraussetzungslosen Teilzeit im Schulbereich**

Ablehnung

#### **Beschluss**

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Odenbach, Naaß u.a. (SPD), 09.07.2003  
Drs. 14/12212, 14/13001

#### **Weiterführung der arbeitsmarktpolitischen Beurlaubungen im Schulbereich.**

Ablehnung

#### **Beschluss**

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Maget, Wahnschaffe, Hoderlein u.a. (SPD), 09. 07. 2003  
Drs. 14/2306, 14/2899

#### **Ausbildungsplätze jetzt – nachhaltiges Landesausbildungsprogramm zur Überwindung regionaler Benachteiligungen und Verbesserung der Ausbildungschancen bayerischer Jugendlicher.**

Ablehnung

#### **Beschluss**

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Prof. Männle, Dr. Wilhelm u.a. (CSU), 09. 09. 2003  
Drs. 14/12577, 14/12929

#### **Erhöhung des Anteils der Fachhochschulen an der Gesamtzahl der Studierenden**

Die Staatsregierung wird aufgefordert zusammen mit den bayerischen Universitäten und Fachhochschulen Vorstellungen darüber zu entwickeln, wie der Anteil der Fachhochschulen an der Gesamtzahl der Studierenden – entsprechend den Vorstellungen des Wissenschaftsrats – erhöht werden kann.

Eine höhere Zahl von Studienanfängern an den Fachhochschulen könnte die Vorzüge der Fachhochschulausbildung, nämlich

- kürzere Ausbildungszeit,
- geringere Kosten je Studienplatz,
- größerer Praxis- und Berufsbezug und damit geringere Arbeitslosenquote,
- bessere Betreuung

noch besser zur Entfaltung bringen und insbesondere dem Bedürfnis vieler Unternehmen nach einer mehr praxis- und berufsorientierten Ausbildung alle wissenschaftlicher Grundlage stärker entgegenkommen.

**Pressemitteilung des Bundesinnenministeriums 1. Juli 2003:**

## Tarifverträge für Weihnachts- und Urlaubsgeld gekündigt

Das Bundesministerium des Innern hat heute gegenüber den Gewerkschaften ver.di und dbb tarifunion die Tarifverträge für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer des Bundes über das Weihnachtsgeld zum 30. Juni 2003 und über das Urlaubsgeld zum 31. 07. 2003 gekündigt.

Hierzu erklärte Bundesinnenminister Otto Schily: „Mit der Agenda 2010 und dem Bundeshaushalt 2004 unternimmt die Bundesregierung alle Anstrengungen, durch Senkung der Lohnnebenkosten und Konsolidierung der öffentlichen Haushalte die Wachstumskräfte der Wirtschaft zu stärken und zu einem höheren Wirtschaftswachstum zu gelangen. Im Interesse der sozialen Gerechtigkeit sollen alle Gruppen der Bevölkerung dazu beitragen. Auch im öffentlichen Dienst müssen die notwendigen Sparmaßnahmen alle Beschäftigten gleichermaßen betreffen, Beamtinnen und Beamte ebenso wie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Um dies zu gewährleisten, habe ich heute die Tarifverträge über das Weihnachts- und Urlaubsgeld gekündigt.“

Auf diese Weise wird es möglich für die Beschäftigten des Bundes auch für die Zukunft unabhängig von der Art ihres Beschäftigungsverhältnisses inhaltlich gleiche Sonderzahlungen vorzusehen.

Im Jahr 2003 werden alle Beschäftigten des Bundes das Weihnachtsgeld in der gewöhnten Höhe erhalten. Über das Weihnachts- und Urlaubsgeld für Beamtinnen und Beamte im Jahr 2004 wird der Bundestag zu entscheiden haben, sobald das Kabinett den Haushalt für das Jahr 2004 verabschiedet hat. Für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer des Bundes werden wir über diesen Punkt im Rahmen der bereits angelaufenen Verhandlungen über eine grundlegende Reform des öffentlichen Tarifrechts mit den Gewerkschaften zu reden haben. In beiden Bereichen wollen wir die Neuregelung mit einer stärkeren Berücksichtigung des Leistungsprinzips verbinden. So wird ein Teil der Einsparungen den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in Form von Leistungszulagen zurückgegeben.“ <

tizwachtmeisterdienst, zur Ausweitung des Empfängerkreises für die Gitterzulage (auch auf Justizwachtmeister) sowie zur Änderung der Altersteilzeitzuschlagsverordnung fanden nicht die Mehrheit. <

**Pressemitteilung des Bayerischen Beamtenbundes, 24. Juli 2003:**

## Aufatmen bei den bayerischen Beamten

Stoiber: Weihnachtsgeld bleibt im laufenden Jahr noch erhalten. „Diese positive Nachricht lässt die bayerischen Beamtinnen und Beamten zumindest kurzfristig aufatmen“, so Rolf Habermann, Chef des Bayerischen Beamtenbundes (BBB) zur Ankündigung von Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber, das Weihnachtsgeld für die bayerischen Beamtinnen und Beamten in diesem Jahr ungetastet zu lassen. Der Beamtenbund erkennt an, dass damit Ministerpräsident Stoiber seine Ankündigung einhält, die bayerischen Beamten besser zu behandeln als die in den anderen Bundesländern. Habermann: „Unsere Argumente und unsere Aktionen haben die politisch Verantwortlichen überzeugt.“

Diese Argumente dürfen auch im kommenden Jahr nicht außer Acht gelassen werden, betonte der BBB-Chef, nachdem Stoiber gleichzeitig Kürzungen für 2004 angekündigt hat.

Es sei höchst erfreulich, dass man innerhalb der Staatsregierung zu der Erkenntnis gelangt sei, dass die Beamtinnen und Beamten in den letzten Jahren einen erheblichen Beitrag zur Sanierung der Staatsfinanzen geleistet haben. Bayerische Beamte arbeiten beispielsweise seit nunmehr fast zehn Jahren mit 40 Wochenstunden 1 1/2 Stunden länger als Tarifbeschäftigte. Dies bedeute einen Besoldungsverlust von 4 %.

Es entbehre ohnehin jeder Logik, ein vorübergehendes Haushaltsdefizit durch eine dauerhafte Einkommensabsenkung der Beamtinnen und Beamten auszugleichen, so Habermann.

**Einkommensrunde 2003/04 und Öffnungsklauseln, 2. Juli 2003:**

## Bundestagsinnenausschuß folgt der Empfehlung der Regierung

Die Ausschüsse sind im Wesentlichen der Regierungsempfehlung zur Anpassung der Bezüge gefolgt (dreimonatige Verzögerung gegenüber dem Tarifergebnis für den öffentlichen Dienst vom 09. 01. 2003), sie befürworten die Nichtanpassung der Bezüge für die Spitzenbeamten der Länder und stimmen für Öffnungsklauseln bei der Gewährung der jährlichen Sonderzuwendung und beim Urlaubsgeld. Die Öffnungsklauseln werden derart ausgestaltet, dass künftig gemeinsame

Höchstbetragsregelungen bei jährlichen Sonderzahlungen und Urlaubsgeld gelten. Bund und Länder können ferner über die Gestaltungsmöglichkeit befinden und Entscheidungen über Zahlungsweise, Teilnahme an regelmäßigen Anpassungen und hinsichtlich der Ruhegehaltfähigkeit der Zahlungen treffen.

Anträge der CDU/CSU-Fraktion zur zeit- und inhaltsgleichen Berücksichtigung des Tarifergebnisses, zur Anhebung des Eingangsamtes im Jus-

Alle seriösen Schätzungen kommen zu dem Ergebnis, dass spätestens 2005 mit einer deutlich verbesserten Einkommenslage der öffentlichen Hände zu rechnen sei.

Die Führungsgremien des BBB fordern die Politik auf, auch im kommenden Jahr nicht erneut den Weg des vermeintlich geringsten Widerstands einzuschlagen. Der bayerische Staats-

haushalt weise im Vergleich zu den anderen Bundesländern deutlich solide-re Zahlen auf. Man verlange, dass andere Alternativen zur Behebung des Haushaltsdefizits ernsthaft geprüft werden. Die besondere Ausgestaltung des Beamtenverhältnisses habe ihren Sinn keinesfalls darin, dem Staat als ein stets vorhandenes Sparpotential zur Verfügung zu stehen. <

### Mitteilung des Bayerischen Finanzministeriums, 11. Juli 2003

## Kündigung der Zuwendungs- und Urlaubsgeldtarifverträge

Sehr geehrte Damen und Herren, aufgrund aktueller Presseverlautbarungen durch die Gewerkschaften, wonach die Mitgliedschaft in der Gewerkschaft Voraussetzung für die Weiterzahlung von Zuwendung und Urlaubsgeld sei, wird auf Folgendes hingewiesen:

Mit Arbeitnehmern und Auszubildenden des Freistaates Bayern wird unabhängig von der Gewerkschaftszugehörigkeit im Arbeits- bzw. Ausbildungsvertrag die Anwendung der jeweils einschlägigen Manteltarifverträge und der diese ergänzenden, ändernden oder ersetzenden Tarifverträge in der für den Bereich der Tarifgemeinschaft deutscher Länder jeweils geltenden Fassung vereinbart.

Durch die Kündigung der Zuwendungs- und Urlaubsgeldtarifverträge tritt gemäß § 4 Abs. 5 des Tarifvertragsgesetzes die Nachwirkung ein. Für sich betrachtet, begünstigt die gesetzliche Regelung des Tarifvertragsgesetzes nur die tarifgebundenen Arbeitnehmer und Auszubildenden. Aufgrund der arbeitsvertraglichen Inbezugnahme der einschlägigen Tarifverträge werden aber die Arbeitsvertragsbedingungen für tarifgebundene und nicht tarifgebundene Arbeitnehmer und Auszubildende zusammengefasst. Die vertragliche Bezugnahme-klausel ist als Gleichstellungsabrede zu betrachten (vgl. Bundesarbeitsgericht in den Urteilen vom 20. März 1991, AP Nr. 20 zu § 4 TVG Tarifkon-

kurrenz, und vom 4. September 1996, AP Nr. 5 zu § 1 TVG Bezugnahme auf Tarifvertrag). Für die nicht tarifgebundenen Arbeitnehmer und Auszubildenden gilt somit hinsichtlich der Nachwirkung das Gleiche wie für die tarifgebundenen.

Arbeitnehmer und Auszubildende, deren Arbeits- bzw. Ausbildungsverhältnis bis einschließlich 30. Juni bzw. 31. Juli 2003 begründet wurde, erhalten somit unabhängig von einer Gewerkschaftszugehörigkeit weiterhin Zuwendung und Urlaubsgeld nach Maßgabe der zu diesen Zeitpunkten geltenden tarifvertraglichen Regelungen.

Für Arbeitnehmer und Auszubildende, deren Arbeits- bzw. Ausbildungsverhältnis nach dem 30. Juni bzw. 31. Juli 2003 begründet wurde, finden die Zuwendungs- und Urlaubsgeldtarifverträge keine Anwendung. Eine evtl. Gewerkschaftszugehörigkeit ist auch hier ohne Belang. <

### Schreiben des BBB-Vorsitzenden Rolf Habermann, 23. Juli 2003:

## Keine Abstriche beim Weihnachtsgeld 2003

Liebe Kolleginnen und Kollegen, vor wenigen Minuten erhielt ich einen Anruf von Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber.

Er informierte mich, dass er sich soeben festgelegt habe, beim Weihnachtsgeld 2003 nicht von der Öffnungsklausel Gebrauch zu machen. Er nahm dabei ausdrücklich Bezug auf seine Aussage gegenüber dem Beamtenbund, die bayerischen Beamten besser zu behandeln als die Beamten in den übrigen Ländern (incl. Bundesbeamte).

Dies bedeutet, dass die jährliche Sonderzuwendung 2003 – wegen des Einfrierens auf dem Stand von 1993 – bei 84,29 % liegen würde.

Natürlich habe ich sofort nachgefragt, ob dann für 2004 zu befürchten sei, dass die Abschläge entsprechend höher ausfallen. Ministerpräsident Dr. Stoiber erklärte, dass es nicht seine Absicht ist, in 2004 entsprechende „Kompensationsmaßnahmen“ zu treffen. Auch hier gelte seine Zusage für die „Besserstellung“ der bayerischen Beamten.

Ich stelle fest, dass der Beamtenbund durch seine massiven Proteste und Aktionen (ganz herzlichen Dank an alle, die uns so großartig unterstützt haben) bisher erreicht hat:

1. Zusage, dass bayerische Beamte am besten dastehen werden,
2. Klarheit für bayerische Beamte noch vor der Wahl,
3. keine Abstriche am Urlaubsgeld 2003,
4. keine Abstriche am Weihnachtsgeld 2003,
5. keine zusätzliche Verschiebung der Besoldungsanpassung,
6. Einmalzahlung wird auch Beamten gewährt (incl. Versorgungsempfängern).

Staatskanzleichef Huber hat mir zudem in einem Gespräch vor wenigen Tagen zugesagt, dass Bayern nicht beabsichtige, die Wochenarbeitszeit für Beamtinnen und Beamte zu erhöhen. Dies will ich mir im Gespräch mit MP Stoiber bestätigen lassen. <

*Siehe auch 4. Umschlagseite*

Spitzengespräch an der Uni Nürnberg-Erlangen:

## Gemeinsam dem Nachwuchsmangel zu Leibe rücken

HEIKO POHLMANN

„Der Lehrerberuf ist mit den gegenwärtig Studierenden auf Jahre hinaus nicht zu sichern. Wir benötigen daher eine breite Unterstützung der Werbemaßnahmen durch die Universitäten und dies insbesondere im nordbayerischen Raum“. Dies stellte VLB-Landesvorsitzender Hermann Sauerwein, anlässlich eines Spitzengesprächs an der Universität Erlangen-Nürnberg fest. Die Reaktion darauf war ebenso spontan wie positiv: „Ihrem Anliegen kommen wir gerne nach“, erklärte Prof. Dr. Karl-Dieter Gröske, der Rektor der Universität, „die Werbemaßnahmen des VLB werden wir künftig nach Kräften und mit allen Mitteln unterstützen.“ In die gleiche Kerbe schlug Prof. Dr. Dieter Poschardt, an der Universität u.a. zuständig für die Studienberatung. Künftig werde man auch die Berufsoberschulen in die Beratungs- und Informationsgespräche der Universität einbeziehen, erklärte er. Entsprechende Veranstaltungen laufen bislang schwerpunktmäßig nur an den Gymnasien.

Der hochrangig besetzte Gesprächskreis, dem auch Universitätskanzler, Thomas Schöck sowie als Vertreter der Philosophischen Fakultät Dekan Prof. Dr. Eckart Liebau und für die Erziehungswissenschaftliche Fakultät Prof. Dr. Hartmut Heller angehörten, bekannte sich übereinstimmend zu den genannten Maßnahmen.

Der VLB war bei dem Treffen nicht nur vertreten durch Landesvorsitzenden Hermann Sauerwein, sondern auch durch Vorstandsvize Armin Ulbrich sowie durch Heiko Pohlmann, den Referenten für Lehrerbildung. Erfreulicher Konsens: Man wolle an einem Strang ziehen, wenn es darum geht, den Studiengang zum Lehramt an beruflichen Schulen attraktiver darzustellen und zu gestalten, um da-

mit mehr junge Leute insbesondere aus dem nordbayerischen Raum zu gewinnen.

Freilich, so Prof. Dr. Gröske, sollten auch die technischen Fakultäten der Universität entsprechend sensibilisiert werden. Im besprochenen Sinne müssen sie sich intensiver der Lehramtsstudenten in der Elektro-/Informationstechnik annehmen. Er werde in diese Richtung initiativ werden, erklärte Prof. Gröske. Ein interessanter Vorschlag seitens der Universität sollte nach allgemeiner Übereinstim-



Die Gesprächsrunde von links: VLB-Vize Armin Ulbrich, Uni-Kanzler Thomas Schöck, VLB-Vorsitzender Hermann Sauerwein, VLB-Referent für Lehrerbildung Heiko Pohlmann, Uni-Rektor Prof. Dr. Karl-Dieter Gröske, Prof. Dr. Dieter Poschardt, Dekan Prof. Dr. Hartmut Heller, Dekan Prof. Dr. Eckart Liebau.

mung aufgegriffen und weiter verfolgt werden: Es geht um die Einführung einer „polyvalenten“ Grundlagen-Fachdidaktik für die technischen Fächer. Auf einer solchen Grundlage könne ggf. auch ein Studiengang im Fachbereich Metalltechnik/Mechatronik eingeführt werden. Prof. Dr. Gröske sagte zu, die Möglichkeit für einen solchen Studiengang zu überprüfen. Die Chancen dazu stünden nicht schlecht, auch deshalb, weil an der Universität Nürnberg-Erlangen bei den Fachdidaktiken alle Zweifächer studiert

werden können, die nach der LPO I möglich sind, und weil außerdem auf entsprechendes Fachpersonal zurückgegriffen werden könne.

Nicht an dem Gespräch teilnehmen konnte Prof. Dr. Josef Aff, seit letztem Jahr für die Ausbildung der Diplom-Handelslehrer in Nürnberg-Erlangen zuständig. Klar wurde dennoch, dass auch in diesem Studiengang noch Kapazitäten frei sind, um mehr Wirtschaftspädagogen auszubilden, die sich nach dem polyvalenten Studiengang für das Lehramt an beruflichen Schulen entscheiden. Um den Lehrernachwuchs stärker an den Schulalltag heranzuführen, sei die Einbindung von Schulpraktika in diesen Studiengang vorgesehen, hieß es seitens der Uni-Vertretung. Darüber hinaus bestand Einigkeit darüber, dass auch an

der Universität Nürnberg-Erlangen für Nordbayern Studiengänge in nahezu allen Fachbereichen des beruflichen Schulwesens angeboten werden müssen, um die Region und ihre beruflichen Schulen entsprechend mit Lehrkräften ausstatten zu können.

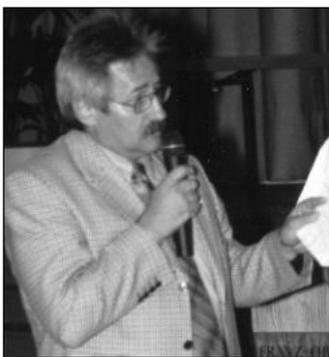
Der VLB freut sich über den positiven Verlauf dieses Gesprächs und hofft, künftig an alte Traditionen der Lehrerbildung im Fachbereich Elektrotechnik anknüpfen zu können. <

Fachtagung mit Pilotfunktion:

## Thema Lehrergesundheit – zweiter Akt

**HERBERT GEIGER**

Die Frage, wie Lehrer „Belastungen meistern – Stress vermeiden – Konflikte bewältigen“ können „droht“, ein Dauerthema zu werden. Auch die Regierung von Unterfranken erkennt mittlerweile die belastenden Bedingungen für Lehrer und den „heute oft destruktiven Zeitgeist“ als zentrale Herausforderung an. Sie erforderten im Lehrerberuf starke Persönlichkeiten mit positiver Ausstrahlung, einen „mens sana in corpore sano“. Konsequenterweise beteiligte sie sich erstmals an der Durchführung dieser vom unterfränkischen BV-Vorsitzenden Wolfgang Lambl und seinem Team initiierten Maßnahme und erhob sie zur „amtlichen Lehrerfortbildung“. Ld. RSch Gustav Eirich betonte in seinen einführenden Worten als Vertreter des Mitveranstalters den Willen und die Bereitschaft seines Hauses, jede mögliche Unterstützung für die Leh-



„Wir wollen nicht jammern“: BV-Vorsitzender Wolfgang Lambl eröffnet die Veranstaltung.

rer zu geben – auch trotz der bekannten Finanzengpässe. „Die Regierung von Unterfranken steht 100-prozentig hinter Ihnen, um Sie gegen Attacken von außen zu schützen.“

### Zwischen Idealismus und Distanz

War beim 1. GeSundheitstag 2002 die wissenschaftliche Grundlegung des Problembereichs Thema, kam diesmal

die Praxisseite ausführlicher aufs Tapet. Dr. Dr. Andreas Hillert von der Psychosomatischen Klinik Roseneck in Prien „plauderte aus dem Nähkästchen“ seiner fundierten Klinikerfah-



„75 Prozent Erfolgsbilanz bei der Therapie“: Dr. Andreas Hillert.

rungen zum Thema „Psychosomatische Erkrankungen vermeiden“.

Man sah „bis 1998 in Bayern keinen Forschungsbedarf, heute sieht man das anders“, da 52% der Frühpensionierten aufgrund psychosomatischer Störungen den Dienst quittieren. Weil „privat Änderungen möglich sind, beruflich jedoch nicht so leicht“, seien lange Leidensgeschichten von etwa 7–9 Jahren bis zu einem Therapieaufenthalt an der Tagesordnung. Der Umgang mit dem Phänomen werde dadurch erschwert, dass das Beamtenrecht keine Unterstützung von Reha-Maßnahmen vorsieht, und dass seit der rigideren Praxis von Beihilfe und Krankenkassen finanzielle Unterstützung heute eingeschränkt wird.

Dr. Hillert unterschied zwischen Lehrern, die sich um ihr Wohl kümmern und anderen, die Gefahr laufen, über kurz oder lang zu erkranken. Hyperidealistische Vorstellungen von Schule und ein falsches Selbstbild des Lehrers sowie zu geringe Distanzierung erschienen überproportional häufig bei Befragungen von Erkrankten, während ähnlich strukturierte, aber „realistischere Zwillinge“ laut

Vergleichsstudien selten ausbrennen. Wer neigt erfahrungsgemäß noch dazu? „Beliebte Kollegen, die sich alles Mögliche ausdrücken lassen“ und solche, die meinen, „wenn ich nicht jede Schülerfrage sofort beantworten kann, dann muss ich die Frühpensionierung beantragen“ – was dann auch häufig via Erkrankung eintritt.

Blieb die Frage: „Was macht man in der Therapie?“ Nach der Klarstellung, dass sich die Kliniken nicht als „Erfüllungsgehilfen der Dienstherren“ verstehen, konnte der Referent auf eine Erfolgsbilanz von 75% ehemaliger Klienten verweisen, die mittlerweile wieder ihren Beruf ausüben. Schließlich stellte Dr. Hillert noch die provokante Frage nach der Außendarstellung der Lehrer: „Würden Sie einen gelben Aufkleber ans Auto heften mit dem Bekenntnis ‚Ich bin gerne Lehrer‘?“ Zu seiner Überraschung bejahte dies ein Großteil der Anwesenden.

### Weisheit des Körpers und innere Führung

Dementsprechend irritierten auch die zunächst exotisch wirkenden Körperübungen zu Beginn der völlig anderen Ausführungen Mignon von Scanzoni die meisten Teilnehmer nicht wirklich. Viele verstehen wie sie unter „Gesundheit ... nicht nur Abwesenheit von Krankheit“, sondern umfassende Lebensbejahung. Der Saal erhob sich



„Belastung durch innere Führung meistern“: Mignon von Scanzoni.

folglich mit großer Begeisterung, als die Referentin unter dem Titel „Brennen oder ausbrennen?“ demonstrierte, wie man „Berufsbelastungen durch innere Führung meistern“ kann. Der Weg nach innen, das Zusichkommen,

beinhalte neben der Achtsamkeit für eigene Bedürfnisse und Visionen auch eine wohltuende Entspannungswirkung. Krankheitssymptome seien häufig auch Hinweise auf Grenzen der eigenen Belastbarkeit, die sich im Körperlichen zeigten und ein „Innehalten, Stolpern oder Ausbrechen aus dem Hamsterrad“ indizierten. Ödon von Horvaths Bonmot „Ich bin eigentlich ganz anders, ich komme nur zu selten dazu“, führte zur Unterscheidung ihres potenzial-orientierten Menschenbildes nach Maslow von defizit-orientierten Modellen. Auch Moshe Feldenkrais Einsicht „Wenn ich nicht weiß, was ich tue, weiß ich auch nicht, was ich möchte“, verweist auf die Vorteile, die es hat, wenn ich Fragen an das Leben habe, Neugierde pflege, mich im umfassenden Sinne bilde und somit die Lust am Leben fördere. War es Verwirrung oder Andacht, die sich im Publikum breit machte angesichts der Erinnerung, der „Führer muss zunächst sich selbst führen, ...und zwar im wertschätzenden Kontakt mit den individuellen Besonderheiten“, da sonst die Ressourcen, z.B. Körpergefühl, Talente, Prioritäten positiver Stress etc. bald versiegen? Auch das Akzeptieren der eigenen Grenzen und Schatten sowie das Sich-Einlassen auf echte Gespräche mit kreativer Komponente eröffnet demnach Wahlmöglichkeiten, um seinen eigenen Lebensentwurf in Einklang mit dem Persönlichkeitstyp zu finden und umzusetzen. Die Erkenntnis, „gesunde Unternehmenskultur lässt viel Raum für das Individuum“ ermutige, auch im beruflichen Leben eigene Impulse und Visionen nach außen zu tragen. Bei Berücksichtigung des „kairos“, des richtigen Augenblicks, seien entsprechende Weiterbildungsangebote, Ruheräume oder auch mobile Massageangebote durchsetzbar. Freundlicher Beifall im Saale begleitete die conclusio, dass Gesundheit bedeutet, im Zusammensein mit Menschen freudig erfüllt zu sein.

### Konflikte sind immer und überall

Sie sorgen für Spannung, Eu- und Dys-Stress mit anregender und schädlicher Wirkung. Demokratisch ver-

fasste Gesellschaften leben von ihrer konstruktiven Bearbeitung. Gründe genug also, um dem Thema Raum zu geben. Nach Bruno-Ludwig Hemmerts Ausführungen sollte es – im Zusammenspiel mit der Teilnahme an seinem nachmittäglichen Workshop – leichter fallen, „Konflikte (zu) verstehen, (zu) vermeiden, (zu) bewältigen“. Aufgrund von Alltagserfahrungen in der Schule und außerhalb beschrieb er zunächst die Bandbreite der Konfliktarten. Er unterschied erwünschte – solche, die das soziale Lernen befördern von unerwünschten, dysfunktionalen Konflikten. In der Schule habe die Zahl ihrer Anlässe nicht abgenommen, doch verfüge man



„Ewige Harmonie ist Utopie“: Bruno-Ludwig Hemmert.

mittlerweile über ein stark verbessertes Instrumentarium, mit dem die Expansion des Konfliktes eingedämmt werden kann. Am Schema von 9 Eskalationsstufen nach Glasl stellte der Referent mögliche Abläufe bis zum Extremfall „Gemeinsam in den Abgrund“ vor und deutete jeweils adäquate Verhaltensformen an. Im genannten Fall wäre dies der Machteingriff. Kommunikative Kompetenz oder Peer-Mediation im Vorfeld könnten diesen aber vermeiden helfen wie auch die Delegation, die eine Lösung durch Konsens nach einem dialektischen Prozess anstrebt. Das Wachstum beider Parteien sei in einem solchen Fall garantiert, wenn sie sich „auf Interessen konzentrieren statt auf Positionen“ und so ein Win-Win-Situation schaffen, in der beide profitieren. Zu Denken gab eine Nachfrage, wie mit erloschenen oder ruhenden, sog. „kalten Konflikten“,

umzugehen sei. Vorheriges Anwärmen und Aufkochen seien Mittel der Wahl, um sie schließlich austragen zu können.

### Praxistests

Frisch gestärkt sortierte man sich am Nachmittag den jeweils gewählten Arbeitskreisen zu. Ihre Inhalte reichten von „Gesunde Lehrer – Gesunde Schule“ über „Lebensfreude und Schaffenskraft wieder entdecken“ zu Angeboten zur Schüleraktivierung, zum kollegialen Beraten und Teamcoaching, zur Schulentwicklung und zum Zeitmanagement. Die Ergebnisse wurden im Plenum präsentiert. Visionen von schmelzenden „Problem-Eisblöcken“ unter dem Spotlight kollegialen Teamcoachings, die Anerkennung kollegialen Expertentums zur Problemlösung durch – strukturierte – Beratung wie auch die Forderung nach offener Kommunikation und Supervision wurden erhoben. Sinnvoller Umgang mit Zeit erzeuge Wohlbefinden, wenn die Pole Arbeit, Gesundheit, Soziales, Kultur, Werte- und Familienanbindung ausgewogen kombiniert werden. Dazu sei eine gehörige Portion Eigenliebe erforderlich – „Liebe deinen Nächsten wie dich selbst“ – aber auch die Fähigkeit, „nein“ zu sagen. Auf sophistische Weise bestätigte dies Gustav Eirich, indem er ein Fazit der „Lebensfreude“-Gruppe, „Wir lassen uns in der Schule nicht verbiegen, auch nicht durch ein KMS“, aufgriff und annahm, dass „ein gestandener Lehrer dies noch nie getan“ habe. Der Dank Wolfgang Lambls an alle beendete eine gelungene Tagung mit dem Wunsch, „das Gewonnene am Wochenende mit seinen Lieben umzusetzen“.

Bleibt die Hoffnung, dass weitere greifbare Hilfestellungen folgen. Das von etwa 200 Kollegen Gehörte und Erlebte ist Verpflichtung für die Zukunft und die Dienstherren.

„Oremus ut mens sana ...“, so lautet nach meiner dunklen Erinnerung das vollständige Zitat nach Juvenal. Beten und Bitten allein werden aber nicht ausreichen, dass ein gesunder Geist in einem gesunden Körper wohne“. Gewisse Zweifel sind da nur durch Fordern und Fördern auszuräumen. <

Eduard Spranger zum 40. Todestag:

## Klassiker der Berufsbildung

HANS HUBER

Die Sehnsucht nach Größe ist ein anthropologischer Urbefund. Der Mensch wendet sich in Zeiten der Krise, in Zeiten psychischer, physischer, ökonomischer, ethischer, religiöser und politischer Not an „Träger des Charismas“ (Max Weber), um lebensleitende Orientierung und Wertmaßstäbe zu finden. Eduard Spranger, der vor 40 Jahren in Tübingen verstarb, war ein solcher Charismatiker, ein Psychologe und Pädagoge, dessen Spätwerke uns Hilfe geben können bei der Suche nach Antworten auf unsere Fragen und bei der Lösung unserer Probleme.

Es ist ein Wagnis, das Lebensbild eines genialen Menschen und Wissenschaftlers in einfachen Abschnitten darzustellen. Der gebotene Raum jedoch zwingt zu dieser Maßnahme.

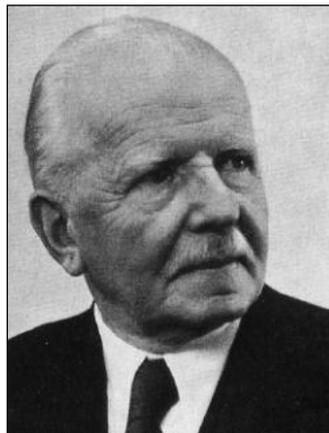
### Vor dem ersten Weltkrieg

„Spranger verstehen heißt über ihn hinausgehen.“ Dieses Wort Windelbands – eigentlich auf Kant bezogen – trifft auf Eduard Spranger zu, der am 27. Juni 1882 als Sohn eines Kaufmanns in Groß-Lichterfelde bei Berlin geboren wurde. Spranger wuchs ohne Geschwister in einer behüteten Umgebung der zu Ende gehenden bürgerlichen Epoche in gewisser Abgeschlossenheit vom pulsierenden Leben auf und war von der elterlichen Fürsorge geprägt.

Von der Volksschule wechselte er zunächst in das Dorotheen-Realgymnasium. Die Lehrer entdeckten bald seine früh ausgeprägte Intellektualität, die schließlich zum Eintritt in das humanistische Gymnasium zum Grauen Kloster in Berlin führte. Desse Lehrers fühlten sich dem Geiste Humboldts verpflichtet. 1900 bestand Spranger die Reifeprüfung nach einer guten Vorbereitung auf das geisteswissenschaftliche Studium an der Berliner Universität.

Er studierte dort hauptsächlich bei Dilthey (Begründer der geisteswissenschaftlichen Psychologie, Pädagogik und Philosophie) und Paulsen (Ethiker, Philosoph und Pädagoge). Die frühe Bekanntschaft und der Einfluss der berühmten Professoren Alois Riehl, Heinrich Rickert, Erich Schmidt, Karl Lamprecht, Otto Hintze und Gustav Schmoller prägten Sprangers Lebens- und Weltbild, vermittelten ihm das wissenschaftliche Handwerkszeug und formten früh seine wissenschaftliche Eigenständigkeit.

1905 promovierte er bei Dilthey mit der Dissertation „Die Grundlagen der Geschichtswissenschaft“, eine Thematik, die das philosophische Hauptan-



Eduard Spranger (1882-1963).

liegen Diltheys ausmachte und auf die sachliche und methodische Verselbständigung der Geistes- und Geschichtswissenschaften gegenüber den Naturwissenschaften zielte.

1909 erschien seine Arbeit über „Wilhelm von Humboldt und die Humanitätsidee“, mit der er sich für Philosophie und Pädagogik habilitierte.

Zwischen 1909 und 1911 lehrte Spranger als Privatdozent an der Berliner Universität und übernahm einige Unterrichtsstunden an einer höheren Mädchenprivatschule, um schulpraktische Erfahrungen zu sammeln und sein Gehalt aufzubessern. Bereits mit

29 Jahren wurde er in eine außerordentliche Professur als Nachfolger Ernst Meumanns (Vertreter der experimentellen Pädagogik) auf den Lehrstuhl für Philosophie und Pädagogik an der Universität Leipzig berufen, die ihm 1912 eine ordentliche Professur zuerkannte.

### Geisteswissenschaftlicher Ansatz

Nach dem ersten Weltkrieg waren die Deutschen von einem ungeheuren pädagogischen Enthusiasmus ergriffen. Es entwickelte sich ein gewaltiger Glaube an die guten Kräfte im Menschen, die durch Erziehung freigelegt werden sollten, um die hohl gewordene Welt mit einer neuen Lebensordnung überwinden zu können. Das Kriegsende bedeutete für die Pädagogik einen Neubeginn.

1920 nahm Spranger einen Ruf der Universität Berlin an. Er wurde Nachfolger von Alois Riehl auf dem Lehrstuhl für Philosophie, Psychologie und Pädagogik rückten in den Mittelpunkt seiner Arbeit.

Trotz veränderter Situation konnte Spranger die Einwirkungen des späten 19. Jahrhunderts nicht vollständig ablegen. Er lebte im „Deutschen Idealismus“ und in der Welt Humboldts, die ihm geeignet erschien, die geistige Not der Zeit zu überwinden. In diesem Sinne sind seine beiden bedeutendsten Werke in dieser Schaffensperiode, die „Lebensformen“ (1921) und die „Psychologie des Jugendalters“ (1924) zu verstehen, die den Schwerpunkt des erziehungswissenschaftlichen Studiums der Pädagogen aller allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen darstellten. Beide Werke sind Versuche einer Abgrenzung gegen das Spekulative im Psychologismus des 19. Jahrhunderts und haben ihren Ausgangspunkt in den von Dilthey begründeten „Typen der Weltanschauungen“.

Während Dilthey noch streng auf den Unterschied zwischen Naturwissenschaft und Geisteswissenschaft achtet („die Natur erklären wir, das Seelenleben verstehen wir“), wirbt Spranger für seinen Weg, das Seelenleben des Menschen zu verstehen. Er

schreibt im Vorwort zur 5. Auflage der *Lebenformen*: „Dass der Grundgedanke der Strukturpsychologie die Anwendung des Experiments ausschlieÙe, habe ich niemals behauptet. Denn das Experiment ist nur eine Methode, nicht ein prinzipieller psychologischer Standpunkt. Aber es gibt Erscheinungen des Seelenlebens ... an die man mit der Methode des Experiments niemals herankommen wird. Und wie ich die experimentelle Arbeit als berechtigt ehre, wo sie mit echter wissenschaftlicher Besinnung, nicht bloÙ mechanisch-dilettantisch, geübt wird, so bitte ich, mich auf meine Weise auf dem Gebiet tätig sein zu lassen, das sich seinem Wesen nach jenen Forschungsmethoden entzieht“.

### Grundzüge der verstehenden Psychologie

In gebotener Kürze wollen wir Sprangers Grundgedanken einer auf Verstehen beruhenden Psychologie und Pädagogik darstellen, weil Spranger diese seiner späteren Berufsbildungsidee zugrundelegte. Er geht von den Subjekten aus. Diesen stehen die Objekte gegenüber. Hinter und über den Subjekten befindet sich das Ideelle, die Werte und die Normen. Insofern etwas an diesen Werten und Normen teilhat, hat es einen Sinn. Das Subjekt (Ich) und die Welt haben durch ihre Teilhaftigkeit an den Werten und Normen einen Sinn. Den einem Wert gemäÙen Sinn in einem Objekt bezeichnet Spranger als den Gehalt eines Objektes.

Wenn sich ein Subjekt den/die Wert(e) in einem Objekt bewusst macht, hat es ein Werterlebnis. Soweit der Gehalt eines Objektes (Bildungswert) einem Subjekt bewusst gemacht werden kann, übt das Objekt eine Wirkung auf das Subjekt aus. Vermag ein Subjekt einen Sinn (Wertgehalt) mit einem Objekt zu verbinden, so vollzieht es eine Leistung, die sich unter Zugrundelegung vollzogener Werterlebnisse zum Wertschaffen erhöht.

Dieses ständige Ineinanderweben von Gehalt und Erlebnis, von Wirkung und Leistung, von Werterleben und Wertschaffen belegt Spranger mit dem Begriff Geist, ein tragender

Grundbegriff der verstehenden bzw. geisteswissenschaftlichen Methode in der Psychologie und Pädagogik. Sprangers Bemühen war es, geistige Erscheinungen strukturell richtig zu sehen und in die besondere Wertkonstellation geistiger Zusammenhänge einzudringen. Darin erfüllt sich der Inhalt des Verstehens geistiger Erscheinungen, das auf einer „entwickelbaren Vorbildungskraft“ beruht und letzten Endes bedeutet, „die zeitlichen Erscheinungen des Geistes auf ihren zeitlosen gesetzlichen Sinngehalt zurückzuführen“.

### Der Lehrer als Kulturförderer

Auf dieser Basis entwickelte Spranger die „geisteswissenschaftliche Strukturpsychologie“ deren Aufgabe es ist, den verwickelten Prozess des menschlichen Wachstums durchschaubar zu machen und diesen in seiner Umgebung zu verstehen sowie die „Kulturphilosophie und Kulturpädagogik“, die sich darin erfüllen, diesen Lebensprozess auf die Zeitlosigkeit der Werte auszurichten, Kultur zu tradieren und Kultur zu fördern. Jeder Lehrer und Erzieher ist Kulturpsychologe und Kulturpädagoge zugleich. Er kann nur in dieser Verbindung seine Aufgabe sinnvoll erfüllen. Spranger wendet sich mit seinem Ansatz gegen die „positivistische Psychologie der Elemente“ und gegen die „Tiefenpsychologie Freuds“, weil die individuelle Seele in ihrem ganzheitlichen Zusammenhang im Gegensatz zu den objektiven Sachgehalten nur gedacht und nicht gemessen werden könne.

### Die Idee der beruflichen Bildung

Spranger setzt sich mit Kerschensteiners Theorie auseinander und versucht, die Berufsbildung in den Gesamtaufbau der Bildung einzuordnen, die er in seiner Abhandlung „Berufsbildung und Allgemeinbildung“ (1929) so beschreibt: „Bildung ist die durch Kultureinflüsse erworbene, einheitliche und gegliederte, entwicklungsfähige Wesensformung des Individuums, die es zu objektiv wertvollen Kulturleistungen befähigt und für objektive Kulturwerte erlebnisfähig macht.“ Die übliche Auffassung über Allge-

meinbildung und Berufsbildung lehnt Spranger ab und unterscheidet in seiner Berufsbildungsidee drei Stufen: „Grundlegende Bildung, Berufsbildung, Allgemeinbildung“.

Die Stufe der grundlegenden Bildung ist „die erste methodische Belegung aller geistigen Grundkräfte“ und führt zu einem einfachen Weltbild, das eine erste Orientierung in Natur und Kultur ermöglicht“.

Die zweite Stufe der Bildungsmöglichkeiten bezeichnet Spranger als „Berufsbildung“. In den Entwicklungsjahren erwachsen „selbständige Interessen“, die sich zu einem „Interessenkomplex“ verdichten können und in den Vordergrund treten, „während gleichzeitig die Fähigkeit, davon fernliegende allgemeine Bildungstoffe zu assimilieren, ganz auffallend abnimmt, ja absterbt. Oft genug sind es überhaupt nicht mehr rein intellektuelle Interessen, die das Bewußtsein beherrschen, sondern sogenannte praktische, die aber ... nicht bloÙ wirtschaftlich und technisch zu sein brauchen, sondern auch ästhetisch, sozial, politisch oder religiös sein können. Der junge Mensch zeigt nunmehr ein entschiedenes Interessenzentrum“.

Spranger setzt das stark „hervortretende Interesse“ oder das „Interessenzentrum“ mit dem „inneren Beruf“ in Anlehnung an Kerschensteiner zunächst gleich, erkennt aber auch die Grenzen. „Wäre es ganz wahr, so hieÙe dies, dass in dem inneren Beruf des Menschen nicht nur ein geeigneter Ansatzpunkt, sondern die letzte Norm seiner Bildung läge ... Der innere Beruf aber deckt sich nicht oder nur selten mit dem Beruf im soziologischen Sinne“. Die Berufsschule habe diese Berufsbildung zu vermitteln.

Die dritte Entwicklungsstufe des Bildungsprozesses ist die „Allgemeinbildung“. Erst wenn sich der Heranwachsende im Beruf fest eingelebt hat, nimmt er auch am Kulturleben wieder teil, indem er von dem „gefundenen oder gesetzten Bildungszentrum aus wieder in die Weite strebt“. So gelangt er zu einer Art Allgemeinbildung, die mehr enthält als die Schulung der Grundkräfte und die intellektuellen Umriss eines Weltbildes.

Ausgehend von einer grundlegenden Bildung über die Berufsbildung in ihren vielseitigen Bezügen sollte nach Spranger der Weg zur allgemeinen (Menschen-)Bildung führen. Dieser Entwicklungsrhythmus ist die Grundlage unserer heutigen Berufsober- schule.

### „Bis zum Ethischen vordringen“

Daneben hat Spranger in seinem didaktischen Organisationsplan für die Berufsschule den heute geforderten „fächerübergreifenden Unterricht“ bereits mitgedacht. „Vielmehr liegt gerade ein neues und fruchtbares Organisationsprinzip der Berufsschule darin, dass sie die auf rein theoretischen Gesichtspunkten beruhende Fächertrennung durchbricht und die Bildungsstoffe mehr nach biologischen Rücksichten, nach ihrem organischen Zusammenhang in Leben und Bildung anordnet. Physik und Chemie, Zeichnen und Mathematik, Deutsch und Geschichte werden nicht auseinandergerissen, sondern in eigenartigen Verschlingungen und Durchdringungen dargeboten. Das organisierende Prinzip liegt hier im Beruf und im Berufsethos, in der Kulturleistung und dem darauf gerichteten spezifischen Bildungsbedürfnis“. Spranger hat in seiner grundlegenden Arbeit zur Berufsbildung ein hochbedeutsames Stück Pädagogik vorgelegt und dabei die Erfüllung des Erziehungsauftrages angemahnt: „Überall ist das Wesentliche bei den Bildungsstoffen, die in der Berufsschule vorkommen, dass man bis zum Ethischen vordringe, nicht bloß Kenntnisse und Fertigkeiten mitteile“. Es müsse gezeigt werden, dass nicht das Nützliche das Letzte ist, sondern dass erst der geistige Gehalt dem Leben Wert gibt. Spranger war damit einer der Taufpaten, als die alte Fortbildungsschule zur Berufsschule umgestaltet wurde. Sein Bemühen um die Integration von allgemeiner und beruflicher Bildung machen ihn zum „Klassiker der Berufsbildung“.

### In der NS-Zeit

Bis zur Machtergreifung wirkte Spranger in vielen Institutionen mit,

u.a in der Reichsschulkonferenz in Berlin oder als Berater im preußischen Unterrichtsministerium. Von 1922 bis 1927 leitete er die Studiengemeinschaft für wissenschaftliche Pädagogik am Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht in Berlin. Durch die Übersetzung seiner Schriften in mehrere Sprachen und durch seine Vortragstätigkeit fand er auch international viel Anklang.

Der geisteswissenschaftliche Ansatz und die humanistisch orientierte Position führten nach 33 zum Widerstand der Machthaber. Spranger wusste um „das Unheil des Nichtverstehens und Nichtverstandenwerdens zwischen den Völkern“ und sah, dass „die innere Politik unter dem Zeichen der Zerklüftung in Parteien steht“.

Auf Veranlassung der Regierung wurde ihm bereits 1933 ein zweiter Lehrstuhlinhaber zur Seite gesetzt, der die systemfremden Gedanken Sprangers zu widerlegen hatte. 1936 ging er als Austauschprofessor nach Japan, kehrte aber 1939 an die Berliner Universität zurück, wo er in seiner Lehrtätigkeit nach wie vor eingeschränkt wurde. Als Mitglied der „Mittwochs-Gesellschaft“ nahm man ihn nach dem Attentat auf Hitler 1944 fest. Mit Hilfe des japanischen Botschafters wurde er jedoch nach zehn Wochen Haft wieder freigelassen. In den letzten Kriegsmonaten übertrug man Spranger das Rektorat der Berliner Universität, was die Amerikaner dann veranlasste, ihn erneut zu verhaften. Aufgrund seines internationalen Renommées allerdings kam er bald wieder frei.

### Nach dem zweiten Weltkrieg

Nach der Enthaftung führte Spranger das Rektorat an der Berliner Universität zunächst weiter, gab aber 1946 seine Professur an der sowjetisch beeinflussten Hochschule auf und folgte dem Ruf – angeregt durch Theodor Heuß – auf den Lehrstuhl für Philosophie in Tübingen.

Dort veröffentlichte er seine umfassenden Spätwerke, in die auch die veränderte Situation der Berufserziehung nach dem Zusammenbruch einging. Im Nachkriegsdeutschland voll-

zog sich der Wiederaufbau des Bildungswesens zunächst langsam und auf den alten Fundamenten. Spranger wusste, dass in Krisenzeiten der Idealismus blüht.

In Tübingen modifizierte er seine in den zwanziger Jahren entwickelte Berufsbildungsidee und sah ein, dass jeder übertriebene Idealismus durch das Eigengewicht der Dinge korrigiert wird. Drei grundlegende Arbeiten folgten kurz aufeinander:

- „Umbildungen im Berufsleben und in der Berufserziehung“,
- „Humanismus der Arbeit“,
- „Menschenbildung in der Wirtschaft der Gegenwart“.

Daneben veröffentlichte er die unter Pädagogen bekannten Schriften:

- „Pädagogische Perspektiven“,
- „Der geborene Erzieher“,
- „Kulturfragen der Gegenwart“,
- „Gedanken zur staatsbürgerliche Erziehung“.

Diese Arbeiten stellen nur einen Teil des Gesamtwerkes dar; sie enthalten aber wesentliche Grundgedanken zur Berufserziehung und beruflichen Bildung.

Die Berufserziehung hatte neben Georg Kerschensteiner und Aloys Fischer in Eduard Spranger einen mutigen Anwalt, der jederzeit für die Belange junger Menschen in Arbeit und Beruf eingetreten war. Der gesellschaftliche Wandel hatte bei ihm zur Revision seiner ursprünglich neuhumanistischen Position geführt, was u.a. folgende Aussage belegt:

„Es ist eine einseitige Auffassung, freilich gerade bei den Deutschen verbreitete Auffassung, daß Bildung nur in wissenschaftlicher oder literarisch-ästhetischer Gestalt möglich sei. Zur Vollendung aber gehört auch eine be-seelte Hand und ein gebildetes Herz, d.h. praktischer Sinn und gesellschaftliche Form, Menschenfreundlichkeit und Seelenkultur im tieferen, philosophisch-religiösen Sinne“.

3rd international Congress on Vocational Training, Innovation and Company in San Sebastian:

## Nutzung neuer Medien zur Entwicklung einer Region

HERIBERT MOHR

Wie nutzt man die neuen Medien für eine optimale Entwicklung einer Region – mit dieser Strategie beschäftigt sich intensiv und mit sichtbarem Erfolg auch die Regierung der baskischen Region. Zu obigem Kongress waren internationale Referenten – USA, Finnland, Frankreich, Großbritannien, Deutschland, Malaysia – geladen, um die bisherigen Erfahrungen anderer erfolgreicher Regionen zu bewerten und in die eigene Entwicklung einzubringen, z. B.

- Dr. Larry Keen, Vicepräsident for Economic and Workforce Development referierte über die Erfolgsstory von North Carolina in der Entwicklung “from farm to factory to pharma” mit der Botschaft, dass das Kapital zu den qualifizierten Fachkräften wandere und die Region mit 59 Community Colleges jährlich ca. 50.000 Fachkräfte qualifiziere. Computers Networking, Distance Learning, eLearning sind dabei implementierte Qualifizierungswege.
- Joachim Kessler, Projektleiter der Siemens AG, präsentierte die neue europaweite eLernplattform – Siemens Automation and Drives – Cooperates with Education, der Internet SCE-Telestart erfolgte auf der Bildungsmesse in Nürnberg im November 2002 in Anwesenheit von Kultusministerin Monika Hohlmeier.
- Schulleiter Heribert Mohr stellte auf diesem Kongress die laufenden Projekte der Berufsschule Weiden im Rahmen des Modellversuches Modus21 mit einer Powerpräsentation und mehreren Online-Präsentationen vor, insbesondere – eLearningplattform mit den Partnern der Region, vhs und Login Weiden,

Von links. Heribert Mohr, Schulleiter, BS Weiden, Joachim Kessler, Siemens A&D, Projektleiter Europa, Moderatorin, Vertreter der Firma IMH, San Sebastian.



- Erstellung erster Contents im Bereich CAD, SPS durch Lehrkräfte der Berufsschule,
- Autorensystem peds (Professional Education and Edutainment Systems),
- Telelearning, basierend auf der Siemens-Plattform SCE,
- Lernortkooperation mit den externen Partnern R&S Keller mit SYM plus; Autodesk mit Inventor; etc. und
- Laptopklassen als optimalen Weg der Lernortkooperation.

Spätestens mit der Präsentation und der Besichtigung des Unternehmens IMH ([www.imh.es](http://www.imh.es)) in San Sebastian wurde offenkundig, dass die baskische Region die Qualifizierung von Fachkräften vehement vorantreibt und hier eLearning im Bereich CNC, CAD, CMC bereits in der Praxis gelebt wird. Auch für die Begrenzung der Investitionen in Hardware, z. B. CNC-Automaten geht man mit der Vernetzung mehrerer Institute konsequent neue Wege in der Ausbildung und Qualifizierung. Nicht die größte CNC-Maschine für jedes Institut ist das Ziel, sondern die Vernetzung und intelligente Nutzung der Ressourcen.

Wie Internet und Intranet doch die Welt klein werden lassen und zunehmend auch internationale Kooperationen ermöglichen zeigt ein Vergleich der Plattformen von IHM San Sebasti-

an (110 Lehrkräfte und Trainer) und einer bayerischen Berufsschule (125 Lehrkräfte). Beide Institute nutzen

- LOTUS Notes als Kommunikationsplattform,
- LearningSpace als eLearning-Basis,
- Zertifizierung in Cisco,

- Siemens SCE als Telelearning-Plattform etc.

Und die Sprachplattform? Sehr rasch erfährt der Kongressteilnehmer, dass nur in den Sprachen englisch, französisch, spanisch und natürlich baskisch simultan übersetzt wird – auch für bayerische Berufsschulen muss deshalb der Englischunterricht forciert werden – ob als Pflicht oder Wahlunterricht ist dabei sekundär.

### Fazit

Kleinere Regionen haben zum Teil früher erkannt, dass sie sich nur mit konsequenter Qualifizierung am Markt behaupten können, die Nutzung neuer Medien, der Aufbau von Netzwerken und die Kooperation mit Partnern hat dabei Priorität, mehrsprachige Fachkräften sind dabei ein Standard.

Die berufliche Ausbildung erfolgt im Baskenland in staatlichen Fachschulen über 2 Jahre und kann in einer 2. Stufe auf freiwilliger Basis fortgesetzt werden. In die 2. Stufe sind auch praktische Trainingsphasen in Betrieben integriert. Die Zahl der weiblichen Teilnehmer liegt bei ca. 40 %, der Bedarf der Betriebe an Fachkräften kann momentan nicht gänzlich gedeckt werden. Die baskische Region ist auf dem Wege zur Spitzenposition in Spanien – auch umfangreiche Baumaßnahmen zeugen von der Dynamik der Region. <

**Vielfältiges Workshopangebot und hohes Besucherinteresse:**

## Material- und Ideenbörse 2003

**ALFRED RIEDL**

Bereits zum dritten Mal fand am 4. Juli 2003 die Material- und Ideenbörse „Schüleraktiver Unterricht an beruflichen Schulen“ in den Gebäuden der TU München statt. Das erneut zugekommene Besucherinteresse zeigt, dass sich die Veranstaltung mittlerweile als feste Größe in der bayerischen Lehrerbildung etabliert hat. Die Material- und Ideenbörse wird vom Reformpädagogischen Forum zusammen mit dem Lehrstuhl für Pädagogik veranstaltet.

In seinem Einführungsvortrag zur Material- und Ideenbörse zeichnete Prof. Andreas Schelten vom Lehrstuhl für Pädagogik Entwicklungslinien einer modernen beruflichen Bildung nach. Gegliedert in drei Dekaden lässt sich das Jahrzehnt von 1980 bis 1990 mit dem Schlagwort ‚Neuordnung‘ umschreiben. Wichtige Entwicklungen sind hier die Informatisierung der Berufsarbeit ab ca. 1980, die Neuordnung von Ausbildungsordnungen (1987) und die wachsende Bedeutung der beruflichen Weiterbildung. Das darauf folgende Jahrzehnt von 1990 bis 2000 kennzeichnet ein ‚Strukturwandel‘. Ausgehend vom Konzept der Schlüsselqualifikationen entwickelt sich der handlungsorientierte Unterricht, der durch das 1996 von der KMK eingeführte Lernfeldkonzept in den Lehrplänen der Berufsschule begünstigt wird. Neue Ausbildungsberufe, u. a. in der Infor-

mations- und Kommunikationstechnik (1997) stehen am Ende dieses Zeitabschnitts. Mit dem Jahrtausendwechsel stellt sich eine zunehmende ‚Gestaltungsoffenheit‘ in der beruflichen Bildung ein, die z. B. die Entwicklung der beruflichen Schulen zu regionalen Kompetenzzentren (2001) kennzeichnet. Auch die Kopenhagener Erklärung zur verstärkten europäischen Zusammenarbeit in der Berufsbildung von 2002 erfordert diese Gestaltungsoffenheit. Beide angeführten Beispiele sind jedoch strukturelle (äußere) Gestaltungsmöglichkeiten in der beruflichen Bildung. In diesem Zusammenhang führte Schelten ein in der Wirtschaft häufig bemühtes Zitat an: „organisation follows strategies“. Er leitete daraus den Appell an die Besucher ab, dass auch berufliche Bildung zuerst nach inhaltlichen (inneren) Gestaltungsmöglichkeiten zur Qualitätssteigerung von Unterricht suchen sollte. Erst auf der Basis von tragfähigen Visionen für Lehr-Lern-Situationen in modernem beruflichem Unterricht als innere Gestaltungsanforderungen können äußere Gestaltungsaktivitäten diesen Anforderungen Rechnung tragen. Die Material- und Ideenbörse möchte – auch im Sinne der Reformpädagogen des letzten Jahrhunderts – mit ihrem vielfältigen Angebot einen Beitrag zur Entwicklung von Bildungsvisionen für eine moderne berufliche Bildung leisten. Insgesamt rund 300 interessierte Besu-

cher – Studierende, Referendare und Lehrkräfte an beruflichen Schulen – kamen zur der Fortbildung. Sie konnten sich in den angebotenen Workshops und dem reichhaltigen Angebot an Unterrichtsmaterialien verschiedener Fachbereiche, die Lehrkräfte oder Studierende selbst erstellten und erprobten, informieren und mit Workshopanbietern, Ausstellern und Kollegen Unterrichtskonzepte diskutieren. Das Workshopangebot umfasste 25 Veranstaltungen, die jeweils eine Stunde dauerten und parallel in fünf Seminarräumen angeboten wurden. Auf dem Programm stand zusätzlich zweimal eine Einführung in die Erlebnispädagogik auf dem Freigelände der Lothstraße.

Im Computerraum fanden mehrere teilnehmeraktive Vorstellungen zum Erstellen von Lernmaterialien und Lernspielen am PC und von Software für einen schüleraktiven Unterricht statt. Die Präsentationen unterschiedlichster Methoden thematisierten in einzelnen Workshops Planspiel, Gruppenpuzzle, Leittextmethode, Lernzirkel, Arbeiten mit ausgearbeiteten Lösungsbeispielen, Brettspiele im Unterricht und vieles andere mehr. Die Themenpalette umfasste weiter: Das Menschenbild als Grundlage für eigenverantwortliches Lernen, der Körper der Lehrkraft als Unterrichtsinstrument, die Umsetzung von Handlungsorientierung an konkreten Beispielen und schließlich Lernkonzepte aus Ländern, die bei der PISA-Studie besonders erfolgreich waren.

Für die Verköstigung der Veranstaltungsteilnehmer sorgte die Fachschaft für das Lehramt an beruflichen Schulen. Am Abend nach Abschluss der Material- und Ideenbörse fand wieder das alljährliche „Back to the Roots“ statt, bei dem sich derzeitige und ehemalige ‚Lothstraßler‘ zu einem informellen Gedankenaustausch treffen.

Der geplante Termin für die Material- und Ideenbörse 2004 ist der erste Freitag im Juli (02.07.2004). Weitere Eindrücke von der diesjährigen Material- und Ideenbörse erhalten Sie unter [www.paed.ws.tum.de](http://www.paed.ws.tum.de).

Kontaktmöglichkeiten: [www.berufsschulen.de/htm/reformer](http://www.berufsschulen.de/htm/reformer) /[riedl@ws.tum.de](mailto:riedl@ws.tum.de) <



Wie immer fand ein reger Gedanken- und Informationsaustausch statt.

Bad Kissingen bundesweit erste Berufsschule:

## Neuer Ausbildungsberuf: Bestattungsfachkraft

**KLAUS WERNER**

Zum Schuljahr 2003/2004 werden in Bad Kissingen erstmals Auszubildende den neuen Ausbildungsberuf „Bestattungsfachkraft“ erlernen können.

### Handlungsorientierung als Grundprinzip

Im Mittelpunkt steht die Vermittlung von „beruflicher Handlungskompetenz“ als bildungspolitische Leitlinie. Dieses umfassende Ziel soll in der Berufsausbildung durch die Bearbeitung komplexer beruflicher Aufgabenstellungen erreicht werden. Im Rahmenlehrplan wird diese Handlungsorientierung durch das „Lernfeld-Konzept“ verwirklicht. In Abstimmung mit Ausbildungsordnung und Prüfungsanforderungen wurden die Lernfelder auf die drei Jahre der Berufsausbildung verteilt.

### Selbstverständnis des Berufsbildes

Seine besondere Prägung erhält der Beruf dadurch, dass er ein hohes Maß an Verantwortung für Menschen – Verstorbene und Hinterbliebene – verlangt.“ – so eine zentrale Aussage in den berufsbezogenen Vorbemerkungen des Lehrplans. Neben fachlichen Fähigkeiten und Fertigkeiten aus dem kaufmännisch-verwaltenden sowie handwerklichen Bereich, verlangt der Beruf wesentliche Rechtskenntnisse. Insgesamt erscheint der Beruf mit seinen vielfältigen Ausprägungen und Anforderungen – die von regionalen Bräuchen ebenso abhängen wie von religiösen, ethischen und ästhetischen Empfindungen – als sehr anspruchsvoll und in Teilbereichen belastend. Dieses Niveau spiegelt sich in den Lernfeldern und deren zeitlichen Anordnung wider.

### Lernfelder – die fachliche Basis

Insgesamt zwölf Lernfelder regeln im RLP für die Bestattungsfachkraft die

fachlichen Qualifikationen. Gleichmäßig sind diese Lernfelder auf die drei Ausbildungsjahre verteilt und umfassen einen zeitlichen Rahmen zwischen 40 und 80 Unterrichtsstunden pro Schuljahr. Die Umsetzung der Lernfelder erfolgt in den Ländern sehr unterschiedlich. Einige werden die Lernfelder aus dem Rahmenlehrplan übernehmen, so dass der Auszubildende für jedes Lernfeld im Abschlusszeugnis eine Note erhält. In Bayern ist die Grundlage eine Stundentafel, die für drei Jahre durchgängige Fächer zugrunde legt. Die Lernfelder werden diesen sog. Bündelungsfächern – Betriebsprozesse und Branchenstrukturen, Geschäftsdokumentation, Beratung und Betreuung und Versorgung und Bestattung – zugeordnet.

Als Organisationsform wird der Blockunterricht gewählt. Die Gesamtunterrichtswochen eines Jahrgangs wird in zwei- bis dreiwöchigen Blöcken aufgeteilt. Pro Woche werden zwischen 38 und 40 Unterrichtsstunden erteilt, die sowohl fachliche wie allgemein-bildenden Fächer umfassen. Die bayerische Stundentafel geht von je 13 Wochen in den beiden ersten Jahren und von neun Wochen im dritten Ausbildungsjahr aus.

### Inhalte der Ausbildungsordnung

Ausbildungsdauer: 3 Jahre

Ausbildungsberufsbild:

1. Berufsbild, Arbeits- und Tarifrecht
2. Aufbau/Organisation des Ausbildungsbetriebes
3. Sicherheit und Gesundheitsschutz
4. Umweltschutz
5. Umgang mit Informations- und Kommunikationstechniken
6. Berufsbezogene Rechtsvorschriften, Normen und technische Unterlagen
7. Planen von Arbeitsabläufen, Ausführen von Geschäfts- und Verwaltungsvorgängen

8. Riten und Gebräuche
9. Handhabung und Warten von Werkzeugen, Geräten, Maschinen und technischen Einrichtungen
10. Be-/Verarbeiten von Werk- und Hilfsstoffen, Durchführen warenkundlicher Arbeiten
11. Bearbeiten von Bestattungsaufträgen
12. Durchführen von Trauerfeiern und Bestattungen
13. Qualitätssichernde Maßnahmen und Kundenorientierung
14. Psychologische Maßnahmen
15. Bestattungsvorsorge

### Zwischenprüfung

mit praktischer Prüfung – innerhalb von max. sieben Stunden sind zwei praktische Aufgaben zu bewältigen – und schriftlicher Prüfung zu grundlegenden Kenntnissen

### Abschlussprüfung

mit praktischer Prüfung – innerhalb von max. 14 Stunden eine umfassende Aufgabe durchführen und dokumentieren sowie ein Fachgespräch führen – und schriftlicher Prüfung zu Geschäfts- und Verwaltungsvorgängen, Bestattungsdurchführungen sowie Wirtschafts- und Sozialkunde. Überbetriebliche Unterweisung: 3 Wochen.

## Bayerische Meisterschaften der Systemgastronomen

Erstmals wurden an der staatlichen Berufsschule Rothenburg die Bayerischen Meisterschaften für den Bereich Systemgastronomie ausgetragen. Der Wettbewerb fand heuer zum zweitenmal statt. Wie bereits im letzten Jahr ging der erste Preis nach München. Die 20jährige Auszubildende Stephanie Bail ist bei der LSG (Lufthansa Service Gesellschaft) München beschäftigt und hat bayernweit die beste Prüfung abgelegt. Sie wird den Freistaat im Oktober bei den Bundesmeisterschaften in Düsseldorf vertreten.

Auch über den zweiten und dritten Platz dürfen sich Münchner Auszubildende freuen.

Bester Rothenburger auf Platz vier ist Robert Weiß, der in Nürnberg bei Burger King seine Ausbildung absolviert. Er hat zugleich die Rothenburger Stadtmeisterschaften für Systemgastronomie gewonnen. Weiter konnten sich noch zwei Azubis aus Rothenburg, drei Azubis aus Bad Wörishofen und eine Auszubildende aus Landshut unter den zehn besten bayerischen Systemgastronomen qualifizieren. Organisiert wurden die Meisterschaften von Christina Schlieper, Günther Löblein und Norbert Loos.

Die Aufgaben für die Prüflinge umfassten die Kreation und Vermarktung eines neuen Produktes (Dessert), die dazugehörige betriebswirtschaftliche Kalkulation, eine Mitarbeiterschulung über das neue Produkt, die nötigen Hygienemaßnahmen und die Bearbeitung einer Reklamation – letztere in englischer Sprache.



Irmgard Markus (Nordsee Ansbach) hatte ein exquisites Fischbuffet für die Prüflinge und die Gäste organisiert – und damit für einen stilvollen kulinarischen Abschluss im Gastronomischen Bildungszentrum für die Teilnehmer, Prüfer und Gäste geschaffen.

Margit Schwand

## Bayern wählt



Kultusministerin Monika Hohlmeier präsentierte in München den neuen Internetauftritt der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit zu den Landtags- und Bezirkstagswahlen, den die 19-jährige Jeanette Kuther (mit im Bild) von der Münchener Alois-Senefelder-Berufsschule gestaltet hat.



Wer diese Seite unter [www.wahlen.km.bayern.de](http://www.wahlen.km.bayern.de) anklickt, findet neben umfassenden Informationen auch eine „Gebrauchsanweisung“ zur Wahl selbst. In der heißen Wahlkampfphase wird die Seite um ein Forum ergänzt, auf dem Schülerinnen und Schüler eigene Projekte zu den Wahlen vorstellen können.

## Die aktuellen Bücher für Berufsschulen



\*unverbindl. Preisempfehlung

2., völlig überarb. Auflage 2003, 624 Seiten, über 1.300 Abbildungen, broschiert

€ 39,90 € 41,10 [A]\* sFr 67,-



7., völlig überarb. Auflage 2003, ca. 432 Seiten, ca. 1.100 Abbildungen, broschiert

€ 35,50 € 36,50 [A]\* sFr 59,-

### Einfach bestellen per Post

Die Lieferung erfolgt vorbehaltlich der Verfügbarkeit der Ware. Sie haben das Recht, den Abschluss dieses Vertrages, der mit Annahme, spätestens mit Lieferung der Ware wirksam wird, ohne Begründung zu widerrufen oder die Ware innerhalb von 14 Tagen zurückzugeben.

Ex. ISBN 3-405-16402-8 € 39,90

»Grundstufe Landwirt«

Ex. ISBN 3-405-16403-6 € 35,50

»Fachstufe Landwirt«

(Fachbücher sind steuerlich absetzbar) zzgl. Portokosten

Name

Straße / Nr.

PLZ / Ort



VVA-BLV Bestellservice  
An der Autobahn · 33310 Gütersloh  
Telefon 052 41 / 80-14 99  
Telefax 052 41 / 80-93 52

## Landesverband

### VLB – Fachbereichstagung Wirtschaft und Verwaltung

**Samstag, 18. Oktober 2003**

Veranstaltungsorte: Sparkasse Regensburg, Prüfeninger Straße und Berufliches Schulzentrum Matthäus Runtinger, Prüfeninger Straße 100, 93049 Regensburg

**Programm:**

- 9.00 Uhr **Eröffnung der Lehr- und Lernmittelausstellung**, Sparkasse Regensburg
- 9.30 Uhr **Begrüßung**, Armin Ulbrich, stellvertr. VLB-Landesvorsitzender
- 10.15 Uhr **100 Jahre Berufliches Schulwesen in Regensburg**  
Oberbürgermeister Schaidinger, Stadt Regensburg
- 10.30 Uhr **Der Wirtschaftspädagoge zwischen ökonomischer Rationalität und pädagogischer Verantwortung**, Prof. Dr. Josef Aff, Universität Nürnberg, Aussprache
- 11.30 Uhr **Die kaufmännische Bildung als Standortfaktor**, Podiumsdiskussion  
Moderation: Gerd Otto, Chefredakteur der Mittelbayerischen Zeitung  
Teilnehmer: Prof. Dr. Josef Aff, Universität Nürnberg; Werner Schlosser IHK Regensburg; MR Dr. Horst Güttler Abteilung Berufliche Schulen StMUK (angefragt!); Alexander Liebel, Bildungspolit. Sprecher des VLB
- 12.30 Uhr **Mittagspause im Foyer der Sparkasse Regensburg**  
(Eigenbeitrag jedes Teilnehmers – Essensmarke am VLB-Stand)
- 14.00 Uhr **Tagung der Workshops, Fachgruppen und Arbeitskreise**  
(siehe untenstehende Übersicht), Schulzenrum Matthäus Runtinger
- 15.30 Uhr **Präsentation der Arbeitsergebnisse der Workshops**
- 16.00 Uhr **Resümee**, Klemens Brosig, stellvertr. VLB-Landesvorsitzender

**Programm der Workshops**

**Fachoberschule:** Thema: Das neue Schuldrecht im Rechtslehreunterricht.

**Wirtschaftsschule:** Thema: Englischprüfung 2004, Aktuelles.

**Automobilkaufleute:** Thema: Lehrplan, Prüfung u. a.

**Handelsberufe:** Themen: Einzelhandel – Regensburger Modell, Internetplattform – Medium zwischen den Sitzungen.

**Berufsfachschule:** Neue Berufsfachschulordnung.

**Finanzberufe:** Thema: Flexibilisierung der Studentafel.

**Büroberufe:** Themen; Handlungsorientierung und Projektunterricht, Kritikpunkte bei der IHK-Prüfung.

**Verkehrsberufe:** Thema: Aktuelles.

**Sonstige Berufe:** Thema: Rechtsanwalts-, Steuerfachangestellte, Verwaltungsfachangestellte.

**Informationsverarbeitung:** Themen: IT-Kaufmann, IT-Systemkaufmann, Aktuelles.

**Sozialkunde:** Thema: Wertorientierung im Sozialkunde.

**Fremdsprachen:** Thema: Zertifizierung – Inhalte und Organisation.

**Lehrerbildung:** Thema: Aktuelle Probleme in der Lehrerbildung.

**Senioren:** Thema: Aktuelles.

**Dienstrecht und Besoldung:** Thema: Persönliche Gespräche und Beratung.

**Hauptpersonalrat:** Thema: Persönliche Gespräche und Beratung.

**Der neue Lehrstuhlinhaber für Wirtschaftspädagogik und Personalführung an der Friedrich-Alexander Universität Erlangen-Nürnberg im Kurzporträt:**

#### Prof. Dr. Josef Aff



Prof. Dr. Josef Aff, gebürtiger Österreicher, studierte nicht nur Wirtschaftswissenschaften, sondern auch Wirtschaftspädagogik. Neben seiner ‚wissenschaftlichen Karriere‘ verlor er nie den Kontakt zur Schule, so dass er die Erfahrungen aus seiner praktischen Unterrichtstätigkeit heute seinen Studenten weitergeben kann.

Über den Weg von Wien, Innsbruck und Köln kam er letztes Jahr nach Nürnberg, um die Nachfolge von Prof. Euler anzutreten.

Ziel seiner wirtschaftspädagogischen Vision in der Lehre ist die Förderung von drei zentralen Kompetenzfeldern:

1. Professionelle Qualifikation für „beratende“ Berufe, die für die Schule oder den Betrieb arbeitsmarktrelevant ist.
2. Wissenschaftliche „Mithörkompetenz“ (Dubs), damit die wissenschaftlichen Paradigmen z. B. der Kritische Rationalismus oder die Hermeneutik erklärt werden können.
3. Eine Reflexionskultur über Normen, damit die Inhalte ökonomischer Bildung bewusst ausgewählt und begründet werden können. An Adam Smith soll nicht allein der Ökonom gesehen werden, sondern unter wirtschaftspädagogischem Aspekt auch die Gedanken des Moralphilosophen.

Wer mehr über Prof. Aff erfahren will, findet weitere Informationen unter <http://wipaed.wiso.uni-erlangen.de/lehrstuhl/personen/aff>.

Der VLB freut sich auf die Ausführungen von Prof. Aff anlässlich der Fachtagung des kaufmännisch-verwaltenden Bereichs am 18. Oktober in Regensburg.

*Armin Ulbrich*

## Bezirks- und Kreisverbände

### BV Unterfranken

#### Konzertierter Lehrprotest: „Es gilt das ge(sp/b)rochene Wort“

Diese Aussage in jeweils angepasster Form durchzog die erste gemeinsame Veranstaltung der unterfränkischen Bezirksgliederungen der im BBB organisierten Lehrerverbände BLLV, brlv, bpv, KEG und des VLB. „Die Zeit ist reif für Zusammenarbeit“, so unterstützte Landesvorsitzender Sauerwein in seinem Grußwort die von BV-Vorsitzenden Lambl mitinitiierte Veranstaltung in der Franz-Oberthür-Schule in Würzburg. Dort nahm man die seit Jahren anhaltende Sparpolitik zu Lasten der Beamten und andere schulartspezifische Mängel aufs Korn. Zu diesem Zweck wurde gemeinsam ein auskunftsbereites Feld von Experten unter der Moderation von Gerhard Estenfelder vom Forum Eltern-Lehrer-Schüler (FELS) für das Podium gewonnen. Dort legten die beiden Landtagsabgeordneten Eduard Nöth (CSU) und Karin Pranghofer (SPD) sowie die Landtagswahl-Kandidatin Monika Horcher von Bündnis 90/ Die Grünen ihre Vorstellungen zur vielfach angeprangerten Situation der Beamten dar und stellten sich dem bestens präparierten BBB-Landesvorsitzenden Rolf Habermann. Er geißelte zu Beginn aufs Schärfste die Rolle der Beamten als Sparpotential der Haushaltspolitik mit ihren Rückwirkungen auf die Arbeitsbedingungen und die Nachwuchsgewinnung. „Das Berufsbeamtentum ist nicht geschaffen worden, um mit ihm den maroden Haushalt zu sanieren.“ Statt „Streichkonzerte“ zu veranstalten, die sich seit 1993 für die Beamten auf 34 Mrd., bis 2008 auf 80 Mrd. Euro beliefen, rief er dazu auf, die Einkommenseite verstärkt zu beachten. Auf Estenfelders differenzierte Anmoderationen und Fragen folgten meist deutlich erkennbar parteispezifische Aussagen, z. B. in Bezug auf die verschärfte Finanzlage

und den damit einher gehenden wachsenden Sozialneid. MdL Karin Pranghofer setzt auf leistungsgerechte Bezahlung, denn Qualität habe nun einmal ihren Preis. Die sechsmalige Abkoppelung der Beamten von den Tarifabschlüssen und die nach der Öffnungsklausel möglichen Besoldungsunterschiede in den verschiedenen Bundesländern fördere nicht gerade ihre Vorstellung von der Motivation von Leistungsträgern, die sich nicht als bloße „Staats-Dienern“ früherer Zeiten verstehen. De facto seien Lehrer zwar Manager, nicht jedoch in der Honorierung. Dies führe zu Abwerbungen und damit zur Verminderung der Qualität von Schule. Monika Horcher legte ihren Schwerpunkt auf die Verbesserung der Lehrermotivation, die durch günstigere Arbeitsbedingungen wirkungsvoller erhöht werde als durch höhere Einkommen. Längere Lebens- und Wochenarbeitszeit wirke demotivierend und sei angesichts der herrschenden Arbeitslosigkeitbarer Un-

sinn. MdL Eduard Nöth verlegte sich dagegen zunächst aufs Lob für die in Deutschland vorbildliche Arbeit und die konstruktive Haltung der bayerischen Beamten, was den Anwesenden der gebeutelten Spezies angesichts ihrer „Nöte“ und ihres dezidierten Anliegens offenbar leicht zynisch erschien. Nach hörbaren Unmutsäußerungen brach er eine Lanze dafür, dass der „Lehrer Beamter bleiben muss“, auch wenn sich der Staat auf seine Kernkompetenzen zurückzieht. Sein Versprechen auf Estenfelders Frage, was nach der Landtagswahl sein werde: „Vor der Wahl liegt auf dem Tisch, was mit den Beamten geschieht.“, ein Versprechen, das – Stand der letzten Schuljahreswoche – mittlerweile insofern eingehalten wurde, als Weihnachts- und Urlaubsgeldregelung nicht mehr vor der Landtagswahl neu gefasst werden. Nicht Wahltaktik, sondern Verfahrensschwierigkeiten seien wie verlautete die Gründe für diese Entscheidung. Für eine dato noch unterstellte Kürzung des Weihnachtsgeldes gab MdL Nöth – wegen der ihm entgegen gehaltenen massiven Auswirkung auf das Lebenseinkommen –

Von Links: Rolf Habermann (BBB) und Wolfgang Lambl (VLB) mit den Vertretern der anderen Lehrerverbände beim Pressegespräch.



Mussten sich eindringliche Wort anhören, die Vertreter der im Landtag sitzenden Parteien: Von links Eduard Nöth (CSU), Monika Morcher (Bündnis 90/Die Grünen) und Karin Pranghofer (SPD), (stehend) Moderator Gerhard Estenfelder.



das Versprechen, dass diese auf max. 2 Jahre befristet werde. Dem Lob für die im Vergleich zu anderen Bundesländern günstige Haushaltsentwicklung in Bayern – Investitionen durch Schulen zu finanzieren „ist mit der CSU nicht zu machen“ – widersprachen Zuhörer und die beiden Oppositionsvertreterinnen. Karin Pranghofer, indem sie eine Umschichtung der Mittel zugunsten der Bildung forderte, denn „wenn ich Qualität will, muss ich investieren“. Diesen Grundsatz sah Monika Horcher in Bayern auch v. a. bei den Verkehrsinvestitionen beachtet. Als mittelfristig günstige Perspektive stellte der Regierungsprotagonist vor, dass alles getan werde, damit Minister „Faltlhauser nicht kürzt, wenn die Schülerzahlen sinken“. Weitere Anliegen, die z. T. aus dem Publikum vorgetragen wurden, waren die relative Schlechterstellung der Pensionisten, die unzureichende Anwärterbesoldung, die Rücknahme der Beihilfe-Kürzungen und v. a. der in den Augen vieler Kollegen leidige „Aktionismus“. Der diagnostizierten „Ideenvielfalt aus dem Kultusministerium“ hielt ein Publikumsbeitrag folgende Konsequenz vor: „Wenn die Kollegen nicht mehr wissen, wohin sie gehen sollen, bleiben sie stehen oder setzen sich hin.“ Abschließend fokussierte Rolf Habermann noch einmal darauf, dass nun – nach der Analyse von PISA – Ruhe und Zeit zur Konsolidierung angesagt seien. Aufgrund von Erfahrungen am Rande der diversen Protestveranstaltungen der letzten Zeit plädierte er für deutlicheres, sprich zahlreicheres Eintreten der Lehrer für ihre Interessen, auf der anderen Seite gegen Privatisierungstendenzen und pro bessere Rahmenbedingungen für die gewünschte Entwicklung im Schulsektor. Diese sei nicht zu realisieren, „wenn man Lehrern in den Rücken fällt bzw. in ihren verlängerten Rücken tritt“. Kein Widerspruch im Saale!

*Herbert Geiger*

## BV Unterfranken

### Lehrergesundheit – Bezirksvorsitzender Lambl bleibt am Ball

„Immer noch jammern Berufsschullehrer nicht“, so Wolfgang Lambls Eingangsbemerkung nach der Begrüßung durch den Hausherrn, Schulleiter Einar Kerler, in der Aula des Städtischen BBZ für Wirtschaft und Datenverarbeitung in Würzburg. Stattdessen genehmigen sie sich mittlerweile ganztägige Fachtagungen, z. B. mit dem Thema „Belastungen meistern – Stress vermeiden – Konflikte bewältigen“. In Unterfranken dank des problembewussten und agilen Teams um den BV-Vorsitzenden nun schon im zweiten Jahr hintereinander. In einer Gemeinschaftsleistung von Bezirksverband, Regierung von Unterfranken und den beiden Tagungsorten, BBZ für Wirtschaft und Datenverarbeitung und BBZ für Hauswirtschaft und Sozialwesen, unterstützt von einigen an der Thematik interessierten Sponsoren. Sollten es die Kollegen da nicht eher als Chance, denn als dräuendes Ungemach begreifen, auch im Rahmen beruflicher Fortbildung etwas für ihre Gesundheit – im weitesten Sinne verstanden – zu tun.

Nach der Eröffnung durch die beiden Veranstalter – die Regierung vertrat Ltd.RSchD Gustav Eirich – bekräftigte auch Würzburgs Bürgermeisterin Marion Schäfer in Vertretung von Oberbürgermeisterin Pia Beckmann, dass die Qualität des Lehrens nur mit gesunden Lehrern gewährleistet sei. „Nebenbei“ verwies sie noch auf die schädlichen Rückwirkungen eines Images vom „Höllensjob Lehrer“ auf die Gewinnung von Nachwuchs. Landesvorsitzender Hermann Sauerwein pointierte die Problemlage in seinem Grußwort, indem er die „Dauerüberwachung“ des Lehrers durch Schüler, Eltern und Betriebe als „Leben auf dem Präsentierteller“ charakterisierte. Seine erste Bitte, gerichtet an Bürgermeisterin und somit an den Würzburger Schulträger lautete, „Stellen Sie verstärkt Haushaltsmittel für die Prävention bereit“, seine zwei-



Sorgten für das leiblich Wohl der Teilnehmer – das Team des hauswirtschaftlichen BBZ mit Küchenleiterin Renate Horaczek (zweite von links).

te das Initiieren einer Lehrerimagekampagne der Meinungsbildner in den Medien.

Die Inhalte und Aktivitäten der Tagung hielten für alle Interessenten das Passende bereit. Der Bericht auf der Lehrerseite dieser Ausgabe sollte den Leser überzeugen.

Essen und trinken hält Leib und Seele zusammen. Die Kolleginnen und Schülerinnen des BBZ für Hauswirtschaft und Sozialwesen trugen dieser Tatsache aufs Köstlichste Rechnung. Hatten Sie schon am Morgen zum gemeinsamen gesunden Frühstück im Foyer großen Zuspruch erhalten, so toppten sie diesen Erfolg mit einem ernährungsphysiologisch ausgewogenen, leichten und wohl-schmeckenden Mittagsmenü. Einen solch wertvollen Beitrag zur Lehrer-gesundheit dürfen die Kollegen der beiden Sanderauer BBZen jeden Schultag genießen. Auch dies ist – neben anderen sicher bedeutenderen – heutzutage ein wichtiges Argument für die Erhaltung dieser Schule.

Schmunzeln zum Schluss rief der Dank Lambls an die Beteiligten – auch mittels Kaktus und fränkischem Roten – für ihre robuste, trotz harter Umweltbedingungen dennoch blüh-freudige Art hervor, die weiter für viel Freude und Begeisterung sorgen mö-ge.

*Herbert Geiger*

## BV Mittelfranken

### Studienreise des BV Mittelfranken nach Irland

#### Traumhafte Landschaft, nette Leute und der Versuch Geschichte zu verstehen

Woran denken Sie, wenn Sie Irland hören? An grüne Landschaft, Schafe, Gärten, Steilküsten, Whiskey, Guinness und Folk-Musik im Pub.

Nun, wir waren in den Pfingstferien vor Ort und können bestätigen, all diese Vorstellungen entsprechen der Realität. Aber dies beschreibt immer noch nicht den ganzen Reiz dieser zauberhaften Insel. Sollten einige Interessierte aus Angst vor schlechten irischen Wetter vom Besuch abgehalten werden, so ist dies vollkommen falsch. Es gibt kein schlechtes irisches Wetter, es gibt höchstens ein nicht so gutes atlantisches Wetter. Auf diesen Punkt legte Brian, unser Führer, stets besonderen Wert. Wir konnten sowie so nicht klagen – hatten wir doch ein ausgesprochen schönes Wetter mit Sonnenschein und guter Sicht.

Wir wissen nach dieser Reise, dass Irland etwa 3,5 Millionen Einwohner und etwa 35 Millionen Schafe beherbergt. Wir haben traumhafte Gärten und beeindruckende Schlösser besichtigt. Trotzige Felsenburgen und die Ruinen ehemaliger Klöster dokumentierten die Spuren der ersten Christenheit. Aber wir verdanken es unserem stets humorvollen Führer, dass wir neben all den üblichen Mitbring-

seln – Postkarten und „Pullover“ – auch einen Einblick in die Geschichte und die Befindlichkeit eines „geteilten Volkes“ erhalten haben. Wir haben in den kargen Anbauflächen von Connemara die große Hungersnot mitgelitten und können nun das Misstrauen der Iren etwas nachvollziehen, deren Geschichten und Lieder heute noch von dieser Tragödie geprägt sind.

Natürlich ist eine solche Busreise – bei der auch dreimal das Hotel gewechselt wird – nicht ganz ohne Anstrengung zu bewältigen. Aber der Blick in die Landschaft ist einfach besser als aus einem Pkw und spätestens beim abendlichen Guinness waren die schweren Beine schnell wieder vergessen.

*Horst Lochner*

## BV Oberpfalz

### Lehrkräfte der Berufsschule Wiesau weisen auf Probleme hin

Unter dieses Motto konnte die Vorstandssitzung des Bezirksverbandes Oberpfalz gestellt werden. Im Rahmen ihrer Sitzung an der Staatlichen Berufsschule mit Berufsfachschulen Wiesau standen die Bezirksvorstandschafft und der Bezirkspersonalrat Rede und Antwort.

Die teilweise sehr kontrovers geführte Diskussion berührte viele aktuelle Themen, welche die Kolleginnen und Kollegen bewegen. Angesprochen wurden z. B. die Belastungssitua-

tion der Lehrer, die Finanzsituation vor dem Hintergrund der leeren Staatskassen, die Wahrnehmung der Aktivitäten des Verbandes, die Bildung von Kompetenzzentren, die Nachwuchssicherung und vieles mehr.

Der Bezirksvorsitzende, Michael Birner, betonte, dass das Thema Lehrerbelastung durch den Verband bereits erfolgreich aufgenommen wurde und verwies auf die Fachtagung Lehrergesundheit in Würzburg.

Bei der Bekämpfung der angekündigten Streichungen, z. B. des Urlaubsgeldes und Kürzung des Weihnachtsgeldes verwies er auf die gescheiterten Initiativen des BBB/DBB. Er stellte heraus, dass in Zukunft alles Erdenkliche unternommen werde, um den Schaden einzugrenzen (z. B. Erhöhung der Unterrichtsstundenzahl auf 28 bzw. 25) In diesem Zusammenhang entkräftete er den Vorwurf, dass der Verband im Moment untätig sei. Er widerlegte dies anhand aktueller und geplanter Aktivitäten auf Landes-, Bezirks-, und Kreisebene. Die momentane politische und finanzielle Situation ließe allerdings keinen Spielraum für Aktionen. Umso mehr sei im Rahmen der Möglichkeiten eine umfangreiche Schadensbegrenzung vorrangige Aufgabe des Verbandes. Außerdem appellierte er an die Kolleginnen und Kollegen, dass das Zusammenhaltgefühl im Verband gestärkt werden müsse. Dies versuche er dadurch, dass er getroffene Entscheidungen transparent mache und damit dem Gefühl von ‚verschlossenen Türen‘ entgegenwirke.

Beim Thema „Bildung von Kompetenzzentren“ erläuterte er eine Stellungnahme des Verbandes, die von vielen missverständlich aufgenommen wurde. Bezirksvorsitzender Birner verdeutlichte dies am Beispiel der Angliederung einer FOS an eine Berufsschule als einem Beispiel für die vertikale Ausrichtung von Kompetenzzentren.

Bei der Nachwuchssicherung ging Birner auf die Situation der Referendare ein. Auch nächstes Schuljahr bräuchten sie nicht mit einer Sonderzulage zu rechnen, da die Situation sich durch die erfolgreich angelaufe-



Die Reisegruppe in den Gärten von Powerscourt in Wicklow.

nen Trainee- und Sondermaßnahmen entschärft hätte. Die Ausbildung der Fachlehrer wurde forciert, indem die Zahl der Ausbildungsplätze erhöht wurde.

Bevor die Bezirksvorstandschafft dann zu vorgerückter Stunde zur internen Vorstandssitzung übergang, bedankte sich Michael Birner für die Einladung nach Wiesau und das Interesse an der Verbandsarbeit und forderte weiterhin um aktive Mitarbeit im Verband sowie um Vertretung der Verbandsinteressen zum Wohle aller.

*Franz Josef Gretsch*

## KV Nürnberg

### Fortbildungsveranstaltung bei der Sparkasse

Die Tatsache der rasanten Entwicklungen im Bereich der Informationstechnologie und der Wunsch junger Kolleginnen und Kollegen verstärkt fachliche Veranstaltungen durchzuführen, hat uns am Donnerstag, den 26. Juni 2003 in die Sparkasse Nürnberg geführt.

Unter dem Thema "E-Banking – unter besonderer Berücksichtigung des Sicherheitsaspekts" haben 15 Teilnehmer an diesem Nachmittag eine Fortbildungsveranstaltung besucht.

Unser Referent, Herr Maier, von der Abteilung Neue Medien informierte uns über neueste Entwicklungen im E-Banking (E-Banking = Internet-Banking, Home-Banking, Mobile Banking).

Unter dem Aspekt Sicherheit wurden das PIN/TAN-Verfahren und das HBCI-Verfahren diskutiert, die Unterschiede von Internet-Banking und Home-Banking erläutert, sowie die Chance des Mobile Bankings via Handy prognostiziert.

Herr Porstner informierte uns über neueste Trends und stand uns mit seiner Erfahrung im Bereich Neue Medien für Fragen zur Verfügung.

Welche Maßnahmen Sie gegen einen Angriff mittels „Trojaner“ oder „man in the middle attack“ ergreifen

können, finden Sie unter [www.sparkasse-nuernberg.de](http://www.sparkasse-nuernberg.de) unter der Rubrik „Sicherheitshinweise“.

Nach einer interessanten Diskussion mit gekühlten Getränken an diesem heißen Nachmittag hatten die Kolleginnen und Kollegen ihr Wissen

im Lernfeld Zahlungsverkehr aktualisiert und ergänzt.

An dieser Stelle nochmals herzlichen Dank an Herrn Porstner, der uns diese gelungene Fortbildungsveranstaltung ermöglichte.

*Elfriede Sulzer-Gscheidl*

## Referate und Fachgruppen

### AK Fachlehrer

#### Wie wird man Fachlehrer – Zufall oder Auswahl

In Anwesenheit des stellvertretenden VLB-Vorsitzenden Hans Käfler und den Mitgliedern des AK Fachlehrer konnte die Leiterin des Arbeitskreises, Dorothea Helbig, MR Adolf Tengg, MR Werner Lucha und StRin Elfriede Moser zu einem intensiven Gedankenaustausch in der Geschäftsstelle des VLB begrüßen.

Unter dem Tagesordnungspunkt „Fachlehrausbildung – seit 25 Jahren unverändert!“ wurde von MR Adolf Tengg ausgeführt, dass die vom VLB geforderte Fachlehrausbildung im Bereich Gesundheit in Bayern zum jetzigen Zeitpunkt vom Staatsministerium für Unterricht und Kultus nicht mehr angestrebt wird, da das Gesetz über die Berufe in der Krankenpflege: „qualifizierte Lehrkräfte mit entsprechender abgeschlossener Hochschulausbildung für den theoretischen und praktischen Unterricht“ fordert.

Die Fachlehrausbildung für berufliche Schulen im Bereich Hauswirtschaft und die anstehenden Änderungen im Bereich Schreibtechnik könnten damit umgehend angegangen werden. Zur Erarbeitung der fachlichen Inhalte der neu zu entwickelnden Ausbildungsrichtung hat MR Tengg die Errichtung einer Arbeitsgruppe am Staatsinstitut zur Ausbildung von Fachlehrern an beruflichen Schulen in Ansbach zugesagt.

#### „Wie wird man Fachlehrer – Zufall oder Auswahl?“

Bezüglich der momentanen Einstellungspraxis bei Fachlehrern hat MR Tengg die Entwicklungen der vergangenen Jahrzehnte aufgezeigt. Für die Argumente und Wünsche des VLB zeigte er Verständnis, eine Änderung stellte er aber nur bei entsprechendem politischen Willen in Aussicht.

Die Vorschläge des VLB zur Weiterentwicklung der Ausbildung wurden von allen Anwesenden positiv bewertet, Finanzprobleme stehen einer Ausweitung der Ausbildung zum jetzigen Zeitpunkt aber entgegen. Bleibt

Von rechts: MR Adolf Tengg, StRin Elfriede Moser, MR Werner Lucha und Georg Wiedemann AK-FL.



die Hoffnung, dass bei einem konjunkturellen Aufschwung die hohen Anforderungen an die pädagogisch-didaktischen Fähigkeiten aller Lehrer an beruflichen Schulen auch zu einer entsprechenden Weiterentwicklung der Ausbildung von Fachlehrer führt. Sowohl Tengg als auch Lucha betonten die Bedeutung der Fachlehrer an beruflichen Schulen und ließen keinen Zweifel, dass im neuen Gebäude des Staatsinstituts in Ansbach die maximal mögliche Zahl an Fachlehrern ausgebildet wird, um freiwerdende Stellen wieder mit Fachlehrern zu besetzen.

Die Arbeitszeitunterschiede bei parallelem Einsatz von Fachlehrern und Kollegen des höheren Dienstes in Fachtheorie bzw. in Lernfeldern führt zu Disharmonie und Demotivation der Fachlehrerkollegen. Aufgrund der unterschiedlichen Ausbildung muss eine unterschiedliche Einstufung in der Beamtenbesoldung als gegeben akzeptiert werden. Als Ungerechtigkeit wird aber die ungleiche Unterrichtszeit bei gleicher Belastung empfunden. Beide Lehrergruppen unterrichten in geteilten und ungeteilten Klassen je nach Situation der Schule. Die Einarbeitung in den Lernfeldunterricht, die Unterrichtsvor- und -nachbereitung und die Teamabsprachen sind für den Fachlehrern ebenso aufwendig wie für die Lehrer des höheren Dienstes. Zeitwerte in den Lernfeldern bzw. %-Ausweisung von Stunden mit hohem Praxisbezug stellte MR Lucha in Aussicht. Da dies keine praktikable Lösung darstellen wird, weil die Personalbesetzung der Schulen mit dieser fiktiven Einteilung selten übereinstimmen wird, werden weitere Gespräche nötig sein.

Die Anwesenden sprachen sich für die eingeführten Lernfelder aus, forderten aber umsetzbare Lösungen für die berechtigten Forderungen der Fachlehrerkollegen, um die Basis für eine harmonische Zusammenarbeit in Lehrerteams zu schaffen.

Ein weiterer Gesprächspunkt war die Einführung von Funktionsstellen für Fachlehrer als Systembetreuer und Mitarbeiter der Schulleitung.

*Dorothea Helbig*

## FG Sport

### Sport an der Berufsschule: Ausbilder – Eltern – Sportabend – Drei Partner, ein Ziel!

Im zweiten Aktionsbündnis für den Schulsport 1985 wurde ein alarmierender Appell formuliert: „Es ist für die weitere Entwicklung des Schulsports von besonderer Bedeutung, die Öffentlichkeit, vor allem die Eltern, über die Bedeutung des Schulsports verstärkt zu informieren. Es ist vordringlich, das Problembewusstsein der Eltern durch ausführliche Informationen über die Bedeutung der Motorik für die Gesamtentwicklung des Jugendlichen zu schärfen.“ Abschließend heißt es: „Die Verwirklichung dieses Programms bedarf der verantwortlichen Mitwirkung der Eltern.“

*Sport ist ...  
nicht ein Fach unter den Fächern,  
nicht das wichtigste Fach,  
aber das einzige Bewegungsfach  
und damit das einzige und wichtigste  
Ausgleichsfach und  
... das schönste Fach!*

Dem Leib etwas Gutes tun, damit die Seele Lust hat, darin zu wohnen!

Diese Forderung stellt zugleich eine Überzeugung dar, die auch auf der Seite der Ausbildungsbetriebe und der Elternhäuser gelebt und vielmehr wieder belebt werden sollte, wenn man dem alten Sprichwort „Jugendstunden werden Altersschwächen“ Glauben schenken darf.

#### Sport treiben oder nicht?

Diese Entscheidungsfreiheit ist der Jugend ex verbo zwar gegeben, de facto sind die Spielräume des Lebens unserer Auszubildenden zielgerichtet, leistungsorientiert und vorgezeichnet wie ein Weg, dessen Zaun zwar überspringbar ist, jedoch kaum zu überwinden ist.

Denn bei näherer Betrachtung der Situation im Berufsschulsport lässt sich der Fahrplan der weiteren Reise auf diesem Gleis ableiten: Die neuen Rahmenlehrpläne der Metallberufe

verbannten künftig das wichtigste Sozialisationsfach, diverse Innungen titulieren die Sportart Basketball als „Kampfsportart“ (Begründung: Ein Auszubildender erlitt eine Fingerfraktur im Sportunterricht), Ausbildungsbetriebe erachten Sport an der Berufsschule als bezahltes Vergnügen ihrer teuren Schulgänger, welches schnellsten durch Fachunterricht ersetzt werden sollte.

Jugendliche, die zu wenig Bewegung haben und die sich nicht ausreichend sportlich betätigen, werden später gesundheitliche und Gesundheitswesens-Probleme bekommen, inzwischen eine Binsenweisheit. Aber mehr noch:

Deutschland wird krank – und das mit gewollter und geradezu provozierender Überzeugung aus den Reihen des Dualen Ausbildungspartners und der Bildungspolitik!

Sportunterricht, das Fach der unendlichen Möglichkeiten und Chancen, gilt es an den Mann und an die Frau zu bringen, welche keinen Platz für ein solches Entwicklungsfeld im Fächerkanon der „Hilfsausbildungsstätte Berufsschule“ sehen.

Verantwortliche Mitwirkung kann aber nur gelingen, wenn die drei Partner, Betrieb – Berufsschule – Eltern, aufeinander zugehen, Kontakte pflegen, Informationen austauschen und vor allem bereit sind, die Anliegen und Bedürfnisse der jeweiligen Partner ernst zu nehmen.

Die gravierenden gesellschaftlichen Veränderungen der vergangenen Jahre zeigen sich an unseren Jugendlichen. Die Berufsschüler kommen mit anderen, höchst unterschiedlichen und leider zum Teil sehr problematischen Voraussetzungen zum Schulsport. Alle Verantwortlichen sind sich darüber einig, dass der Berufsschulsport niemals alleine diese Defizite auffangen kann.

#### Die Familie als erste „Bewegungsvermittlungsinstanz“ hat erheblich an Bedeutung verloren!

Deshalb dürfen wir – im Sportunterricht – nicht auf bessere Zeiten warten, sondern wir als (Berufsschul-) Sportlehrkräfte müssen einen spürba-



Eltern, Lehrer und Ausbilder gemeinsam aktiv.

ren und sichtbaren Teil dazu beitragen, dass innerhalb der Trias Betrieb-Berufsschule-Eltern neue Life-time-Akzente gesetzt werden!

### Neuer Impuls

Die Grundüberzeugung, dass praktiziertes und erfahrungsorientiertes Lernen einen viel nachhaltigeren Effekt auslöst in die Richtung von positiver Grundeinstellung zu diesem immer umstritteneren und zumal abgewerteten Unterrichtsfach, stellt den Keim für das eingeläutete Projekt des Ausbilder-Eltern-Sportabends an den bayerischen Berufsschulen dar.

Das erarbeitete Konzept für die Durchführung eines solchen Sportabends wurde erstmals von Thomas Oschmann am Berufsbildungskongress in Passau interessierten Berufsschulsportlehrern der Fachgruppe Sport vorgestellt und mit ihnen praktisch in der Turnhalle umgesetzt.

Diese beobachten alle den besagten Bedeutungsverlust der Familie als „Bewegungsvermittlungsinstanz“ mit großer Sorge und multiplizieren künftig in Form der stattfindenden Ausbilderelternsportabende an den Berufs-

schulen die Überzeugung, dass wir eben nicht auf bessere Zeiten warten dürfen, sondern dass wir neue bewegungsmotivierende Akzente setzen müssen.

Denn Berufsschulsport soll eine Option sein und wieder werden, für die es gute Gründe gibt, um das Leben zu verschönern.

Dieser Arbeitskreis, ebenso eine Gruppe von unter- und mittelfränkischen Berufsschulsportlehrkräften auf einer regionalen Fortbildung in Rothenburg o.d.T., schöpfte mit dem genannten Referenten die Hoffnung, auf dem eingeschlagenen Weg der Einbeziehung von Betrieben und Eltern den Sportunterricht an der Berufsschule wieder attraktiver zu machen!

Man darf gespannt sein und zugleich entspannt sein, welchen Widerhall dieses initiierte Projekt in den Arbeitgeber-, Politiker- und Elternhäusern finden wird. Erste Erkenntnisse und praktische Erfahrungen werden im Oktober bei einer staatlichen Sportlehrerfortbildung in Oberhaching zu diesem Thema vorgestellt und diskutiert. *Thomas Oschmann*

## FG Sport

### Sie kamen, sahen und siegten

Die Männer aus dem hohen Norden Bayerns hatten sich die Devise von Julius Caesar zu eigen gemacht, als sie am frühen Nachmittag zum Endspiel um die Bayerische Fußballmeisterschaft der Berufsschullehrer ins „Terra Incognita“ Altötting aufbrachen.

Die Hoffnung der Spielgemeinschaft der Beruflichen Schulen Altötting und der Berufsschule Mühldorf I wuchs mit jedem Grad Celsius mehr, das das Thermometer anzeigte. Bei über 30 Grad im Schatten war man sich letztendlich sicher, dass die Unterfranken aus Schweinfurt nach vierstündiger Fahrt „weich geklopft“ aus dem Auto steigen würden.

Kaum aber hatte die stellvertretende VLB-Landesvorsitzende und Hauptpersonalrätin Ingrid Heckner das Spiel eröffnet, wurde Altötting/Mühldorf gleich „kalt“ erwischt; nach zwei Minuten stand es 1:0 für Schweinfurt, nach 23 Minuten 2:0, beide Tore liefen unter der Rubrik „Gastgeschenk“ der Altöttinger Hintermannschaft.

Als nach 28 Minuten der etwas glückliche Anschlusstreffer gefallen war, witterte der zahlreich erscheinende Anhang der Heimmannschaft wieder Morgenluft, ein musikalischer Fan (Ludwig Mühlegger) ließ die frühzeitig verstummte Posaune erneut erklingen. In der Pause stellten die Unterfranken dann auf „mauern“ um. Dieser Taktik hatte Altötting wenig entgegenzusetzen. Die Feldüberlegenheit hatte an der Strafraumgrenze ein En-

Veröffentlichungen der Fachgruppe Handelsberufe können Sie ab sofort unter

[www.vlb-bayern.de](http://www.vlb-bayern.de)

Rubrik INFOS > FACHGRUPPEN abrufen.

FG-Leiter: G. Hacker, E-Mail: [Hacker.b4@t-online.de](mailto:Hacker.b4@t-online.de)

Die bayerischen VLB-Fußballmeister aus Schweinfurt.



de. Schweinfurt gewann letztlich verdient 2:1. Glückwunsch zur Bayerischen Meisterschaft! Der Vollständigkeit halber sei erwähnt, dass beiden Endspielteilnehmern auf dem Weg ins Finale die Glücksgöttin Fortuna zur Seite gestanden war.

Schweinfurt benötigte gegen Würzburg nach torlosem Unentschieden ein 5:3 im Elfmeterschießen, während Altötting nach 3:4 ein 3:0 gegen Ingolstadt gelang. Die Unterfranken bezwangen außerdem Grafenwöhr glatt 11:1, wogegen Altötting gegen Traunstein mehr Mühe hatte, als das Ergebnis von 4:2 ausdrückt. *Ernst Valta*

## Senioren

### Nochmals zur neuen Beihilfe

In Heft 03/04 VLB-akzente S. 42 f. war über Beihilfeverschlechterungen gemäß „Haushaltsgesetz 2003/04“ zum 01. Juli 2003 berichtet worden. Heft 06 VLB-akzente S. 10 konnte von dem seltenen Ereignis berichten, dass der Landtagsausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes (Eykmann-Ausschuss) ein bereits beschlossenes Gesetz nicht zuletzt auf massive Proteste des BBB und des BRH hin zum Besseren verändern konnte. Zwischenzeitlich sind die neuen Beihilfebestimmungen zum 01. 07. 2003 in Kraft getreten.

Wie in dem Artikel Heft 03/04 angekündigt, haben die Versicherer die verbliebenen Neubelastungen – Chefarztbehandlung im Krankenhaus 25 Euro pro Aufenthaltstag – unseres Wissens fair über eine „zusätzliche Krankenhaustagegeldversicherung“ aufgefangen.

### Für Versorgungsempfänger bis einschließlich Besoldungsgruppe A 11, die im Jahr 2000 bereits im Ruhestand waren

In Heft 05 S. 37 f der VLB-akzente war dargestellt worden: für September bis Dezember 2000 hatten die aktiven Beamten der Besoldungsgruppen A 1 – A 11 eine einmalige Zahlung von 400 DM erhalten. Die Versorgungsemp-

fänger waren leer ausgegangen. Dagegen führt der BRH eine Reihe von Prozessen. Das Verwaltungsgericht Hamburg hat dem Bundesverfassungsgericht das Problem zur Entscheidung vorgelegt. Zur Wahrung ihrer Rechte war den nichtklagenden betroffenen Kolleginnen und Kollegen empfohlen worden, per Formblatt (anzufordern bei unserer Geschäftsstelle) „Antrag auf Gewährung der Einmalzahlung“ zu stellen.

Zwischenzeitlich wurden die „Anträge“ von den zuständigen Besoldungsstellen abschlägig beschieden; ebenfalls die gegebenenfalls dagegen erhobenen Widersprüche.

Zur weiteren Rechtsstandswahrung wäre es nun eigentlich notwendig, binnen eines Monats ab Zugang der Ablehnung des Widerspruchs Klage bei dem im Widerspruchsbescheid angegebenen Gericht zu erheben. Das ist nun aufgrund einer „Mustervereinbarung“ mit dem Bayerischen Staatsministerium der Finanzen überflüssig geworden, wie nachfolgendes Schreiben von Finanzminister Kurt Falthäuser an den BBB-Vorsitzenden Rolf Habermann belegt:

*Sehr geehrter Herr Vorsitzender, vielen Dank für Ihr Schreiben vom 2. April 2003, mit dem Sie um eine Regelung bitten, die im Zusammenhang mit den Maßgaben des Versorgungsänderungsgesetzes 2001 von Versorgungsberechtigten gestellten Anträge bzw. eingereichten Rechtsbehelfe nicht zu Verbescheiden, sondern bei den Pensionsbehörden ruhend zu stellen. Sie nehmen dabei Bezug auf das in Niedersachsen praktizierte Verfahren.*

*Ich kann Ihnen hierzu mitteilen, dass Ihrem Anliegen bereits umfassend Rechnung getragen ist. In den Durchführungshinweisen zu den sich aus dem Versorgungsänderungsgesetz 2001 ergebenden Neuerungen wurden die Pensionsbehörden des Freistaates Bayern im Oktober vergangenen Jahres angehalten, Anträge, die nach der ersten auf den 31. Dezember 2002 folgenden Anpassung gestellt werden, nicht zu Verbescheiden, sondern dem Versorgungsberechtigten das Ruhen des Verfahrens in geeigneter Form mit-*

*zuteilen. Zugleich wird eine Erklärung zum Verzicht auf die Einrede der Verjährung abgegeben. Die anderen Versorgungsdienstherren in Bayern sind über diese Handhabung informiert worden. Ich gehe davon aus, dass dort entsprechend verfahren wird.*

*Anlass für diese Entscheidung war die mit Rechtsschutz des Bundes der Ruhestandsbeamten, Rentner und Hinterbliebenen (BRH) gegen die schrittweise Abflachung der Beamtenpensionen beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe erhobene Verfassungsbeschwerde (2 BvR 1387/02).*

*Bei dieser Gelegenheit informiere ich Sie weiterhin darüber, dass im Bereich des Freistaates Bayern gestellte Anträge von Versorgungsempfängern, die von der mit dem Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetz 2000 gewährten Einmalzahlung ausgenommen waren, in gleicher Weise behandelt werden. Im Hinblick auf den Vorlagebeschluss des Verwaltungsgerichts Hamburg vom 3. Dezember 2002 – 16 VG 178/2002 werden derartige Anträge bis zur verfassungsgerichtlichen Entscheidung.*

*Dr. Kurt Falthäuser*

### Rechtswahrung wegen Versorgungsabsenkung – vgl. VLB-akzente 06/2003 S. 3 f

Nun ist es soweit: im August wird mit der Besoldungs- und Versorgungsanpassung gemäß Versorgungsänderungsgesetz 2001 praktisch begonnen. Damit sind die in o. g. Artikel genannten ‚Maßnahmen zur Rechtswahrung‘ fällig: Antrag an die Versorgungsstelle auf ungekürzte Auszahlung der Versorgungsbezüge (Formblatt bei der Geschäftsstelle abrufbar).

Die weiteren in o. g. Artikel aufgeführten Schritte sind nicht erforderlich, da – wie in o. a. Artikel erhofft – unser Dienstherr durch „Mustervereinbarung“ auf Widerspruch und Klage zur Rechtswahrung verzichtet.

*Berthold Schulter*

## Personalien

### VLB-Mitglieder, die für den Bayerischen Landtag kandidieren

#### Ingrid Heckner



„Stellenwert der beruflichen Bildung stärken!“

Spätestens seit der TIMSS- und der PISA-Studie ist die Bildungspolitik wieder im öffentlichen Bewusstsein verankert. Es vergeht kaum ein Tag, an dem sich nicht in den Medien mehr oder weniger qualifizierte Experten öffentlichkeitswirksam über Englischunterricht im Kindergarten, Ganztageschulen oder Lehrerbildung streiten. Während sich mittlerweile alle Welt selbst mit Details des Lehrplans an den Grund- und Hauptschulen, den Realschulen und natürlich vor allem den Gymnasien zu beschäftigen scheint, wird die berufliche Bildung in der aktuellen Diskussion leider nur allzu oft übersehen.

Mein Ziel ist es deshalb, im Bayerischen Landtag auch dafür zu arbeiten, dass die berufliche Bildung den Stellenwert erhält, den sie verdient. Wie schwierig diese Aufgabe ist, wissen wir vom VLB am besten. Als langjähriges VLB-Mitglied und stellvertretende VLB-Landesvorsitzende seit 1988 kann ich mich an so manche Auseinandersetzung, die wir für unsere Forderungen geführt haben, noch gut erinnern.

Sie kennen mich seit langem als Ihre engagierte Interessenvertreterin und haben mir seit 1989 bei den Wahlen zum Hauptpersonalrat Ihr Vertrauen ausgesprochen. Dafür möchte ich Ihnen auch bei dieser Gelegenheit

nochmals herzlich danken! Ziel meiner Arbeit war in den vergangenen Jahren stets, Ihre Anliegen individuell zu bearbeiten, mich nicht einem lähmenden Bürokratismus zu beugen und Maßnahmen anzustreben, die den Leistungen unserer Lehrerinnen und Lehrer gerecht werden. Sollte ich am 21. September 2003 von den Bürgerinnen und Bürgern des Stimmkreises Altötting in den Bayerischen Landtag gewählt werden, können Sie sich darauf verlassen, dass ich mich ergänzend zu meiner Arbeit für meinen Stimmkreis auch weiterhin als Ansprechpartnerin für unsere Lehrkräfte, die beruflichen Schulen und den VLB verstehe.

Über die breite Unterstützung für meine Kandidatur zum Bayerischen Landtag habe ich mich besonders gefreut. Im Juli 2002 wurde ich von 97,7 Prozent der Delegierten zur Direktkandidatin der CSU-Altötting gewählt.



#### Heinz Donhauser, MdL

Mein Herzensanliegen ist eine qualifizierte berufliche Ausbildung für jeden jungen Menschen. Gute Ausbildung bedeutet gleichzeitig erfolgreiche Arbeitsmarktpolitik, Sozialpolitik und schützt am besten vor Arbeitslosigkeit. Die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft hängt entscheidend davon ab, ob sie den Jugendlichen eine Perspektive bietet und mit qualifizierten, motivierten jungen Menschen die Herausforderungen von morgen anpackt.

Die PISA-Studie hat unserer Bildungspolitik bestätigt, der eingeschlagene Weg ist richtig. In der Berufsbildung bedeutet Schule die gemeinsame Aufgabe von Staat, Gesellschaft und Wirtschaft, von Eltern, Lehrkräften, Schülerinnen und Schülern. Die hohe

Qualität bayerischer Schulen ist dem gemeinsamen Engagement aller Beteiligten zu verdanken. Die CSU wird dieses gemeinsame Bemühen weiterhin unterstützen und auch einfordern. Wir sind Garant dafür, dass Bayerns Schulen auch in Zukunft für hohe Unterrichtsqualität, Innovation und Schülerorientierung stehen.

Das neue Ausbildungsjahr hat gerade begonnen und viele Jugendliche stehen ohne Lehrstelle da. Die Ausbildungssituation verschärft sich immer mehr. Die Ursache ist nicht mangelnde Bereitschaft der Unternehmen, sondern die schwierige wirtschaftliche Situation, für die Rot-Grün die Verantwortung trägt. Der Weg zu einem ausreichenden Lehrstellenangebot führt nur über eine intelligente, wachstumsorientierte Wirtschaftspolitik und nicht über sozialistischen und planwirtschaftlichen Enthusiasmus und hemmende Bürokratie.

Die CSU versucht für Bayern noch zu retten, was möglich ist. Wir steuern dieser Negativentwicklung gemeinsam mit der Wirtschaft so weit wie möglich entgegen, um möglichst vielen jungen Menschen berufliche Perspektiven zu eröffnen. Die drei neuen Berufsfachschulen im Freistaat sind ein erster Schritt in diese Richtung. Darüber hinaus haben wir gemeinsam mit dem Bildungswerk der bayerischen Wirtschaft ein neues, innovatives Konzept für einjährige berufliche Qualifizierung entwickelt. Das Maßnahmenbündel wird zudem ergänzt durch das von Bayern initiierte integrative Berufsvorbereitungsjahr. Unsere Bildungspolitik stellt eine gezielte Förderung aller Schülerinnen und Schüler dar, damit sie eine Chance auf dem Arbeitsmarkt erhalten.

Bildung ist Investition in die Zukunft. Wer einen Beruf hat, findet Halt in der Gemeinschaft. Unsere Jugendlichen sind das Kapital unserer Gesellschaft. Wer ihnen eine Basis bietet, investiert sowohl in unsere Kinder wie auch bereits in unsere Enkel.

*Die drei abgedruckten Statements sind persönliche Erklärungen, die von der Redaktion unverändert übernommen wurden.*



## Karlheinz Reingruber

Am 21. September 2003 kandidiere ich im Landkreis Erding als Direktkandidat für den Bayerischen Landtag. Auf der Liste von Bündnis 90/Die Grünen in Oberbayern stehe ich auf Platz 38.

Mein persönlicher Steckbrief: gebürtiger Münchner, Jahrgang 1947, verheiratet, 3 Kinder (28, 23 und 22 Jahre), Studium an der Fachhochschule München Maschinenbau und an der TU München Lehramt für berufliche Schulen, seit 1976 Lehrer an der Berufsschule Freising Fachrichtung Metall und Sport, seit 1990 für den Bereich Metall Fachbereichsleiter., seit 2002 bin ich stellvertretender Personalratsvorsitzender an der BS Freising.

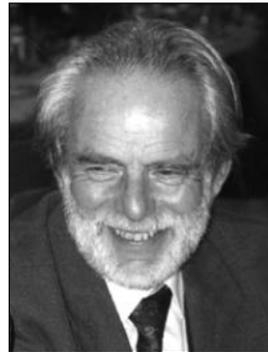
Mein politischer Werdegang: Der Widerstand gegen den Flughafen München II war ausschlaggebend dafür, dass ich mich schon in der Gründungsphase bei den Grünen im Landkreis Erding engagierte. Ab 1982 versuchte ich, für die Biobauern im Landkreis Erding eine bessere Vermarktung ihrer Produkte zu erreichen. Aus diesem Versuch heraus gründeten wir 1984 die Genossenschaft „TAGWERK“. Seit 1990 bin ich in der Gemeinde Fraunberg Gemeinderat und als Kreisrat im Landkreis Erding Mitglied des Kreisausschusses.

Eines meiner Ziele: Als Lehrer an einer Berufsschule war und ist es mir schon immer unerklärlich gewesen, dass wir ohne besondere Ausbildung die geeigneten Lehrer für Jugendliche ohne Ausbildungsplatz sind. Für diese Gruppe von jungen Menschen, die häufig massive Probleme vielfältiger Art haben, sind Pädagogen mit einer Zusatzausbildung notwendig. Auch die Rahmenbedingungen, z. B. kleinere Klassen, gehören für diese Schülergruppe geändert.

## ... weitere Personalien

### Ministerialrat Joseph Bogner hat sich aus dem aktiven Berufsleben zurückgezogen

Joseph Bogner wurde 1988 von der Landeshauptstadt München an das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus versetzt. Seit dieser Zeit hat Bogner das Referat VII.3 mit den grundsätzlichen und allgemeinen Angelegenheiten der Berufsschulen und Fachschulen geleitet und sich dabei große Verdienste erworben. Er beeinflusste mit viel Geschick und Ausdauer die Weiterentwicklung der modernen Beruflichen Schulen in Bayern. Allein die Vielzahl der Berufe in seinem Verantwortungsbereich – vom Asphaltbauer bis zum Zupfinstrumentenmacher – erforderte einen vielseitigen Fachmann. Joseph Bogner



war dieser ausgezeichnete Fachmann und er hätte seine aufreibende Arbeit sicher nicht überstanden ohne seine Ausgeglichenheit und seinen tiefgründigen Humor.

Joseph Bogner war vor seiner Zeit im Kultusministerium ein aktiver Mitgestalter im VLB. Als Experte für Dienstrecht hat er sich Anerkennung und Achtung auch in unserem Spitzenverband, dem BBB, erworben. Der von ihm bearbeitete „VLB-Ratgeber“ war die Rechtsquelle für unsere Mitglieder.

Wir danken ihm heute für sein großes Engagement im Verband und stets loyale Zusammenarbeit als „Ministerialer“. Der VLB wünscht ihm im Ruhestand alles Gute. *Werner Lucha*

### Ministerialrat Klaus Eichenberg im Ruhestand

Der 1938 geborene Klaus Eichenberg studierte nach dem Volks- und Oberrealschulbesuch Rechtswissenschaften. Nach ausgezeichneten juristischen Examen berief ihn schon relativ kurz nach seinem Eintritt in das Berufsleben als Regierungsassessor bei der Regierung von Mittelfranken das Kultusministerium nach München. Hier wirkte er viele Jahrzehnte u. a. als persönlicher Referent der Staatssekretäre Lauerbach und Berghofer-Weichner. Lange war MR Eichenberg als Rechtsreferent im Bereich der beruflichen Schulen tätig. Die vielfältigen Aspekte der beruflichen Bildung lernte er bei der Betreuung verschiedenster Aufgabengebiete wie z. B. des Personalrechts, des Haushaltes, der Schulfinanzierung, der Berufsaufbauschulen, der Wirtschaftsschulen, der Fachoberschulen und Berufsober-



schulen, des Telekollegs usw. kennen. Seine juristischen Stellungnahmen waren von klarer inhaltlicher Aussagekraft geprägt und ließen immer den rechtlichen Rahmen erkennen, innerhalb dessen sich schulischer Gestaltungsraum entwickeln kann.

Für die Anliegen unseres Berufsstandes und der beruflichen Bildung hatte Eichenberg stets ein offenes Ohr und war immer ein konstruktiver Gesprächspartner.

Mit 65 Jahren ist Klaus Eichenberg in den Ruhestand getreten. Der VLB wünscht ihm für den „dritten Lebensabschnitt“ alles Gute. *Min.*

## Ltd. RSchD Andreas Bezold im Ruhestand

Andreas Bezold, Sachgebietsleiter 520 bei der Regierung von Oberfranken, Profi- und Hobbylandwirt und nicht zuletzt engagiertes VLB-Mitglied wurde krankheitsbedingt vorzeitig in den Ruhestand versetzt.



Bei seiner offiziellen Verabschiedung dankte der oberfränkische Regierungspräsident Hans Angerer Bezold für seine langjährige engagierte Mitarbeit im Dienste des Freistaates Bayern. Selbstverständlich verabschiedete sich der frisch gebackene Ruheständler in einer persönlichen Abschiedsrunde auch von „seinen“ Schulleiterkollegen. Die oberfränkische VLB-Bezirksvorsitzende, Dr. Angelika Rehm, nutzte hier die Gelegenheit, um ihm für seine ebenso verständnisvolle wie konsequente Amtsführung zu danken, und lobte, dass er seine Mitgliedschaft im VLB nicht nur aufrecht erhalten hat, sondern sich bei vielen Gelegenheiten ausdrücklich zu ihr bekannt und sie aktiv in seine Überlegungen mit einbezogen hat.

Andreas Bezold hat seine beruflichen Wurzeln im Bereich der Agrarwirtschaft. Nach seiner Ausbildung als Ingenieur (grad.) für Landbau und dem Studium zum Berufsschullehrer in München trat er seinen Vorbereitungsdienst für das Lehramt an beruflichen Schulen 1965 in Oberfranken an. 1980 wurde er an die Regierung von Oberfranken versetzt. Bezold hat das berufliche Schulwesen in Oberfranken somit als Lehrer und als Steuermann wesentlich mitgeprägt.

Sein Fachwissen und seine Entscheidungsfreude haben ihm Respekt und Anerkennung seiner Dienstvorgesehen ebenso gebracht wie der Mitarbeiter in der Regierung und der Schulleiter und Lehrkräfte im Regierungsbezirk. Er war ein Schulaufsichtsbeamter, der das Stichwort „Beratung“ ernst nahm, und der es verstand Brücken zu bauen, statt Konfrontationen zu schüren.

Der VLB Oberfranken wünscht Andreas Bezold für den wohlverdienten Ruhestand alles Gute!

*Berthold Gehlert*

## VLB-Ehrenmitglied Maria Feldl wird 75

Am 5. September feierte Maria Feldl ihren 75. Geburtstag. Der Verband, insbesondere ihr Kreisverband Niederbayern-Ost, gratuliert dem Ehrenmitglied sehr herzlich.

Maria Feldl kann auf 38 Jahre Lehrerinnenstätigkeit, davon 28 Jahre als Schulleiterin zurückblicken. Ihr Anliegen war es immer, die Berufsausbildung in vollzeitschulischer Form auf- und auszubauen, sowie für möglichst viele Schüler eine berufliche Qualifikation zu erreichen.



Um dies auch möglichst heimatnah zu gestalten, war sie maßgeblich an der Gründung verschiedener beruflicher Schulen in Vilshofen beteiligt, z. B. der Fachakademie für Hauswirtschaft, und den Berufsfachschulen für Diätassistenten und für Sozialpflege.

Ihre Arbeit wurde öffentlich anerkannt und gewürdigt durch verschiedene Auszeichnungen, wie der Ehrenmitgliedschaft im damaligen VBB,

jetzt VLB, dem Bundesverdienstkreuz und dem goldenen Ehrenring des Landkreises Passau. *Hans Kovarik*

## Dr. Franz Hirdina zum Gedenken

An etwas mitzuwirken, was für die Jugend von dauerhaftem Wert ist und was auch in die Zukunft fortwirkt – dieses Bestreben bewegte Dr. Franz Hirdina zeit seines Lebens. Deshalb



war er auch mit ganzer Seele Lehrer und mit voller Überzeugung lange Jahre Mitglied des Verbandes. Ende Juni ist Dr. Hirdina im Alter von 84 Jahren verstorben. Er stammte aus dem Sudetenland und begann noch vor dem zweiten Weltkrieg die Ausbildung zum Volksschullehrer, die aber durch Wehrdienst und Kriegsgefangenschaft unterbrochen wurde. 1947 trat er den Schuldienst in Buchdorf (Lkr. Donauwörth) an, unterzog sich aber kurz darauf der Weiterbildung zum Berufsschullehrer, Fachrichtung Landwirtschaft. 1951 legte er die Diplom-Prüfung für Landwirtschaft an der TH München ab, an der er 1959 auch promovierte. Bereits 1958 war er zum Direktor der landwirtschaftlichen Berufsschule Donauwörth ernannt worden. 1960 erfolgte die Versetzung ans Kultusministerium. Dr. Hirdina war zunächst Fachreferent für die landwirtschaftlichen und gartenbaulichen Schulen, verantwortlich für den Aufbau des Telekollegs und übernahm auch Aufgaben im Vollzug der Begabtenprüfung. 1972 wurde er stellvertretender Leiter der Abteilung Berufliche Schulen, 1975 Leitender Mini-

sterialrat und 1980 als Ministerialdirigent Leiter der Abteilung. Ende 1982 ging er in den Ruhestand. Für die Belange der Jugend im Beruf hatte Dr. Franz Hirdina – seinem oben genannten Motto gemäß – stets ein offenes Ohr und dem Verband gegenüber war er immer ein aufgeschlossener und konstruktiver Gesprächspartner. Der VLB wird Dr. Franz Hirdina ein ehrendes Gedenken bewahren. *-pth-*

## Personalien

### Wir gratulieren im September ...

#### ... zum 85. Geburtstag

**Hübner Betty**, 13.09.  
87700 Memmingen, KV Allgäu  
**Mayer Helmut**, 14.09.  
97078 Würzburg, KV Würzburg

#### ... zum 75. Geburtstag

**Dersch, Ludwig**, 15.09.  
85356 Freising, KV Obb.-Nordwest  
**Feldl, Maria**, 05.09.  
94474 Vilshofen, KV Ndb.-Ost  
**Kühn, Joachim**, 18.09.  
82393 Iffeldorf, KV Obb.-Südwest  
**Zinterer, Max**, 08.09.  
86316 Friedberg, KV Augsburg

#### ... zum 70. Geburtstag

**Fichtl, Alfred**, 02.09.  
92224 Amberg, KV Amberg-Sulzb.  
**Hindelang, Nikolaus**, 07.09.  
87640 Ebenhofen, KV Allgäu  
**Scheuernstuhl, Erich**, 02.09.  
95448 Bayreuth, KV Bayreuth-Pegn.  
**Schuiere Wolfgang**, 06.09.  
93444 Kötzing, KV Cham  
**Zenglein Hubert**, 28.09.  
97199 Ochsenfurt, KV Würzburg  
**Zeitler, Hans**, 06.04.  
97070 Würzburg, KV Würzburg

#### ... zum 65. Geburtstag

**Gerhart, Günter**, 16.09.  
Obbach-Euerbach, KV Main-Rhön  
**Hummel, Peter**, 05.09.  
86633 Neuburg, KV Obb.-Nordwest  
**Richter, Rudolf**, 13.09.  
87736 Böhen, KV Allgäu

**Sand, Johanna**, 24.09.  
92237 Sulzbach-Rosenberg,  
KV Amberg-Sulzb.  
**Straub, Hanneliese**, 08.09.  
63741 Aschaffenburg, KV Untermain  
**Witt, Eugen**, 09.09.  
92708 Mantel, KV Opf.-Nord

#### ... zum 60. Geburtstag

**Bredl, Helga**, 24.09.  
81737 München, BV München  
**Büche, Karla**, 03.09.  
82166 Gräfelfing, KV Nordschwaben  
**Bußjäger, Wendelin**, 26.09.  
87640 Biessenhofen, KV Allgäu  
**Cedl Rüdiger**, 08.09.  
92318 Neumarkt, KV Neumarkt  
**Engschalk, Helmut**, 21.09.  
87435 Kempten, KV Allgäu  
**Götschel, Heinz**, 03.09.  
97702 Münnerstadt, KV Main-Röhn  
**Hable, Udo**, 24.09.  
83026 Rosenheim,  
KV Rosenheim-Miesbach  
**Jakob, Günter**, 25.09.  
83278 Traunstein,  
KV Traunstein-BGL  
**Kolbe, Rüdiger**, 13.09.  
91126 Schwabach, KV Mfr.-Süd  
**Kretschmar, Erika**, 28.09.  
81377 München, BV München  
**Kuntsch, Rudolf**, 09.09.  
86736 Auhausen, KV Nordschwaben  
**Leikam, Simon**, 28.09.19  
94315 Straubing, KV Donau-Wald  
**Lindemann, Konrad**, 09.09.  
82205 Gilching, BV München  
**Mock, Hans**, 23.09.  
97464 Oberwerrn, KV Main-Rhön  
**Pfauntsch, Karl-Heinz**, 23.09.19  
95679 Winklarn, KV Opf.-Nord  
**Pröller, Robert**, 08.09.  
85435 Erding, KV Obb.-Nordw.  
**Schreiber, Manfred**, 05.09.  
92421 Schwandorf, KV Schwandorf  
**Simeth, Manfred**, 06.09.  
92421 Schwandorf, KV Schwandorf  
**Zinkernagel, Elke**, 13.09.  
63814 Mainaschaff, KV Untermain  
**Ziolko, Sieglinde**, 06.09.  
87437 Kempten, KV Allgäu

### Wir gratulieren im Oktober ...

#### ... zum 90. Geburtstag

**Sauerer, Karl**, 15.10.  
93049 Regensburg, KV Regensburg

#### ... zum 80. Geburtstag

**Deschler, Leo**, 13.10.  
87439 Kempten, KV Allgäu  
**Grässl, Franz**, 14.10.  
93053 Regensburg, KV Regensburg

#### ... zum 75. Geburtstag

**Adelmann, Heinrich**, 24.10.  
91207 Lauf, KV Mfr.-Nord  
**Froschhammer, Josef**, 26.10.  
92318 Neumarkt, KV Neumarkt  
**Hecht, Siegfried**, 12.10.  
91522 Ansbach, KV Mfr.-Süd  
**Jakob, Franz**, 09.10.  
97437 Haßfurt, KV Main-Rhön  
**Klinkert, Joachim**, 11.10.  
86381 Krumbach, KV Nordschwaben  
**Rank, Richard**, 16.10.  
86637 Wertingen, KV Nordschwaben  
**Reisinger, Erwin**, 26.10.  
94368 Perkam, KV Donau-Wald

#### ... zum 70. Geburtstag

**Brunner, Theodor**, 02.10.  
83026 Rosenheim,  
KV Rosenheim-Miesbach  
**Dreykorn, Wolfgang**, 06.10.  
90471 Nürnberg, KV Nürnberg  
**Irber, Karl**, 30.10.  
83278 Traunstein, KV Traunstein-BGL  
**Lang, Horst**, 18.10.  
63773 Goldbach, KV Untermain  
**Rauch, Anni**, 23.10.  
97084 Würzburg, KV Würzburg

#### ... zum 65. Geburtstag

**Bachert, Hedwig**, 09.10.  
97244 Bütthard  
**Gerken, Norbert**, 31.10.  
97084 Würzburg, KV Würzburg  
**Haubelt, Adolf**, 22.10.  
85051 Ingolstadt, KV Obb.-Nordwest  
**Kothe, Dietrich**, 20.10.  
86978 Hohenfurch, KV Obb.-Südwest  
**Pohl, Winfried**, 28.10.  
97074 Würzburg, KV Würzburg  
**Weber, Hermann**, 19.10.  
87640 Biessenhofen-Ebenh., KV Allgäu  
**Weidenhammer, Jörg**, 29.10.  
96317 Kronach, KV Ofr.-Nordwest

**Weiss, Werner**, 18.10.  
97461 Hofheim, KV Main-Rhön

**... zum 60. Geburtstag**

**Ahrens, Günter**, 25.10.  
90455 Nürnberg, KV Nürnberg  
**Angerer, Karl-Hans**, 05.10.  
87730 Grönenbach, KV Allgäu  
**Ertle, Gerda**, 08.10.  
86163 Augsburg, KV Augsburg  
**Gröpl, Susanne**, 04.10.  
86199 Augsburg, KV Nordschwaben  
**Herold, Walter**, 09.10.  
82110 Germering, BV München  
**Jawansky, Otto**, 18.10.  
86720 Nördlingen, KV Nordschwaben  
**Lederle, Dorothea**, 30.10.  
87742 Dirlwang, KV Allgäu  
**Meierhöfer, Wolfgang**, 02.10.  
92637 Weiden, KV Opf.-Nord  
**Mühlhuber, Alois**, 07.10.  
83346 Bergen, KV Traunstein BGL  
**Müller, Edmund**, 28.10.  
91456 Diespeck, KV Mfr.-Nord  
**Rüger, Helmut**, 01.10.  
95701 Pechbrunn, KV Obfr.-Nordost  
**Sonnenberg, Günter**, 26.10.  
87730 Grönenbach, KV Allgäu  
**Strey, Heinz**, 01.10.  
85521 Ottobrunn, BV München  
**Ziller, Alfons**, 22.10.  
85256 Vierkirchen, BV München

**Wir trauern um ...**

**Gründel, Michael**, KV Mfr.-Süd (64)  
**Dr. Hirdina, Franz**,  
KV Altötting-Mühldorf, (83)  
**Oberstaller, Werner**,  
KV Obb.-Südwest (49)

**Termine**

**Tagung für Fremdsprachenlehrer  
an der Universität Passau  
Fremdsprachenlehrer im  
Gespräch**

**Termin:** 10./11. Oktober 2003  
ab 14.00 Uhr  
**Ort:** Universität Passau

Der Fachverband Moderne Fremdsprachen, Landesverband lädt zu seiner Jahrestagung ein.

In über 50 Workshops werden Fremdsprachen unter den verschiedensten Aspekten beleuchtet.

Ausführlich können Sie sich unter [www.fmf-bayern.de](http://www.fmf-bayern.de) informieren.

**Seminar für romanische Sprachen:  
Mit aktuellen Medien  
mehr Motivation im Fremd-  
sprachenunterricht**

**Termin:** 17. Oktober 2003  
14.45 – 18.00 Uhr  
**Ort:** VHS Erding,  
Roßbergerstr. 6,  
85386 Eching

Ziel des Seminars ist es, Aufbau und didaktisches Konzept der Sprachmagazine des Spotlight-Verlages écoute, ECOS und adesso sowie der begleitenden Audiomedien aus dem Spotlight Verlag näher kennen zu lernen und den Einsatz im Unterricht exemplarisch zu erproben. In drei parallelen Workshops erläutern ReferentInnen mit langjähriger Unterrichtserfahrung, wie der Sprachunterricht mit Sprachmagazinen ohne großen Aufwand aktueller und farbiger gestaltet werden kann.

Die Teilnahme ist gebührenfrei, Anmeldeschluss ist der 30. September 2003. Nähere Infos beim Spotlight Verlag, Abteilung Schulmedien: Fraunhoferstraße 22, 82152 Planegg. Tel.: 089 85681-111, Fax: -119, und unter <http://www.spotlight-verlag/seminar>

**Leser schreiben**

**Von unserem Mitglied Franz  
Becher erreichte die Redaktion die  
nachfolgende Leserschrift:**

**Was mich stört**

Ich muss gestehen, dass ich in den vielen Jahren meiner Mitgliedschaft beim VLB die Zeitschrift des Verbandes manchmal mehr oder weniger aufmerksam gelesen habe. Seit einiger Zeit aber fällt mir eine sich immer öfter wiederholende Ausdrucksweise ins Auge, die mir nicht behagt, ja, ich muss zugeben, die mich etwas ärgert. Es ist die Redewendung „die Berufsschule

soll, kann, muss, ist, führt ...“ etc. Ist es nur ein Lapsus, eine Gedankenlosigkeit, eine Angewohnheit, eine Nachlässigkeit, auf die man nicht achtet?

Die Berufsschule ist für mich zunächst eine Einrichtung, eine Institution, in der ich seit 1968 arbeite. Landläufig ist sie noch ein Gebäude, ein Haus, ein Ort, in oder an dem sich Lernende und Lehrende begegnen.

„Die Berufsschule“ als Einrichtung bzw. Gebäude tut, ist und führt zu gar nichts. Kann sie als theoretischer Begriff bzw. als Sache ja auch nicht. Handelnde und Wirkende sind die Menschen darin! Die Lehrerinnen und Lehrer und ihre Schülerinnen und Schüler. Die Kolleginnen und Kollegen aus den Schulleitungen, zu denen ich auch zähle. Hat man denn Bedenken, diese Menschen zu erwähnen bzw. über diejenigen zu reden, die Schule letztendlich sind! Jene Gruppe, die in den letzten Jahren und Jahrzehnten das bewerkstelligt hat, was „Berufsschule“ heute ist und darstellt! Trotz der gewaltigen Probleme (ohne Anspruch auf Vollständigkeit)

- ständige Integration neuer Berufsfelder, neuer Berufe, neuer Techniken und neuer Technologien in den Unterricht mit allen Anforderungen der didaktischen und methodischen Aufbereitung,
- übervolle Klassen und z. T. dadurch bedingte Probleme im Disziplinbereich,
- Lernende, deren Motivation nicht oder nur wenig vorhanden ist,
- überalterte Kollegien, stellen die beruflichen Schulen mit den darin tätigen Menschen ein Riesenpotential dar, um das wir in vielen Ländern beneidet werden.

Damit das so bleibt, sollte man dies auch öfter klar bekennen und erwähnen. Es gilt immer wieder, eine Lanze für alle zu brechen, die Lehrer und Lehrerinnen an beruflichen Schulen sind!

## Wir optimieren Ihre Versicherungen



Unabhängiger Versicherungsmakler



**Kompetenz und Erfahrung**  
**Versicherungs**  
**Kontor**

Inh.: Elke Wiedmann

Kister Straße 34  
97204 Höchberg

Tel.: 0931 / 92353 - Mob: 0172 / 6612918 - FAX: 0931 / 960419

## z.B. Versicherungen rund um den Urlaub

- **Auslandsreisekrankenversicherung** mit Kostenübernahmegarantie bis 10.000,- gegenüber dem Krankenhaus
- **Reiserücktrittsversicherung**
- **Unfallversicherung** mit Einschluß tauchtypischer Gesundheitsschädigung
- **Hausratversicherung** - auch mit Schutz bei einfachem Diebstahl

### Helmut Stephan zu seinem in VLB-akzente 02/2003 veröffentlichten Artikel:

#### „PISA könnte auch ‚angst und bange‘ machen“

Es ist sicher ungewöhnlich, dass ein Autor zu seinem veröffentlichten Artikel selbst einen Leserbrief schreibt. Im anliegenden Fall möge man dies ausnahmsweise nachsehen.

In der Illustrierten Stern, Nr. 22 vom 22.05.2003, wurde ebenfalls unter Bezugnahme auf die Webseite [www.phobialist.com](http://www.phobialist.com) des Amerikaners Fredd Culbertson unter dem Titel „Wie gesund ist Ihre Seele? Teil 2, Ängste und Phobien“ über diese als den häufigsten psychischen Erkrankungen unserer Zeit berichtet. Sieben Millionen Deutsche leiden unter Angststörungen. Interessant ist die Beschreibung der Trigger (Angstauslöser) und die Folgen: „Bei Menschen mit einer unbehandelten generalisierten Angststörung oder einer

Panikstörung ist die Leistungsfähigkeit nahezu halbiert“. Als eine unter mehreren Ursachen dürften auch Phobien, die mit Lernen zu tun haben, die PISA-Ergebnisse tangieren.

Als Therapiemaßnahmen werden in der Illustrierten genannt:

- Selbsthilfe
- Expositions- oder Konfrontationsverfahren
- Systematische Desensibilisierung
- Kognitive Verfahren
- Fachärztliche medikamentöse Verfahren

Angesprochen wird auch die Familie. Kinder übernehmen von ihr durch „Modell-Lernen“ die Tendenz, spezifisch Phobien zu entwickeln. Obwohl der Zeitschriftenartikel nicht auf schulische Probleme zielt, ist er doch eine interessante Abrundung der Angstforschung auch im pädagogischen Bereich.

*Zu guter Letzt und nochmals:*

Der VLB wünscht allen Kolleginnen und Kollegen einen guten Start ins neue Schuljahr.

### Autorenverzeichnis:

#### Geiger, Herbert

BBZ, Stettiner Str. 1, 97072 Würzburg,  
Tel.: (09 31) 79 08-1 00

#### Huber, Hans

Auf dem Weinberg 15, 93326 Abensberg,  
Tel.: (0 94 43) 68 06

#### Mohr, Heribert

BS, Stockerhutweg 51, 92637 Weiden,  
Tel.: (09 61) 2 06-0

#### Pohlmann, Heiko

VLB-Referent für Lehrerbildung,  
Kapellenstr. 82, 82239 Alling,  
Tel.: (0 81 41) 81 85 24

#### Riedl, Alfred

TUM, Lothstr. 17, 80335 München,  
Tel.: (0 89) 28 92 43 55

#### Schulter, Berthold

VLB-Seniorenbeauftragter,  
Weitstr. 66, 80935 München,  
Tel.: (0 89) 38 58 40 84

#### Ulbrich, Armin

stellvertr. VLB-Landesvorsitzender,  
Albrecht-Achilles-Str. 13,  
90455 Nürnberg, Tel.: (09 11) 88 26 86

#### Werner, Klaus

BS, Seestr. 11, 97688 Bad Kissingen,  
Tel.: (09 71) 72 06-0

VLB Verlag e.V.,  
Dachauer Straße 4  
80335 München

B 05130, PVSt,  
Deutsche Post AG  
Entgelt bezahlt



**Bayerischer Beamtenbund e.V.**  
im Deutschen Beamtenbund  
Gewerkschaft des öffentlichen Dienstes

## Aktuelle Informationen

Stand: 31. Juli 2003

Beim Bayerischen Beamtenbund mehren sich Anfragen zu verschiedenen Bereichen:

- **Weihnachtsgeld:**

Die veröffentlichten Prozentsätze, auf die Sonderzuwendung abgesenkt werden soll, legen 100 % der jeweiligen Bezüge des Monats Dezember zu Grunde.

- **Besoldungsanpassung:**

Derzeit werden die Bezügemitteilungen für den Monat August versandt. Viele Mitglieder wundern sich, dass weder die Nachzahlung noch die Einmalzahlung berücksichtigt ist.

Dazu ist folgendes anzumerken:

Noch bevor das Gesetz zur Besoldungs- und Versorgungsanpassung verabschiedet wurde, hat das Finanzministerium – auf Druck des BBB – die Zahlstellen angewiesen auf Grundlage des Gesetzentwurfs vorgriffsweise Zahlungen ab 1. August 2003 zu leisten.

Hierauf beruhen die derzeitigen Bezügemitteilungen (die deshalb auf der Rückseite auch noch den Vermerk der Vorläufigkeit und den Vorbehalt der Rückforderung ausweisen).

Bayern war nicht bereit die vorgriffsweisen Zahlungen auch rückwirkend zu leisten, da es auf eine Öffnungsklausel gehofft hat, die es ihm erlauben sollte, die Besoldungsanpassung um weitere drei Monate zu verschieben sowie die Einmalzahlung zu streichen. (Dies hat der BBB durch tatkräftigen Widerstand verhindert.)

Eine Umstellung der Rechner zur endgültigen Zahlung der erhöhten Bezüge war nicht mehr rechtzeitig möglich.

**Mit den Septemberbezügen wird jedoch sowohl die Nachzahlung seit 1. April bzw. 1. Juli und auch die Einmalzahlung erfolgen.**

- **Versorgungsänderungsgesetz 2001:**

Mit der derzeitigen Besoldungsanpassung wirkt sich erstmals die im Versorgungsänderungsgesetz 2001 vorgesehene Absenkung bei den Versorgungsbezügen aus. In den BBB-Nachrichten 5/6-2003 haben wir Musteranträge veröffentlicht, mit denen die Auszahlung der ungekürzten Versorgungsbezüge verlangt werden kann. Viele Mitglieder wundern sich, dass in ihren Bezügemitteilungen ein anderer Absenkungsfaktor angegeben ist, als in unseren Musterschreiben. Dies hat seinen Grund darin, dass die Bezügemitteilungen den Absenkungsfaktor ausweisen, der der ersten Besoldungsanpassung entspricht, während in den Musterschreiben auf die achte und letzte Anpassung Bezug genommen wird (Vgl. „Zudem wird mit der achten Anpassung der Besoldung...“).

**Die Musteranschreiben können daher ohne weiteres verwendet werden.**